

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis: Prämienanbot
 Vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 RM pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 RM, für das übrige Ausland
 4 RM pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erbschaft 13/11.

Die Insertions-Gebühren
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 polize oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Besprechungs-Belegungen 30 Pf.
 Kleine Anzeigen, bis fünfgehaltene
 Wort 20 Pf. (zweifache Zeile gebuchte
 Wort), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Geschäftsstellenan-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 10. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

In der Roten Woche für die Rote Presse!

Es hieße vernünftige Menschen beleidigen, wollte man ihnen die Bedeutung der Presse erst noch auseinanderlegen. Unter den ersten, wichtigsten Forderungen der alten bürgerlichen Demokratie schon spielte die Forderung der zensurfreien, polizeilich unkontrollierten Presse eine ganz besondere Rolle. Und es war ein gewaltiger Erfolg des fortschrittlichen Geistes, als man endlich dem vormärzlichen Polizeistaat eine gewisse Pressefreiheit abgetrotzt hatte. Wussten doch die Reaktionsäre so gut wie die Vorkämpfer der Pressefreiheit, daß die bleiernen Soldaten Gulenbergs ein forscheres, unbeflegeltes Sturmkorps darstellten, als die trefflich gedrückten Leibgardisten des ancien regime, mochten diese noch so steife Halsstragen und noch so tadellose Gamaschen tragen.

Wie sehr die Reaktion auch heute noch die freie Presse fürchtet, beweist am besten die zärtliche Aufmerksamkeit der Herren Staatsanwälte, die ja von Amts wegen dafür zu sorgen haben, daß der Weizen der Meinungsfreiheit und des demokratischen Selbstbewußtseins nicht allzu üppig in die Galme schießt. Jedesmal, wenn der Vogel staatsanwaltlicher Aufmerksamkeiten und konstantiger richterlicher Vermahnungen mit besonderer Vehemenz in die Freiheitsänten herniederprallt, ist das ein Zeichen, wie unbequem das herrschende Regiment die Tätigkeit der freien und ehrlichen Presse empfindet.

Freilich hat man längst noch raffiniertere und erfolgversprechendere Methoden entdeckt, um dem um seine Freiheit kämpfenden Volke seine schärfste Waffe aus der Hand zu winden. Was man durch Verfolgung, Gewalt und Unterdrückung nicht erzielte, das suchte man durch vüßigen Betrug zu erreichen. Man verfuhr genau so, wie man heutzutage auch bei der Bekämpfung der freien Gewerkschaften verfährt. Daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß für die Arbeiter ein unentbehrliches Abwehrmittel gegen die kapitalistische Gewalt-herrschaft und Ausbeutungswirtschaft ist, das ist eine Erkenntnis, die in dem Gehirn jedes Arbeiters Wurzel geschlagen hat, mag er auch aus den finstersten Teilen des Eidsfeldes, den entlegensten Winkeln der Kaffsubei stammen. Da man also um die Gewerkschaften nicht herumkommt, gründet man einfach Gegenorganisationen: christliche Verbände oder gar Werkvereine, gelbe Organisationen. Natürlich hütet man sich, die gelben Streikbrecherorganisationen von vornherein als das abzustempeln, was sie sind. Im Gegenteil: man verheißt eifrig die Unternehmersubventionen, die in die Taschen der gelben Verbände fließen, man spiegelt den Einfalligen vor, daß diese gelben Vereine nicht minder entschieden die Rechte der Arbeiter vertreten, wenn sie auch nicht die ver-ruchte und unfürliche Taktik der freien, der roten Gewerkschaften einschlagen, die ja die Henne Kapital schlachten wollen, die den Arbeitern die goldenen Eier lege.

Was die christlichen oder gar die gelben Gewerkschaften auf gewerkschaftlichem Gebiete sind, das ist die freihetlich schillernde, dabei aber den schändlichsten Kapitalinteressen dienstbare „unparteiische“ Presse auf dem Gebiete des Zeitungswesens. Wie die vom Judasold der Kapitalisten bestochenen „Großklavner“ demagogische Redensarten machen, um die betörten Arbeiter in die geistigen Fesseln und die sozialen Sklavenbände des Unternehmertums zu schlagen, so führt die unparteiische Presse schöne, tönende Redensarten im Munde, um im Ernstfalle die Arbeiterinteressen schimpflich zu verraten.

Die liberale oder gar demokratische Tendenz ist ja nur die Flagge, die das Fahrzeug deckt, das nichts weniger ist als der Freilichtbühnen Brand, der des „Weißen Silberflotten“ und „der Kirche scheinbeilige Jagd“ in den Grund bohren soll, vielmehr nur ein feiles Schmutzgeschiff, das seinem Hecker reiche Beute in den Schoß wirft. Mit hallenden Freiheitsphrasen und leichten, pikant gewürzten Anekdoten sucht diese Presse die Arbeiter zu tödern, um aus ihren Groschen prunkende Industriepaläste zu türmen und Millionenvermögen zu häufen und sie zugleich der ersten Arbeit des revolutionären Klassenkampfes abwendig zu machen.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, sagt schon die Jahrtausende alte Weisheit des Orients. Und wie hatte sich der berüchtigte Streikbrecher- und Polizeisagent Keiling Streikbrecher gegen die böhmischen Buchdrucker zu verhalten gewußt? Durch Inserate in der „Berliner Morgenpost“! Da habt Ihr Theorie und Praxis in der schreiendsten Gegenüberstellung, in der kräftigsten Rußanwendung für jeden Arbeiter, dessen Schädel nicht durch struppige Guschstahlplatten vernagelt ist!

Aber, so wendet der noch nicht Befestigte ein, der „Vorwärts“ bietet meist zu schwere Kost und nicht genug Lesefutter für die Frauen und die Indifferenten. Es ist richtig, und wir bekennen uns zerknirscht dieser Todsünde schuldig: der „Vorwärts“ bringt nicht tagtäglich ein spaltenlanges Stimmungsbild über das epochale Ereignis des Sechstagerennens. Er verrät seinen Lesern auch nicht die neuesten Tips für Pferderennen, auf die sie ihre sauer verdienten Groschen am raschesten los werden können. Der „Vorwärts“ bringt auch keinen Gofflatz, keine Schauspielerhistrorien, keine Standalchronik aus der Gesellschaft, kein Geschwätz über die hohe Politik des Auslandes, wie es in präventiver Aufmachung ganze Seiten unserer „bestgemachten“ Blätter ausfüllt. Haben doch unsere Zeitungsindustriellen ebensogut wie die Herren Ladenbesitzer begriffen, daß es weniger auf die Qualität der geführten Ware ankommt, als auf die geschickte Aufmachung, die Schaufensterdecoration.

In der Schaufensterdecoration kann und mag allerdings die sozialdemokratische Presse nicht mitmachen. Für plumpe Anreizereien hält sie sich zu gut. Ihre Pflicht und ihr Stolz ist es, die wahren Interessen der Arbeiterklasse ehrlich und nachdrücklich zu vertreten.

Nicht, daß nicht auch sie und gerade sie den höchsten Anforderungen an Stil und Inhalt zu erfüllen suchte. Daß das Feuilleton der sozialdemokratischen Presse dicksterisch und kritisch unendlich viel höher steht, als das Feuilleton auch der besten bürgerlichen Blätter, dürfte in ernsthaften literarischen Kreisen kaum irgendwelchem Widerspruch begegnen. Aber erst recht auf politischem Gebiete sucht die sozialdemokratische Presse ihren Raum zu stellen. Was sie an prinzipieller Kennzeichnung unserer politischen Verhältnisse, an klarer Stellungnahme zu den entscheidenden Kernfragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens leistet, steht ohne Frage turmhoch über dem Drumherumgerede der bürgerlichen Presse.

Und wo findet sich in der bürgerlichen, der unparteiischen Presse jene Spiegelung des proletarischen Lebens, die für die sozialdemokratische Presse die erste Selbstverständlichkeit ist? Wo finden wir eine Wiedergabe der gewerkschaftlichen Vorgänge, der Arbeiterportbewegung, der politischen Organisationen des Proletariats? Wo können wir den Pulsschlag der Arbeiterklasse fühlen, die 80 und mehr Prozent der ganzen Nation ausmacht? Einzig in der sozialdemokratischen Presse!

Und da sollte das Arbeitsvolk nicht so viel Stolz und Selbstbewußtsein aufbringen, um endlich auch seiner Presse, der sozialdemokratischen Presse, die Ausbreitung zu verschaffen, die unentbehrlich ist, um ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu sichern und zu erhöhen?

Möge man in der Roten Woche vor allen Dingen auch der roten Presse gedenken! Die Macht einer kämpfenden Partei spiegelt sich in ihrer Presse. Erst wenn sich die sozialdemokratische Arbeiterkraft durch die Verbreitung und den Einfluß der sozialdemokratischen Presse ein ragendes Sinnbild ihrer Einsicht und Kampfschlossenheit aufgerichtet hat, wird auch die Reaktion es geratener finden, sie als gerüstete und ihrer Hilfsquellen sich vollbewußte Macht ernsthafter zu respektieren!

Eine neue Militärvorlage?

In der bürgerlichen Presse dauern die Erörterungen über die russischen Rüstungen fort. Zwar muß zugegeben werden, daß diese Rüstungen nichts Neues sind. Hat ja Herr v. Bethmann Hollweg sie bereits als Argument für die letzte Militärvorlage benützt. Trotzdem wird die russische Gefahr uns immer wieder vorgeführt. Wir haben gleich gesagt, daß es sich hier wahrscheinlich um neue Rüstungstreiberien handle, und in der Tat scheint irgend etwas in Vorbereitung zu sein. Schon vor einiger Zeit gaben wir die Nachricht wieder, daß eine Neubewaffnung der Armee geplant sei. Jetzt liegt wieder eine Meldung vor, die diesmal mehr ins Detail geht. Die ungeheure Summe von einer halben Milliarde wird genannt, die für eine Neubewaffnung der Artillerie und eine Vermehrung der Kavallerie gefordert werden soll.

Die Summe klingt phantastisch. Aber das deutsche Volk hat sich nachgerade daran gewöhnen müssen, daß die militärische Wirklichkeit alle Phantasien noch weit hinter sich läßt. Die Meldung zeigt jedenfalls, was die Rüstungsinteressenten von der Regierung wünschen und wir haben nur zu oft erlebt, daß diese Wünsche für die Regierung Befehle sind. Jedenfalls wäre es höchste Zeit, daß die Regierung sich über diese Treiberien mit der nötigen Klarheit ausläßt.

Die Kolonialpolitik.

Der Staatssekretär des Reichskolonialamts, der am Sonnabend den Reden über seinen Etat schweigend zugehört hatte, nahm heute das Wort zu einer Art Berichterstattung und Programmklärung. Herr Dr. Solf ist unter allen Staatssekretären, die Herrn v. Bethmann Hollweg umgeben, eine beinahe eigenartige Erscheinung. Im Ton konziliant und liebenswürdig, in seinem Vortrag geschickt, und klar in seinen Auseinandersetzungen, hebt er sich vorteilhaft von seinen Kollegen ab, die in ihrem Auftreten und in ihrer Haltung meistens nur den mehr oder weniger sachkundigen Bureaufürten hervortreten lassen. Diese Gerechtigkeit muß man dem Leiter der Kolonialverwaltung zuteil werden lassen, selbst wenn es richtig ist, daß er auf seine Methode nur verlassen will, den Gegner nach Möglichkeit zu entzweien und seiner Politik den größten Erfolg zu sichern. So wird es ja freilich sein, und nicht anders sind wohl auch die Komplimente aufzufassen, die Herr Dr. Solf öfters hörbar genug an die Adresse des Parlamentes richtet.

Der Staatssekretär gab von den deutschen Schutzgebieten, denen er im letzten Jahr seinen Besuch abgestattet hat, eine höchst optimistische und günstige Schilderung. Er unterstrich die Entwicklung, die sie genommen haben, aber all seinen Darstellungen folgte alsbald der sehr deutlich gewollte Schluß, daß dieser Fortschritt, den er so sehr hervorhob, durch weitere Arbeiten, Bahnbauten und dergleichen, unterstützt und gefördert werden müsse. Selbstverständlich konnte Herr Dr. Solf auch nicht an den Scheuchlichkeiten vorbeigehen, die noch immer an den Eingeborenen in den deutschen Schutzgebieten verübt werden; er suchte indessen ihre Bedeutung nach Möglichkeit einzuschränken, und versprach auch Abhilfe, wo Mängel und Mißstände verzeichnet werden. Er spricht sich beispielsweise gegen den Arbeitszwang aus, aber er geht ebensowenig wie die bürgerlichen Parteien in der Bekämpfung dieser Barbarei so weit als es nötig wäre; von einem vorläufigen Verbot weiterer Zulassung europäischer Plantagen will er nichts wissen. Und in der Bekämpfung der Hausklauberei war der Staatssekretär sogar von einer Jagdhaftigkeit, die kaum zu begreifen ist, wenn man nicht annimmt, daß er sich genau so wie bei der Frage der Plantagen gegenüber fühlt von allerhand europäischen kapitalistischen Interessen. In diesen Einschränkungen leidet selbst das Programm in dem Punkt, in dem man ihm zustimmen könnte: daß nämlich die Kolonien, in den Tropen wenigstens, nicht zur Ansiedelung von Europäern geeignet sind.

Ueber die Polemik des Staatssekretärs gegen die Sozialdemokratie kann man kurz hinweggehen. Sie war in der Form zweifellos entgegenkommend und teilweise auch gewandt, aber Herr Dr. Solf arbeitete doch mit Scheinargumenten, und an einer Stelle sogar mit einem unvollständigen Zitat aus dem „Vorwärts“.

Das unterstrich in seiner Erwidrerung alsbald Genosse Henke, der gleich nach dem Staatssekretär zum Wort kam. Und er zeigte auch, daß die von Herrn Dr. Solf verlangte Abwägung der Interessen der Eingeborenen und Weißen darauf hinausläufe, daß die Interessen der Weißen vorangestellt werden. Unser Redner gab dann zu der Schilderung vom glänzenden Fortschritt der Schutzgebiete, wie sie der Staatssekretär vorgebracht hatte, eine äußerst notwendige Ergänzung. Er zeigte das Elend der Eingeborenen und ihre Ausbeutung durch die europäischen Kapitalisten, und er zeigte auch, welche höchst unvollkommene Durchführung die papierernen Bestimmungen finden, wenn sie noch so schön sind, und gerade dann, wenn sie erfreuliche Wirkungen haben könnten. Das konnte namentlich am Arbeitszwang und an der Hausklauberei bewiesen werden. Genosse Henke erklärte am Schluß, daß er als unversöhnlicher Gegner der Kolonialpolitik den Kampf gegen all diese Uebelstände will, und daß auch in den Kolonien eine gesunde Sozialpolitik getrieben werden muß.

Die Generaldebatte wird am Dienstag fortgesetzt.

Der Abgeordnete als Polizeispiegel.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Oesterreich ist wirklich das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten: und so bringt es auch die politischen Scheuchlichkeiten in einem unerhörten Ausmaße hervor. Eine solche „Unmöglichkeit“ war zum Beispiel der Spion Redl, der Verrat des mit der Ueberwachung der Spione betrauten Generalstabsobersten. Nun ist sozusagen ein Zivil-Redl stellig gemacht worden: der Obmann einer der wirklichen oppositionellen Partei ist überführt, im Dienste der Polizei zu stehen und von ihr für die Auslieferung geheimer politischer Vorgänge innerhalb seiner Partei ein festes Gehalt von 800 Kronen für den Monat bezogen zu haben. Söher geht es nimmer! Und was, vom moralischen Standpunkt vielleicht das fürchterlichste, der Abgeordnete, der sich als Polizeispiegel verkauft, ist von Verurrichter! Aktiver k. k. Richter, der gestern noch über Freiheit und Vermögen der Staatsbürger entscheiden konnte! Nein, da hört die Schadenfreude über die entlarbte Korruption auf, und das Entsetzen über diese Fäulnis des ganzen Staatskörpers stellt sich ein!

Der Polizeispiegel ist der Abgeordnete Dr. Karl Svihla, der im Abgeordnetenhaus einen tschechischen Stadtbezirk in Böhmen vertritt, und erst im Dezember zum Obmann der sogenannten Nationalsozialen gewählt wurde. Diese National-

sozialen sind dem Ursprung nach eine Arbeiterpartei, allerdings mit extrem nationalistischem Charakter. Begründet wurde sie im Jahre 1897, dem Jahr der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, von den die bürgerliche Schicht des Tschechentums repräsentierenden Jungtschechen als Gegenmacht gegen die internationale Sozialdemokratie; einen gewissen Arbeitercharakter haben sie sich auch durch die Zeiten und Wandlungen bewahrt. Begehren sie doch die Waise (am ersten Sonntag im Mai), auch können sie auf mannigfache Gewerkschaften hinweisen. Allmählich haben sie sich allerdings zu der Partei des mächtigsten Chauvinismus entwickelt. Für nationaler Radikalismus kennt keine Grenze, insbesondere die schwarzgelbe nicht. Sie sind im Tschechentum die eigentliche panlawistische Partei, unterhalten also ständige Beziehungen mit Rußland und mit den Balkanstaaten, insbesondere mit Serbien; und daß derlei Zusammenhänge nicht ausschließlich auf Kulturfragen beschränkt bleiben, ist natürlich. Der outrierten Schwärmerei für alles Slawische und für alles, was aus Paris kommt, entspricht der frankhafte Gäh gegen alles Deutsche. Sie sind auch ausgesprochene Antimilitaristen, aber nicht etwa, daß sie dem Militarismus und den Krieg an sich beschiden, ganz im Gegenteil, sie schwärmen für beides; das Antimilitaristische ist im Grunde nur eine Erscheinung der Abneigung gegen Oesterreich. Dieses Gemisch von Radikalismus und Nationalismus mißt natürlich auf die zur Spektakelpolitik neigenden tschechischen Wählergruppen eine ziemlich Anziehungskraft aus; tatsächlich gelang es den Nationalsozialen, sowohl in der bürgerlichen Welt Wurzel zu fassen und die Jungtschechen an vielen Punkten zu verdrängen, wie auch für die Sozialdemokraten zeitweilig eine starke Bedrohung zu werden; die Wandlung und Umbildung der tschechischen Partei zum Separatismus ist nicht zum wenigsten dem Bedürfnis entsprungen, sich von den Nationalsozialen auf dem Felde der nationalen Expansion nicht beschämen zu lassen. Im Abgeordnetenhaus selbst waren die Leute die allzeit und bei jeder Gelegenheit Aufgeregten; immer deshalb auch bereit, mit der Obstruktion zu spielen und jeden Anflug zu treiben. Ihr bekanntester Mann ist Herr Kofac, ein Säulenheiliger des Planismus, der aber, weil er sich in allerlei weniger anmutige Geschäfte eingelassen hat, zur Seite treten mußte. An seiner Stelle wurde eben jener Sviba zum Obmann gewählt.

Dieser Herr Sviba steht nun, wie mit aller Sicherheit enthüllt ist, im Dienste der staatlichen Polizei, ist mit einem Beamten der Prager Geheimpolizei in ununterbrochener Verbindung und bezieht dafür, neben Extrabelohnungen (zum Beispiel 3000 Kronen für seine Wahl) ein fixes Monatsgehalt, das zuerst 600 Kronen betrug, später auf 800 Kronen erhöht wurde. Auch wie die Sache enthüllt wurde, ist für die politische Moral in diesem Sommerlande charakteristisch. Die Kenntnis davon soll der Hauptredakteur des jungtschechischen Blattes, das die Geschichte jetzt aufgedeckt hat, seit dem Frühjahr 1911 haben. Er ist allerdings im Herbst 1912 gestorben, hat aber die Geschichte doch so lange gewußt, mit sich herumgetragen und ohne Zweifel auch etlichen seiner Parteigenossen mitgeteilt. Inzwischen haben aber die Jungtschechen mit Herrn Sviba die mannigfaltigsten politischen Geschäfte gemacht — mit den Nationalsozialen bei den letzten Wahlen sogar ein förmliches Kartell geschlossen — und erst vor zwei Wochen waren sie mit Herrn Sviba in der Ausgleichungskonferenz beim Ministerpräsidenten! Also kooperierten sie und konzerierten sie mit einem Menschen, von dem sie eine derart namenlose Schändlichkeit wissen! Tatsächlich ist die Enthüllung weit weniger ein Kusfuß der Moral, sondern der Rache. Es ist nämlich gerade jetzt angekommen, daß die Jungtschechen aus dem Depofitenfonds, dem anrühmigen, zu Bestechungen bewilligten Geheimfonds der Regierung, im Jahre 1908 40 000 Kronen genommen haben, und vorzugsweise, um die Angriffe, die deshalb kamen, abzuwehren, ist die Enthüllung über den Führer der Nationalsozialen erfolgt. Ein Muhl von Gemeinheit, in den man da hineinblickt.

Die verächtlichste Rolle spielt dabei freilich die Staatsgewalt. Und so ist es wieder nur für die österreichische Verlotterung charakteristisch, daß die Gemeinheit der Regierung, die Abgeordnete zu Spielern bringt, von der öffentlichen Meinung hierzulande völlig „übersehen“ wird. Und die Staatsgewalt fähig gar nicht, in welcher erbärmlichen Rolle sie da erlabet worden ist! Die Prager Geheimpolizei ist immer ein besonderer Schandfleck gewesen; sie hat jederzeit mit Lockspiegeln gearbeitet, und ihre hauptsächlichsten Werkzeuge sind noch heute Kuppler und Vordienstbesitzer. Ganz selbstverständlich, daß der ungenannte Polizeibeamte, als er den Abgeordneten zu dem Schandgewerbe verlockte, nicht auf eigene Faust gehandelt hat, daß davon der Polizeipräsident Kenntnis hatte, daß der Statthalter und der Minister des Innern, denen ja die Verdächtige vorgelegt und für die sie eigentliche Zustände gebracht wurden, gefragt und erfahren haben, von wem sie herrühren. Nun erwäge man das: es ist die Regierung, die durch ihre Organe den Volkvertreter zu dieser Lumberei verleitet, es ist die Regierung, die den Richter zum Polizeispion mietet! Das übertrifft ja beinahe, was von der russischen Spionage an Nichtswürdigkeiten bekannt geworden ist! Wir sind überzeugt, daß in jedem anderen Staate die Aufdeckung einer solchen Affäre vor allem ein großes Aufheben der Schuldigen in der Bureaufratie zur Folge hätte, und daß die verantwortlichen Minister die ersten wären, die es zu büßen hätten. Aber in Oesterreich ist man ja im Reiche der „Gemütslichkeit“! Als der Präsident des Abgeordnetenhauses den Minister des Innern fragte, ob er dem Parlament über die ungeheuerliche Sache nicht Aufschluß geben wolle, antwortete der Minister, er wisse ja noch von der Sache nicht recht, er kenne sie nur aus den Zeitungen! So ist die „Affäre“ nicht bloß die Brandmarkung eines Menschen, einer Partei, sondern geradezu der Schultz der österreichischen Unmoral, der Gleichgültigkeit dieser öffentlichen Meinung gegen Moral und Gerechtigkeit. Der Abgeordnete und Richter von der Staatsgewalt als Polizeispion gemietet und gezahlt: das würde wohl nicht einmal mehr auf dem Balkan möglich sein.

Wien, 9. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der tschechische Abgeordnete Dr. Sviba hat sein Mandat niedergelegt.

Der Generalstreik in Rom.

Rom, 9. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der stündige Generalstreik, der heute früh als Protest gegen die Mißwirtschaft in den Hospitälern begonnen hat, ist mit unvergleichlicher Großartigkeit verlaufen. Die Arbeitstube war eine vollkommene; einschließlich der Straßenbahnen, Droschken,

Läden und Zeitungen wurde fast überall gefeiert. Eine Protestversammlung auf der Piazza del Popolo war von über 80 000 Demonstranten besucht, die nachher in riesigem Zuge die Stadt durchzogen. Ein starkes Truppenaufgebot, namentlich Kavallerie, war bereitgestellt, doch kam es nur zu leichten Zwischenfällen mit wenigen Verwundungen. Für heute Abend ist durch Ausruf einer neuen Volksversammlung von der Arbeiterkammer einberufen worden. Da die Behörden keine bindenden Versprechungen abgaben, wurde die Fortführung des Streiks für morgen beschlossen.

Die Privatangestellten und die Rote Woche.

Als Ferdinand Lassalle vor etwa fünfzig Jahren seinen glänzenden Vortrag über den besondern Zusammenhang des gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes (Arbeiterprogramm) vor Berliner Maschinenbauern hielt, da vermochte dieser geniale Redner es nicht, einen nachhaltigen Eindruck auf seine Zuhörer auszuüben. Und auch später ist es Lassalle ja noch passiert, daß er von den Berliner Arbeitern, die er ausrüßeln wollte zu selbständigem politischem Handeln, ausgepfiffen wurde. Dies war möglich, obwohl der Kapitalismus schon seinen Siegeszug durch Deutschland angetreten hatte. In den Köpfen der Arbeitererschaft von damals spukten noch zu sehr die Bilder aus ihrer Vergangenheit, als daß sie die neue Lage, in der sie sich befanden, richtig erkannten. Die nächsten Jahrzehnte mit ihrer tollen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, mit ihren furchtbaren wirtschaftlichen Krisen paulten erst sehr allmählich der Arbeitererschaft das Bewußtsein vom Massen Gegensatz zwischen ihnen und dem Unternehmertum ein. Ließen sie erst nach und nach das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erkennen. Und so wurde der Boden auch für die politische Agitation, die Ferdinand Lassalle unter der Arbeitererschaft begonnen hatte, reif. Jahrzehnte horter politischer und wirtschaftlicher Kämpfe haben die Arbeitererschaft gelehrt. Heute besitzt das Proletariat Organisationen, wie sie das Bürgertum nie aufzuweisen hatte. Und doch stehen wir noch am Anfang unseres Kampfes! Es bedarf noch ungeheurer Anstrengungen, um das Ziel all unserer Kämpfe, die Ueberwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus, zu verwirklichen. Noch stehen Tausende und aber Tausende außerhalb der Reihen der kämpfenden Arbeitererschaft. Die Rote Woche, in der wir uns befinden, ist eine neue Schäre zu uns führen. Wenn unsere Genossen in dieser Woche von Tür zu Tür gehen, dann werden sie auch manchen treffen, der schon einmal zu uns gehörte, müßig wurde und sich wieder absetzte. Dem Eifer unserer Werber wird es gelingen, viele von diesen Lauen wieder aufzurütteln und viele von denen, die unsere Arbeit noch nicht berührt hat, aufzuklären und zu gewinnen.

Die wirtschaftliche Entwicklung macht immer neue Bevölkerungsgruppen unserer Agitation zugänglich. Langsam aber sicher erfüllt sich das, was unsere großen Vorkämpfer, was besonders Marx und Engels schon vor mehr als einem halben Jahrhundert vorausgesagt haben. Immer größere Teile des sogenannten Mittelstandes geraten in eine wirtschaftliche Lage, die sich in nichts mehr von der Arbeitererschaft unterscheidet. Viele der durch die riesenhafte Großbetriebe in der Industrie und im Handel vernichteten kleinen selbständigen Existenzen müssen ihr Fortkommen als Hörige des Unternehmertums suchen. Sie und ihre Nachwuchs stellen in der Hauptsache das Rekrutierungsgebiet für eine neue Arbeiterneuergruppe, die man unter der Bezeichnung „Privatangestellte“ zusammenfaßt. Die Zahl dieser Privatangestellten ist in starkem Wachstum begriffen. Bei ihnen können wir dieselbe Beobachtung machen, die oben bei der Arbeitererschaft im engeren Sinne des Wortes geschildert wurde. Ihre wirtschaftliche Lage gegenüber dem Unternehmertum unterscheidet sich in nichts von der Lage der übrigen Arbeitnehmer zu diesem. Und dennoch waren sie bisher noch entweder politisch indifferent oder hielten sich im politischen Kampfe auf die Seite des Bürgertums. Das hat aber die politische Vertretung der Arbeitererschaft, die Sozialdemokratie, nicht davon abgehalten, auch die Interessen dieser Arbeitnehmer zu vertreten. Gibt es hierfür bessere Beispiele, als die Kämpfe, die sich gegenwärtig im Reichstag um einige Angestelltenforderungen abspielen? Wer waren es denn, die am 15. und 16. Januar im Reichstag in der Frage der Sonntagsruhe die einmütige Forderung der Handlungsgehilfen nach völliger Sonntagsruhe vertreten haben? Einzig und allein die Sozialdemokraten. Wer hat die Forderung aller Angestellten auf völliges Verbot der Konkurrenzkaufel in dem jetzt seit etwa anderthalb Jahre währenden Kampf im Reichstag bis aufs äußerste verfochten? Wiederum die Sozialdemokraten.

Besonders die letzten Kämpfe um die Sonntagsruhe haben einen lebhaften Widerhall in den Kreisen der Privatangestellten gefunden. Ihre wirtschaftlichen Organisationen, die fast ausnahmslos bisher nach Möglichkeit die immer wieder zutage tretende Erscheinung, daß die Angestellten im Parlament von den bürgerlichen Parteien verraten werden, zu demänteln versuchten, geben diesmal in ihren Organen ihrer Enttäuschung über diese Partein oft Ausdruck. Die Entwicklung bringt so auch den Privatangestellten und unarmherzig das richtige Verständnis für ihre Lage bei. Schon sind erhebliche Anzeichen hierfür da. So hat die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Handlungsgehilfengewerkschaft, der Zentralverband der Handlungsgehilfen, in den letzten Jahren eine erhebliche Vorentwickelung durchgemacht. Auch die verschiedenen sozialpolitischen Wahlen, an denen die Privatangestellten in den letzten Jahren beteiligt waren, lassen eine starke Entwicklung nach links erkennen. Diese Dinge dürfen wir nicht unbeachtet lassen.

Und wenn unsere Genossen bei ihrer Arbeit in dieser Woche auf einen Handlungsgehilfen oder Techniker, auf einen Bureauangestellten, einen Zeichner oder einen sonstigen Privatangestellten stoßen, dann nicht halt gemacht! Dann sollten sie einmal versuchen, auch hier einmal das Verständnis für unseren Kampf und unsere Ideale zu wecken. Sie werden manches willige Ohr finden! Wenn wir zum Siege gelangen wollen, dann müssen wir auch diese Arbeitsbrüder für uns gewinnen. Das wird erst allmählich gelingen, aber steter Tropfen höhlet den Stein!

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhause.

Am Montag hat die reaktionäre Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses sich an arbeiterfreundlicher Gesinnung wieder einmal ein tolles Stück geleistet. Unter den Petitionen, die nach Ansicht der Kommission zur Erörterung im Plenum nicht geeignet sein sollen, befinden sich auch einige, die die gesetzliche Gewährleistung des uneingeschränkten Koalitionsrechts an die Arbeiter verlangen. Diese Art der Erledigung von Petitionen bedeutet, daß man die Zeit des Hauses für zu kostbar hält, sich über-

haupt damit zu befassen. Vergebens suchte Liebflecht das Ständelein einer solchen Handlungsweise zu geißeln; unter Führung der Nationalliberalen trat das Haus dem Kommissionsantrage bei.

Den Einwand, daß es sich bei den Petitionen um eine der Reichsgesetzgebung unterliegende Materie handelt, kann man nicht gut gelten lassen; denn abgesehen davon, daß der Landtag sich fortgesetzt mit Fragen beschäftigt, die zur Kompetenz der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches gehören, z. B. mit dem Arbeitzwangsbeschluß, beriet er in derselben Sitzung wiederum eine Reichsangelegenheit. Zur zweiten Lesung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung hatten die Agrarier Dr. Kocjide und Dr. Gahn einen Antrag gestellt, der die Ausarbeitung einer Denkschrift über die Tätigkeit der Börsenkommission, die Entwicklung des Börsenhandels und namentlich die Anlage deutscher Kapitalien im Auslande verlangt. In den Landtag gehört diese Frage nicht, aber, wie von anderer Seite herorgehoben wurde, liegt es im agitatorischen Interesse der Bundeshaußlinge, alljährlich eine börsenpolitische Debatte heraufzubeschwören, und so thun die Möglichkeit dazu im Reichstage nach ihrem Durchfall bei den letzten Wahlen genommen ist, mißbrauchen sie die Tribüne des Dreiklassenparlamentes für ihre Zwecke. Die Debatte, die sich ganz im Geiste früherer Reichstagsdebatten über diese Frage bewegte, endete mit der Ueberweisung des Antrages an die Budgetkommission.

Die weitere Beratung des Etats verlief sich in Einzelheiten. In der Hauptsache wurde die Frage des Fortbildungsschulunterrichts erörtert, wobei sich namentlich der konserervative Linsenweg zum Sprachrohr der reaktionären bildungsfeindlichen Bestrebungen machte. Ihm traten mit Nachdruck die Abgeordneten Rosenow (Dr. Sp.) und Leinert (Soz.) entgegen. Unser Genosse nahm gleichzeitige Benachlässigung, an einem spitzigen Fall die Art und Weise zu brandmarken, wie gewerbliche Fortbildungsschulen in den Dienst parteipolitischer Bestrebungen zur Verdummung der Jugend gestellt werden.

Dienstag: Fortsetzung der Etatsberatung.

Die sabotierte „Kreuz-Zeitung“.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist gerade noch rechtzeitig vor dem 1. April einem ungeheuerlichen Attentat der III. Sozialdemokratie auf die Spur gekommen. Das Meer soll sabotiert und der Militarismus derringelert werden. Wie das Organ der Junker und Völkchen herausgefunden hat, soll das auf eine ganz raffinierte Weise geschehen. Nämlich auf dem Umwege über das Feuilleton. Alles was die Politik nicht zu schreiben wagt, das wird in Form von Erzählungen usw. dem Volke von wegen der Demoralisation beigebracht. Hören wir die grausige Moritat, die sich jüngst ereignet hat:

„Unlängst wurde in der Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts“ ein Auszug aus einem Buche „Ein Proletarierleben“ veröffentlicht, der die Ueberschrift „Im Reiche der Feldmühe“ trug und in Form eines Tagebuches alle möglichen „Soldatenscherereien“, die der Verfasser während seiner militärischen Dienstzeit erduldet haben will, aufzählte, die aber wahrheitsgemäß nichts anderes sind als eine Zusammenstellung der bekantesten, vom alten Weibel im Reichstage regelmäßig vorgelesenen „Hälse“, die, wenn man ihnen auf den Grund ging, ein wesentlich anderes Gesicht annahmen oder in ein Nichts zerfielen. In dem Tagebuche zeigt nun der Verfasser, der, wie er ebenfalls durch seine „Aufzeichnungen“ bekundet, sozialdemokratische Schriften in die Kaserne einschmuggelt und als Soldat Artikel für sozialdemokratische Zeitungen schreibt, der also wohl schon vor seinem Eintritt ins Heer sozialdemokratisch berartig verbezt war, daß er keine allzu große Lust und Liebe für den Soldatenstand mitgebracht haben wird, wie er es seinen „Feindern“ gegeben hat.

Der edle Held schreibt:

„Ich rechnete mit meinen „Feindern“ persönlich ab. Sergeant Kruman wollte seine neuen Stiefel zum zweiten Mal ansiehen. Er fand sie nicht. Er suchte wie verrückt. Vergebens. Ich hatte sie in die Müllgrube befördert. Wo mir etwas von den Sachen der Unteroffiziere in die Hände kam, ward es vernichtet, verdorben oder versteckt.“

„Versucht und zugunäh! Der Mann versteht sein Handwerk. Also das Unterhaltungsblatt besteht sich extra eine Selbstbiographie, worin die Weiblichen Anecdoten miterarbeitet werden müssen, und brudt sie dann lallfäkelnd ab, um sie seinen Lesern zur Nachahmung zu empfehlen (so folgert der Wacker weiter). „Macht“ eben so wie der. Vernichtet, verberbt beim Militär alles, was euch von Ausrüstungsgegenständen in die Hände kommt“ — das ist die Lehre, die die „Kreuz-Zeitung“ und predigen läßt.

Es liegt natürlich diese Sabotage, die das Ritterblatt an ihrem eigenen Dientvermögen (und dem ihrer Hinterlassen) verliert, allzu ernst nehmen, wollte man ernstlich darauf erwidern. Die „Kreuz-Zeitung“ unterläßt, daß die sozialdemokratische Partei ausdrücklich die Kaserneagitation und erst recht die Kaserneagitation sabotage ablehnt. Sie verschweigt weiter, daß die Ergebnisse des Franz Vergg, um die es sich hier handelt, von einem Professor herausgegeben und in einem gutbürgerlichen Verlag erschienen sind. Daß der von seinem Feind bis aufs Blut Gequälte sich durch Schabernad rächt, ist aus dem Zusammenhang wohl begreiflich. Aber es wird keinerlei Glorifizierung damit getrieben und keinerlei Propaganda dafür gemacht.

Zum Ueberflusse eine kleine Frage an die Redaktion der „Kreuz-Zeitung“: Werden bei ihr die Romane und Erzählungen daraufhin geprüft, ob Dinge darin vorkommen, die sie nicht billigt? Und wie steht es mit der Bekämpfung der Kaiser bei ihr? Wilhelm Tell fordert doch wohl zum Wuchelnd auf und Goethes Faust zum Verführung unschuldiger Bürgermädchen! Und nun erst die täglichen Unfälle und Morde und Selbstmorde im lokalen Teil der Zeitungen. Das alles sind nach der Logik der „Kreuz-Zeitung“ Aufforderungen, dergleichen nachzugehen. Und wenn sich die Leser der „Kreuz-Zeitung“ nach diesem Rezept richten, wird selbst von ihnen in 14 Tagen keiner mehr am Leben sein.

Wieder eine Ausweisung.

Genau, 9. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Genossin Kalabanoff aus Russland, Mitglied des italienischen Parteivorstandes, wurde heute, nachdem sie gestern in zwei Frauenversammlungen gesprochen hatte, aus Preußen als lästige Ausländerin ausgewiesen. Sie mußte ungerührt das Staatsgebiet verlassen.

Die Polizei hat also wieder mal den Staat gereinigt. Nachdem man erst kürzlich durch die Ausweisung des Genossen Stauning in Dänemark moralische Erörterungen gemacht hat, war es schon aus Gründen internationaler Höflichkeit umgänglich, in Italien für den gleichen Erfolg zu sorgen.

Zwei Zentrumskandidaten.

Die Amberger katholischen Arbeiter sind nicht damit einverstanden, daß die dortige Zentrumsleitung, entgegen ihrem Versprechen, über die Köpfe der Arbeiterbevölkerung hinweg, für die nächste Landtagswahl einen Kandidaten nach ihrem Gezen aufgestellt hat. Sie stellen daher vorgehoren in Amberg als Gegenkandidaten gegen die offizielle Zentrumskandidatur Dr. Winkler

den Redakteur des bayerischen Eisenbahnerverbandes Franz Dauer aus München mit 141 von 143 abgegebenen Stimmen auf.
An der Versammlung des Arbeiterwahlvereins nahmen auch Angehörige des Bauern-, Mittel- und Beamtenstandes teil.

Konservativer Einfluss auf die Rechtspflege.

Genosse Sachs, der Vertreter des 10. Breslauer Reichstagswahlkreises, hat gegen den aus dem Waldenburger Kreiswahlbezirk bekanntgewordenen konservativen Redakteur Hippold Strafantrag gestellt, weil dieser in seinem Blatt in unglücklich geäußert Weise behauptete, Sachs habe sein Mandat einer Fälschung, einer betrügerischen Manipulation zu verdanken. Er müsse daher von Rechts wegen sein Mandat niederlegen. In zahllosen Variationen wurden diese Behauptungen wiederholt und müssen natürlich für einen Mann, dem das höchste öffentliche Ehrenamt übertragen ist, schwere öffentliche Beleidigungen sein. Anfangs schien das auch die Auffassung des Waldenburger Staatsanwalts zu sein; denn noch in der letzten Februarwoche führte der konservativ-abgeordnete Merzin im Reichstage darüber Klage, daß der Staatsanwalt in Waldenburg i. Schl. im Interesse des sozialdemokratischen Abgeordneten Sachs gegen konservative Redakteure öffentlich Klage erhoben habe. Nun kommt aber die Nachricht, daß der Staatsanwalt es abgesehen hat, im öffentlichen Interesse Klage gegen Hippold zu erheben. Derselbe öffentliche Ankläger, der gegen unser Waldenburger Parteiblatt und gegen einzelne unserer Genossen schon Dutzende von öffentlichen Klagen im Interesse der gelben Secte erhoben hat, auf Grund von „Beleidigungen“, die in gar keinem Vergleich zu der oben geschilderten standen, wird mit einem Male müde, als öffentlicher Ankläger aufzutreten, wo ein schwer beleidigter sozialdemokratischer Abgeordneter Recht verlangt!

Der Provinziallandtag als agrarische Interessenvertretung.

Der sächsische Provinziallandtag beschloß auf seiner letzten beendeten Tagung, die bisher bestehende Provinzialkolonialkommission zu einer öffentlichen Provinzialbauausstellung, um der Landwirtschaft den Kredit zu erleichtern. Weiter wurde beschlossen, mit einem Kapital von 1.070.000 M. eine Provinziallebensversicherung zu gründen, um der „Vollstufzucht“ Konkurrenz zu machen und um gegen das Uebergreifen der Sozialdemokratie auf das flache Land einen starken Damm aufzurichten. Um der immer gefährlicher werdenden Landflucht entgegen zu wirken, bewilligte die agrarische Mehrheit des Landtags 2 Millionen Mark zwecks Beteiligung an der Siedelungsgesellschaft Sachsen-Land; außerdem wurden noch 30.000 M. für eine Jubiläumsgesellschaft des landwirtschaftlichen Instituts an der Universität Halle bewilligt.

Diese einseitige Förderung agrarischer Interessen war ohne Steuererhöhung nur möglich, weil — wie der Landesbauplatzmann bei der Staatsberatung ausführte — bei den Provinzialförderungsanstalten erhebliche Abstriche gemacht wurden.

Vermeidung von Alkoholgeüssen bei Soldaten.

Die zwei Kanoniere Koch und Wilmann vom Jägerbataillon des 1. Lehtregiments der Fuß-Artillerie-Schießschule wurden am letzten Donnerstag wegen Gehorsamsverweigerung zu vier resp. drei Wochen strengem Arrest verurteilt. Bei der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß Koch an jenem Tage in den Militärlaschinen für 2 bis 3 M. Schnaps und Bier getrunken hatte, auch Wilmann an jenem Tage ein größeres Quantum Alkohol zu sich genommen hatte, und daß Koch insgesam so betrunken war, daß er, als er wegen Gehorsamsverweigerung nach der Woche transportiert werden sollte, nicht mehr richtig gehen konnte, sondern förmlich hingestürzt werden mußte. Obgleich er beide vom Kriegsgericht nur zu 4 resp. 3 Wochen strengem Arrest verurteilt worden; andere Soldaten sind ja wegen in Kaufmanheit begangener Exzesse weit härter bestraft worden und dadurch für ihr ganzes Leben unglücklich gemacht worden. Aber muß hier nicht jeder verständige Mensch fragen: Warum beugt die Militärbehörde solchen Vorkommen nicht einfach dadurch vor, daß sie den Kantinenwirten bei sofortigem Verlust des Wirtschaftsbetriebes untersagt, einem Soldaten an einem Tage für mehr als 40 Pfennig alkoholische Getränke zu verabreichen oder verabreichen zu lassen? Eine solche vorbeugende Anordnung wäre verständiger, humaner und wohl auch für den Dienst erspriesslicher, als die harte Strafe nach infolge des unmäßigen Alkoholgenußes begangener Ausschreitungen mit ihren unabsehbaren Folgen.

Eine heikle Aufgabe

weist Graf Oppersdorf, der „Quertreiber“, der Organisation der Zentrumpresse, dem Augustinusverein, zu. In der gut schließlichen „Schlesischen Volkszeitung“ hat bekanntlich ein Herr F. J. Reife, Vorsitzender der schlesischen Gruppe des Augustinusvereins, einem Gelehrten der Berliner Richtung recht böse Dinge nachgesagt. Er behauptete von ihm, er habe sich in Breslau seit mit dem Studium des lateinischen Rechts und der Theologie mehr mit dem Studium des Breslauer Hochschullebens und mit der Frage beschäftigt, wie man gewisse Nachschatten in die Automobile schmuggle, die Lären verschleie und die Insassen dahin fahren lasse, wohin sie nicht wollten. Graf Oppersdorf richtet nun einen offenen Brief an den Augustinusverein, in dem er ein Einschreiten gegen diese persönliche Kampfwaise fordert. Er schließt seinen offenen Brief wie folgt:

„Es aber, meine Herren von der Pflege der katholischen Presse, werden sich bei Befähigung ihrer eigenen Ehre, der Nachprüfung der Frage nicht länger entziehen dürfen, noch können, ob denn wirklich Elemente, wie die hier gekennzeichneten, fernherhin noch Mitglieder oder gar, wie Herr F. J. Reife, Vorstandsmitglieder und Sektionsvorsände Ihres zur Hebung der katholischen Presse gegründeten und angeblich tätigen Vereins bleiben können. Die Öffentlichkeit soll und wird Zeugnis dessen sein, was nunmehr geschieht. Und das allgemeine Urteil wird feststellen, wo die Gerichten sitzen.“

Nach der Stellungnahme des Augustinusvereins gegen die „Quertreiber“ wird Oppersdorf lange auf Antwort und vermutlich noch länger auf ein Einschreiten des Augustinusvereins gegen diesen Herrn Reife warten können.

Zu einer Wallfahrt nach Rom

fordert der Erzbischof von Köln die gläubigen Katholiken Deutschlands auf, um dem Papst zu zeigen, daß in den gegenwärtigen „schweren Zeiten“ der Glaubensmut und die Einmütigkeit der katholischen Kirchenangehörigen nicht abgenommen haben.

Terrorismus.

Als keinen Beitrag zu der Denkschrift über die Auswüchse des Sozialismus, die vom Reichstagskanzler dem Reichstag in Aussicht gestellt worden ist, stellen wir den folgenden Revers zur Verfügung, der von der Reichsministerial-Kommission für die Württemberg jedem neu eintretenden Ingenieur zur Unterchrift vorgelegt wird:

„Der Unterzeichnete verpflichtet sich, während seiner Anwesenheit in der Reichsministerial-Kommission für die Württemberg dem Reichstagskanzler (Rund der technisch-industriellen Beamten) nicht anzugewöhnen.“

Von 21 Mitgliedern, die der genannte Bund bisher in der Fabrik hatte, sind bereits zwölf hinausgedrückt. Es wird dem Kanzler einige Mühe kosten, einen solchen Revers als „sozialdemokratischen“ Terrorismus zu bezeichnen.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Der Gemeinderat der Stadt Gera stellte 10.000 M. zur Linderung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung. Es sollen in der Hauptsache Familienkassen unterstutzt werden, die seit zwei Jahren in der Stadt Gera wohnen und hier den Unterhaltungsbedarf haben. Die Vertreter der Gelben stimmten mit den Bürgerlichen gegen den Antrag. — Weiter wurde ein Antrag durch die Stimmen der sozialdemokratischen Mehrheit gegen die bürgerlichen Stimmen angenommen, nach dem für Jüdde der noch zu beschließenden Arbeitslosenversicherung die Summe von 5000 M. pro forma in den Etat eingestellt werden.

Polizeilich geduldetes Kuppelrei.

In Frankfurt a. M. sind seit einigen Jahren mit stiller Duldung der Polizei Vordele eingerichtet worden. Der Betrieb eines öffentlichen Hauses ist strafbar, auch wenn die Polizei, wie in dem Frankfurter Falle, vorher erklärt hat, daß sie nichts gegen die Beherbergung der Prostituierten einzusetzen habe. Jedoch in der Regel geschieht den Besitzern solcher Häuser nichts nach dem bekannten Wort: Wo kein Kläger ist, da ist kein Richter. In Frankfurt a. M. erfolgte kürzlich Anzeige gegen eine Frau, die ein solches Haus betreibt, worauf auch Anzeige wegen Kuppelrei erhoben wurde. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagte zu einem Monat Gefängnis. In der Berufungsinstanz wurde die Sache milder angesehen. Der Verteidiger, der am Schöffengericht noch auf Freisprechung plädiert hatte, weil die Angeklagte sich durch die Erlaubnis der Polizei geduldet halten konnte, ersuchte nur um eine mildere Strafe, weil doch erstens eine Konzessionierung durch die Polizei vorliege, und weil es sich um einen Konflikt zwischen Gesetz und tatsächlichen Verhältnissen handele. Der Staatsanwalt unterstutzte den Verteidiger, und das Gericht setzte auch die Strafe auf eine Woche herab.

Die Soldatenmishandlungen in Bittsch.

Das Wolffsche Telegraphenbureau, das die Mitteilung von der Verurteilung des Leutnants v. Horstner und des Sergeanten Köstlich wegen Soldatenmishandlung verschwiegen hat, dementiert die Meldung von der Verurteilung der Soldaten, die über den Vorfall gesprochen haben. Dazu schreibt die über die Vorgänge in Bittsch-Böhmen stets gut informierte „Straßburger Neue Zeitung“: „Aus dem Wolffschen Dementi geht hervor, daß die Meldung stimmt, soweit der Leutnant und der Sergeant in Frage kommen. Das genügt fürs erste, wenn man weiß, wie schwer ohnehin solche militärische Jugendsünden zur Welt kommen. Daß Verurteilungen von Soldaten erfolgt sind, wird auch nicht abgestritten, nur heißt es: Die über den Vorfall gesprochen haben wollen.“ Diese Einschränkung des Dementis läßt uns fragen: Soldaten sind bestraft worden, aus welchen Gründen denn, wenn nicht aus den angeführten?

Ein Landesverratsprozess.

Das Oberlandesgericht in Kiel hat am Sonnabend den Funkentelegraphisten Michael zu 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Anklage lautete auf Verrat militärischer Geheimnisse, Diebstahl, Vorsehung, Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstsachen, wodurch ein erheblicher Schaden für die Marine entstanden ist. Das Urteil in erster Instanz, gegen das der Gerichtsherr Verurteilung eingelegt hatte, lautete nur auf 3 Jahre 7 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Sowohl von dem Gericht erster wie zweiter Instanz war die Öffentlichkeit während der Verhandlung wie auch bei Verkündung des Urteils vollständig ausgeschlossen.

Oesterreich.

Ein Hochverratsprozess.

Lemberg, 9. März. Heute beginnt hier unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Lewicki eine für mehrere Wochen anberaumte Schwurgerichtsverhandlung gegen den 37jährigen Journalisten Simon Wendasul, den 23jährigen orthodoxen Priester Matz Sandowicz, den 23jährigen orthodoxen Priester Ignaz Rudyna und den 23jährigen Rechtsberater Wasil Koldra. Es wird ihnen zur Last gelegt, daß sie seit dem Jahre 1909 bis März 1912 in Lemberg und in anderen Ortschaften Galiziens im Verborgenen und im gegenseitigen Einverständnis teils als Führer oder durch Aufwiegelung, teils als unmittelbare Mitwirkende, und die drei erstgenannten auch durch Ausprägung, eine Tätigkeit entfaltet hätten, die auf Vorsehung Galiziens angelegt war, was den Tatbestand des Verbrechens des Hochverrats begründet.

Der Angeklagte Wendasul wollte sich bei der Abgabe seiner Personalien der russischen Sprache bedienen. Der Vorsitzende des Gerichtshofes ließ dies aber nicht zu.

Ein Grenzzwischenfall.

Wien, 9. März. Auf dem Retalkafattel in Bosnien, einem Gebiete, das zweifellos zu Bosnien gehört, jedoch von den Montenegroisern als strettig bezeichnet wird, hat eine montenegroische Abteilung auf den österreichischen Grenzposten geschossen. Der Grenzposten erwiderte das Feuer, worauf sich die montenegroische Abteilung zurückzog. Ein Montenegriner wurde getötet, fünf verwundet, darunter drei schwer. Einer der Schwerverwundeten ist gestorben.

England.

Home rule.

London, 9. März. Als Premierminister Asquith sich erhob, um die zweite Lesung der Home-Rule-Bill zu beantragen, wurde ihm von seinen Anhängern eine Weisfallkundgebung bereitet, die mehrere Minuten dauerte. Asquith erklärte, die Vorlage enthalte nach seiner und seiner Anhänger Ueberzeugung keine Ungerechtigkeiten, aber in Ulster bestände die Gefahr eines akuten Konfliktes, ja selbst von Unruhen, und daselbst gelte für ganz Irland, wenn die Bill verstimmt oder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werde. In beiden Fällen sei die Gefahr groß genug, um allerdings zwar nicht ein Aufgeben von Grundfragen, wohl aber die Annahme einer praktischen Formel zu rechtfertigen, die zu einem Ausgleich führen könnte. Solch ein Ausgleich müßte seitens der Unionisten die Annahme einer gesetzgebenden und einer ausführenden Gewalt in Dublin, und seitens der Ministeriellen eine besondere Behandlung der Minderheit in Ulster zur Voraussetzung haben, außer den Schutzmaßregeln, die die Bill bereits enthielt. Die Regierung habe auf frei verhandelbaren Wegen versucht, den Schwierigkeiten von Ulster zu begegnen. Er — Asquith — neige persönlich zu einer gewissen Ausnahmestellung Ulsters gegenüber der Dubliner ausführenden Gewalt und Verwirklichung, wobei Ulster ferner ein Einspruchsrecht gegen Dubliner gesetzgeberische Maßnahmen haben sollte. Home rule innerhalb Home rule fand nicht die Zustimmung

der beteiligten Parteien. Ein zweiter Vorschlag ging dahin, das neue System blos auf Ulster anzuwenden, ihm aber nach Verlauf von einigen Jahren den Ausritt zu gestatten. Dieser Vorschlag hat sich ebenfalls als unannehmbar erwiesen. Die Regierung ist zu dem Schluß gekommen, daß den Graffschaften von Ulster freigestellt werden solle zu entscheiden, ob sie zunächst ausgeschlossen bleiben wollen. Jede Graffschaft von Ulster sollte darüber abstimmen dürfen, bevor die Bill in Wirksamkeit tritt. Die einfache Mehrheit würde entscheiden. An der Wahl würden die für das Parlament Stimmberechtigten teilnehmen und die Periode des Ausschlusses würde sich auf sechs Jahre erstrecken, von dem Zusammentritt der irischen gesetzgebenden Gewalt an gerechnet. Die Regierung habe eine Periode von sechs Jahren gewählt, weil man imstande sein würde, in dieser Zeit die Tätigkeit des irischen Parlaments genügend zu beurteilen und weil die Wähler des vereinigten Königreichs in dieser Zeit sicher Gelegenheit haben würden, auf Grund ihrer Erfahrungen zu entscheiden, ob der Ausschluß Ulsters aufhören solle oder nicht.

Das Reichsparlament würde spätestens im November 1915 aufgelöst werden, vermutlich aber schon früher. Die Legislaturperiode des folgenden Parlaments könnte nur bis November 1920 dauern. Es würden also zwei allgemeine Wahlen stattfinden, bevor der Ausschluß Ulsters zu Ende ginge. Die ausgeschlossenen Graffschaften würden ihre Vertreter im Reichsparlament behalten. Für die Verwaltung und das Unterrichtswesen in Ulster würden besondere Behörden gebildet werden. Die Regierung halte dies für ein billiges und gerechtes Uebereinkommen und habe es um des Friedens willen vorgeschlagen. Asquith schloß, er erwarte nicht, daß dieser Vorschlag Begeisterung hervorgerufen werde, aber er bitte um sorgfältige und leidenschaftslose Erwägung.

Spanien.

Die Kammerwahlen.

Madrid, 9. März. Die Ministerkette haben in fast allen Wahlbezirken gesiegt. In Madrid sollen 5 Republikaner und 3 Monarchisten gewählt worden sein. — Im Verlaufe der Zwischenfälle in Torroja, Castellon und Valencia wurden zwei Generalen und drei Wähler getötet, etwa 30 Personen verwundet. Insgesamt sind 34 Verhaftungen vorgenommen worden.

Bulgarien.

Die Wahlen.

Sofia, 9. März. (Meldung der Agence Bulgare.) Ueber die Ergebnisse der Wahlen in den Bezirken der Städte liegen bereits ziemlich genaue Berichte vor. Danach erlangt die Regierung in diesen Wahlbezirken eine große Mehrheit. Die sozialistische Partei hat eine Niederlage erlitten. (?) Dagegen erscheint es schon jetzt als sicher, daß die demokratische und die nationale Partei eine Verstärkung erfahren und in der neuen Sobranje besser vertreten sein werden als in der letzten. Die endgültigen Ergebnisse werden erst morgen bekannt sein.

Südafrika.

Ein Schritt zurück.

Kapstadt, 9. März. Im Abgeordnetenhaus beantragte Minister Smuts die dritte Lesung der Indemnitätsbill und betonte dabei, daß die Verbannung der deportierten Arbeiterführer nicht notwendigerweise eine dauernde sei, da das Einwanderungsgesetz es ermögliche, Deportierten eine zeitlich beschränkte Erlaubnis zur Rückkehr zu geben, falls guter Grund dazu vorhanden sei, die deportierten Arbeiterführer könnten wegen keines Verbrechens verfolgt werden; sie seien aber Leute, die eine soziale Revolution herbeiführen könnten.

Japan.

Weitere Abstriche am Marineetat.

Tokio, 9. März. Die Budgetkommission des Oberhauses beschloß mit 48 gegen 7 Stimmen, beim Marineetat außer der vom Abgeordnetenhaus bereits vorgenommenen Herabsetzung um 30 Millionen Yen dem Oberhaus eine weitere Herabsetzung um 40 Millionen Yen zu empfehlen. Premierminister Yamamoto wandte sich gegen die Wahmahme und erklärte, die Herabsetzung würde die nationale Verteidigung ernstlich behindern. Bezüglich der Verlesungsfälle in der Marine sagte der Premierminister, er sei entschlossen, keine Verantwortung zu übernehmen, bis die Gerichte entschieden hätten.

Letzte Nachrichten.

Die Revision im Prozeß Mielzynski zurückgezogen.

Wien, 9. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Staatsanwalt in Wesech hat die Revision, die er gegen den Freispruch des wegen Mordes angeklagten früheren Reichstagsabgeordneten Graf Mielzynski eingelegt hatte, wieder zurückgezogen.

Verfassungsänderung in Rumänien.

Bukarest, 9. März. (B. Z. B.) In der heutigen Sitzung der Kammer wurde ein aus der Initiative von Parlamentariern hervorgegangener Gesetzentwurf verlesen, welcher eine Revision der Verfassung fordert, um die Agrarreform durchzuführen. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen großem und kleinem Grundbesitz solle beseitigt und die Regierung ermächtigt werden, an Bauern unter gewissen Bedingungen gegen eine billige im voraus zu zahlende Entschädigung Ländereien von Großgrundbesitzern zu ver kaufen. Der Entwurf bezweckt ferner die Durchführung einer politischen Reform durch Aufhebung der gegenwärtigen Wahlkörper und deren Ersetzung durch einen einzigen Wahlkörper mit Verteilung der Mandate und Wahlrecht. Mehrere andere Artikel der Verfassung sollen mit dem Entwurf in Einklang gebracht werden. Der Entwurf wurde unter Weisfall sofort zum Beschluß erhoben.

Frau Panthurst abermals verhaftet.

London, 9. März. (B. Z. B.) Die Führerin der Frauenstimmrechtlerinnen Frau Panthurst ist heute abend in Glasgow verhaftet worden.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Regiko, 9. März. (B. Z. B.) Präsident Huerta hat an alle Befehlshaber von Bundesstruppen im Felde den entschiedenen Befehl erteilt, heute mit dem Angriffskrieg gegen die Rebellen in Nordmexiko zu beginnen. Die Depesche enthält die Mahnung, die Ausländer zu schützen, und kündigt an, daß die Befehlshaber verantwortlich gemacht würden für jede Nichtachtung dieses Befehls.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE 61a

Glas, Porzellan, Steingut zu enorm billigen Preisen

Tafel-Seriengeschirr „München“

Speiseteller flach oder tief	38 Pf.
Abendbrotteller	28, 32 Pf.
Kompotteller	20 Pf.
Suppenterrinen	3 ⁵⁰ 4 ⁵⁰
Kartoffelschüsseln mit Deckel	2 ⁷⁵
Gemüseplatten rund	1 ²⁵
Bratenplatten oval	95 Pf., 1 ³⁰ 1 ⁷⁵ bis 4 ⁰⁰
Salatieren	85 Pf., 1 ²⁵
Saucieren	1 ²⁵
Dejeuners 5teilig, aparte Dekore	2 ²⁵ 3 ²⁵

Ein Waggon feuerfestes Tonkochgeschirr

Für jedes Stück wird Garantie geleistet! **Marke Feuertrioz** Für jedes Stück wird Garantie geleistet!

Maschinentöpfe	60, 75 Pf. 1 ²⁵
Kochtöpfe mit Deckel, hohe Form	1 ²⁵ 1 ⁸⁵ 2 ⁵⁰
Kochtöpfe mit Deckel, flache Form	1 ²⁵ 1 ⁹⁵
Schmortopf mit Deckel	95 Pf. 1 ⁵⁰ 1 ⁹⁵
Bratpfannen länglich, mit Deckel	95 Pf. 1 ⁴⁰ 1 ⁶⁰
Elertiegel mit Metallmittel	85 Pf., 1 ¹⁰ 1 ²⁵
Auflaufformen	50, 68, 85 Pf.
Milchtöpfe	25, 35, 75 Pf.
Milchkocher	95 Pf., 1 ⁵⁰ 2 ²⁵

Kaffee-Seriengeschirr „München“

Kaffeekannen	58, 75, 85, 95 Pf. 1 ²⁵
Teekannen	75, 85 Pf. 1 ²⁵
Zuckerboxen	55, 75 Pf.
Milchgläser	25, 30, 38, 45, 50 Pf.
Tassen	25 Pf.

Waschgarnituren

Golf 5teilig, breite Bordüre	3 ⁷⁵
Polo 5teilig, Goldrand	4 ⁷⁵
Hamburg 5teilig, farbiges Karodekor	9 ²⁵
Imperator 5teilig, Goldband	12 ⁵⁰

Wirtschafts-Artikel

Emalle-Rochgesch. „Diamant“

hellbraun abgetönt mit Hohlgriffen

Schmortöpfe ohne Ring	50, 70, 95 Pf. 1 ⁰⁰
Schmortöpfe mit Ring	80 Pf. 1 ⁰⁰ 1 ²⁰ 1 ⁴⁵
Gaskochtöpfe mit Deckel	95 Pf. 1 ³⁰ 1 ⁵⁵
Kaffeekannen	50, 75, 95 Pf.
Wasserkessel für Gas	1 ⁴⁵ 1 ⁷⁵ 2 ²⁵
Wasserkessel mit Saek	2 ⁰⁰ 2 ⁷⁵ 3 ²⁵
Kasserollen mit Saek	38, 55, 70, 90 Pf.
Kasserollen mit Ring	65, 85 Pf. 1 ⁰⁰ 1 ¹⁵

für Hängegas Beleuchtung

mit echten Graetzleuchtrohren Inklus. Montierung

Speisezimmerkrone 4flammig, Eisen	50 ⁰⁰
Herrenzimmerkrone 4flammig, Eisen	33 ⁰⁰
Zuglampe Eisen, mit 40-cm-Glocke und Porzellan	19 ⁵⁰
Ampel matt Messing mit Stabbehang	14 ⁰⁰
Glühkörper Stahllicht	17 Pf.
Hängelicht	20 Pf.

für Elektrisch Beleuchtung

mit Osramlampen Inklus. Montierung

Speisezimmerkrone Messing, 5fl., m. Seidenschirm	54 ⁰⁰
Herrenzimmerkrone Eisen, vierflammig	32 ⁰⁰
Zuglampe matt Messing, mit 40-cm-Glocke und Porzellan	21 ⁰⁰
Ampel aus buntem Stoff	13 ⁰⁰
Selbstzünder	30 Pf.

Weiß, weiß-emall. -Geschirre

Ein großer Posten enorm billig

Schüsseln rund	20, 25, 30 bis 70 Pf.
Küchenschüss. tief	30, 35 bis 95 Pf.
Bratenschüsseln oval	35, 60, 85 Pf.
Wasserkannen	65, 85 Pf. 1 ⁰⁰
Kummen	18, 20, 25 Pf.
Essenträger 3teilig	1 ³⁵ 1 ⁶⁵ 1 ⁹⁰
Essenträger 4teilig	1 ⁶⁰ 1 ⁹⁵ 2 ⁴⁵
Becher	20, 25, 30 Pf.

Küchen

moderne Ausföhr.

bestehend aus: Büfett, Tisch, Rahmen, 2 Stühlen u. Handtuchhalter	58 ⁰⁰ 62 ⁰⁰ bis 92 ⁰⁰
bestehend aus: Büfett, Anrichte, Tisch, 2 Stühlen u. Handtuchhalter	95 ⁰⁰ 115 ⁰⁰ bis 190 ⁰⁰

Heute Billige Lebensmittel

Obst, Gemüse, Fische, Fleisch, Wurstwaren.

Berlins größtes Kredit-Haus ist und bleibt

ALLE TAGE ANDERS

direkt am Nettelbeckplatz

Möbel auf Kredit

Größte Auswahl in kompl. Schlafzimmern, Küchen etc sowie Lieferung ganzer

Wohnungs-Einrichtungen

von den allerbilligsten bis zu den elegant. Sachen

1 Zimmer M. 95 Anzahl. M. 10	wöchentl. M. 1.-
2 Zimmer M. 150 Anzahl. M. 15	wöchentl. M. 1.50
2 Zimmer M. 220 Anzahl. M. 20	wöchentl. M. 2.-
2 Zimmer M. 350 Anzahl. M. 30	wöchentl. M. 3.50

Polsterwaren eigenes Fabrikat

Herren-, Damen- u. Kinder-Garderoben

Wöchentliche Abzahlung 1 Mark.

Gratis: Herren: feleg. Filzboot, Damen: feine Lederwaren

Waren- u. Möbel-Kredit-Haus ALLE TAGE ANDERS

Größt. Haus am Nettelbeckplatz, gegenüb. d. Bf. Wedding Park-, Gericht- und Reinickendorfer Straßen-Ecke Pariserstr. 1., H., III., IV. Etage.

Einziges Waren-Kredit-Haus, das zur Verabfolgung der besten Marken berechtigt ist

Ein sehenswerter Hinweis

M. GLOGAU
Alte Jacobstr. 73

! Kredit !

erhält Jeder!

in streng diskreter, selbstredend kulantester Form

Komplette Küchen von	59 M. an
Schlafzimmer von	235 M. an
Wohnzimmer von	270 M. an
Speisezimmer von	565 M. an
Herrenzimmer von	398 M. an
Komplette Salons von	372 M. an

125 komplette Zimmer stets auf Lager.

Beamte ohne Anzahlung!

Damen-
Kostüme von 32 M. an
Paletots von 26 M. an
Mäntel... von 35 M. an
Ulster... von 29 M. an

Herren-
Anzüge... von 28 M. an
Reckenzüge von 39 M. an
Ulster... von 34 M. an
Paletots von 41 M. an

Hervorragend sind Wyberf-Tabletten dazu geeignet, die unangenehmen Nebenwirkungen des Rauchens zu bekämpfen. Wyberf-Tabletten sind vorrätig in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel M 1

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11

1 Mark wöchentliche Teilzahlung liefert elegant

Herren-Moden

fertig und nach Maß!

Julius Fabian

Schneidemeister

Gr. Frankfurter Str. 37, II Turmstr. 18, I, kein Laden
Kottbuser Strasse 14, nur 2. Etage.

Vorsieger dieser Annoncen erhält 5 Prozent Rabatt!

Tausende befreit!

Bandwurm

mit Kopf (Spul- u. Maderwürmer) beseitigt meist binnen 2 Stunden leicht und vollständig gefahrlos ohne Berufsstörung das vollkommen unschädliche, natürliche

Reichel's B adwurmmittel

Keine unangenehmen Nachwirkungen, keine Hungerkur, nicht angreif. u. ohne Nachteil, auch wenn Bandwurm nur vermutet wird. Einfachste Anwendung. Für Erwachsene, 2.-, Kind. (Altersang. 1.25). All. echt in Marken- Medica, u. Namen Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Wo in Drogerien nicht erhältlich, direkt Zukaufen.

Bouillon Würfel

Beste fröhliche Qualität. 100 Stück M. 2.—, 200 Stk. 4.35 frk., 1000 Stk. 15.50 frk. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

„Zünftigste Goldfarbb „Downonik“! Die größte, weil bei Rönntlichte Wloske

Gewerkschaftliches.

Die Straßenbahn-Direktion am Schleifstein.

Die Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen in Deutschland sind in einem Verein zusammengeschlossen. Dieser zerfällt dann wieder in verschiedene Bezirksvereine von „Freien Vereinigungen der Betriebsleiter von Straßenbahnen, Kleinbahnen und Elektrizitätswerken“.

Das Referat hielt Direktor Kollé-Breslau. Er erklärte, daß der Streik der Straßenbahner in Königsberg recht empfindlich gewesen sei. Auffallend wäre gewesen, daß selbst die ältesten Fahrbeamten sich haben verleiten lassen.

Die schon in Saarbrücken, ist auch der notleidenden Verwaltung in Königsberg durch andere Betriebe geholfen worden, indem Personal zur Verfügung gestellt wurde. Freilich konnte bei weitem nicht die Zahl der streikenden Fahrbeamten ersetzt werden.

In der Diskussion führte Direktor Siegmann-Rostock aus, die Frage müsse durchaus diskret behandelt werden.

Sternberg, Direktor der Posener Straßenbahn sagte: „Jeder siegreich niedergeschlagene Streik ist ein Gewinn für die Allgemeinheit der Straßenbahnunternehmungen; der Königsberger Streik hat der dortigen Verwaltung viel Geld gekostet; den („arbeitswilligen“) Mannschaften wurden freie Reise, freie Verpflegung und ein Tagelohn von 15 M. gewährt; daneben wurde ihnen der daheim entgangene Lohn weitergezahlt. Der Königsberger Streik hat der dortigen Straßenbahnverwaltung 175 000 M. gekostet.“

Kolle-Breslau: „In Königsberg scheint die Verwaltung überrumpelt worden zu sein.“ Siegmann-Rostock: „15 M. Tagegeld (für die Streikbrecher) ist zu viel; die Leute müssen auch nicht mit Geld förmlich überschüttet werden.“

Genl. Direktor der Hamburger Straßenbahn: „Es heißt immer, daß dürfen wir nicht dulden, daß unsere Leute organisiert sind; aber wir müssen uns auch sagen: auf die Dauer ist das nicht durchzusetzen; es muß gründlich und wohlüberlegt werden, welchen Eindruck wir bei der Behörde machen, wenn wir sagen: wir dulden nicht, daß das Personal organisiert ist, wir sind aber selbst organisiert.“

Direktor Fesche-Waldenburg riet ebenfalls zum Ausschließen durch Streikbruchpersonal und lobte das Verhalten der Polizei beim dortigen Straßenbahnerstreik.

Sternberg-Posen empfahl eine Streikversicherung der Straßenbahnverwaltungen.

van Berlstein-Thorn warnte davor, „den Hauptverein mit der Streikangelegenheit zu beschäftigen, da es unmöglich ist, den heiklen Gegenstand in diesem geheim zu verhandeln“, man solle die Sache durch ein vertrauliches Rundschreiben ins reine bringen; die Kommunalbahnen könnten nicht mitgehen.

Kolle-Breslau: „Es handelt sich hier um eine außerordentlich wichtige Angelegenheit“; es sollte tatsächlich durch ein Rundschreiben an alle Verwaltungen klargestellt werden, ob wir uns alle im Falle eines Streiks mit Mannschaften ausbilden wollen.

In diesem Sinne wurde beschlossen.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung der Marmorarbeiter.

Die Frage: Wie stellen wir uns zu dem ablehnenden Verhalten der Unternehmer? bildete den Verhandlungsgegenstand einer stark besuchten Versammlung der Marmorarbeiter. Bürger erstattete Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Letztere lehnen nicht nur die achtstündige Arbeitszeit, sondern überhaupt jede Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit strikte ab und damit zugleich auch den geforderten Lohnausgleich.

Die von den Unternehmern beabsichtigten Verschlechterungen, die Anführerlöhne in der Säleferindustrie sowie die Jahrgeld- und Jahrgelddividende betreffend, weisen sie mit Entschiedenheit zurück und werden sie solche gegebenenfalls abzuwehren wissen.

Sich verpflichtend, unabhängig für die Stärkung ihrer Organisation tätig zu sein, beauftragen sie den Vorstand, geeignete Maßnahmen zur baldigen Verwirklichung ihrer Forderungen zu treffen.

In der Aussprache über den Bericht trat deutlich der Wunsch hervor, sofort zur schärfsten Kampfform überzugehen, weil die meisten Redner in der vorgelegten Resolution glaubten ein Zurückweichen erbitzen zu müssen. Dagegen wurden auch Stimmen laut, die durchaus kein Nachlassen der Forderungen in der Annahme des Kommissionsvorschlages sehen, sondern eine kluge taktische Maßnahme, wie es auch die Versammlungsleitung andeutete. Diefelbe Auffassung

haben, dann seien auch nicht die Gebote von ihm und die Menschen hätten sich alles nur ausgedacht. „Unsere Lehrer sagen es nur, weil der Senat (von Bremen) es so haben will.“

Im Unglauben war kein Unterschied zwischen Knaben und Mädchen zu entdecken. Die häufigsten Einwände waren Vernunftgründe der erwählten Art. Seltener waren die Einwände, die die Kinder ihren persönlichen, sozialen Erfahrungen entnahmen: „Wenn man Hunger hat und betet, kriegt man doch nichts zu essen.“ — „Wenn eine Mutter krank ist, dann müßte sie gesund werden, wenn es einen Gott gebe.“ — „Gott hilft den Armen nicht, dann kann es uns auch egal sein, ob einer da ist oder nicht.“

Hermann Stehr in Berlin. Es ist von jeder so gewohnt und wird wohl auch noch länger so bleiben: es muß einer erst dreißig Jahre tot sein, um die verdiente Anerkennung als Dichter zu erlangen. Und dann ist man wohl schon etwas „veraltet“ und muß sich darauf beschränken, in der Literaturgeschichte ein kümmerliches Dasein zu fristen. — So war denn auch Sonntagmittag der Weihnachtsfestabend, als der fünfzigjährige Schlesiener Hermann Stehr auf das Podium trat, um den — leider sehr kleinen — Jubelkreis in die Welt seiner Schöpfungen einzuführen. In den beiden Prosaarbeiten, die er neben dem sinnvollen Gedicht „Trostgesang“ auswählte, — einem Kapitel aus dem Roman „Der begrabene Gott“ und einem aus der Novelle „Die Großmutter“ — gab er zugleich das Programm seiner eigenartigen Kunst, die sich mitteilend liebepoll in das Seelenleben der Kernsten vermischt und mit realistischer Kleinmalerei die außerordentlich feine Wieder-gabe der physischen Zustände zu einem ergreifenden, stimmungsvollen Ganzen verwebt. Der Dichter trug seine Werke eindrucksvoll vor, man spürte die Persönlichkeit, die sie geschaffen. Hoffentlich findet Stehr auch einmal den Weg zum Volke, in dem allein seine Kunst wurzelt.

Ein Robinson Crusoe von heute. Wer Sinn für Einsamkeit und Romantik besitzt, den wird die Sehnsucht paden, wenn er von dem Inserate hört, das in diesen Tagen in der Londoner „Times“ erschien. Dort war nichts mehr und nichts weniger als ein weltcolligenes Eiland mit vier „Rebeninseln“ zum Verkauf angeboten, und die Schilderung, die von dem Objekt entworfen war, lockte durch die farbeprächtigsten Bilder. Wer wird der Robinson Crusoe sein, der hier wie kein berühmter Vorgänger ein traumverlorenes Dasein, das nichtbestimmter mit großem Komfort der Neuzeit geführt werden kann, zu leben gedenkt? Die einzige Bedingung, die der Käufer und Einsamkeitsliebhaber zu erfüllen hat, besteht darin, daß 80 000 M. auf den Tisch zu zahlen. Dadurch wird er unbeschränkter Herr des kleinen schönen Inselreiches. Die Insel gehört zu den Bahamainseln im westindischen Archipel. Der Name ist „Great Whale Cay“. Es ist beiseite kein unfruchtbares Land, sondern, wie von dem Verkäufer versichert wird, stehen 4000 Kokospalmbäume dort in Reih und Glied, und ein großes Stück Ackerland ist mit Strohgras bewachsen, aus dem Haat gewonnen wird. Inmitten der Insel erhebt sich ein anmutiges Wohnhaus. Von dem Luxus, mit dem es ausgestattet ist, sei nur erwähnt, daß im nächsten Dunkel darin das strahlendste elektrische Licht erglanz. Der gegenwärtige Eigentümer der Insel schied vor neun Jahren mit seiner jungen Frau als erster seinen Fuß auf die gänzlich unbewohnte Insel und erschloß sie der

legte Wüller von der Verbandsleitung dar. Ein Antrag Paulikat forderte, vom gestrigen Montag ab in sämtlichen Betrieben nur noch acht Stunden täglich zu arbeiten. Nach sehr eingehender Debatte wurde der Antrag Paulikat in geheimer Abstimmung abgelehnt. Darauf vereinigte die abgedruckte Resolution die Stimmen fast sämtlicher Antwesenden auf sich.

Ueber den Berliner Fleischerinnungstarif sprach in einer gut besuchten öffentlichen Fleischergefellensversammlung Kollege Schneider. In ausführlicher Weise schilderte der Redner, wie der Zentralverband der Fleischer seit seinem Bestehen seine ganze Kraft dafür einsetzte, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Fleischergewerbe tariflich zu regeln. Dank seiner unermüdbaren Tätigkeit wurden bis Ende 1913 750 Tarifverträge für 8300 Fleischergefellens abgeschlossen. Die Fleischerinnungen waren von jeder die größten Gegner von tariflichen Regelungen. Auf den Verbandstagen der Fleischermeister wurde über die Abschließung von Tarifverträgen weidlich geschimpft. Es wurden da Resolutionen gefaßt, die besagten, daß der Fleischermeister, welcher sich zu einer tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse in seinem Betrieb herbeiläßt, des Handwerks unwürdig sei. Die Standesehre der Fleischermeister wurde durch Abschluß von Tarifverträgen verleßt. Der Fleischergefelte sei kein gewöhnlicher Arbeiter (wohl weil er täglich durchschnittlich 14 Stunden arbeiten muß), sondern die Gesellenszeit im Fleischergewerbe sei nur ein Uebergangsstadium vom Gesellen zum Meister. Im Jahre 1910, anlässlich der Tarifbewegung in Karlsruhe i. V., drohte der Vorsitzende des Deutschen Fleischermeisterverbandes, Herr Marx-Frankfurt a. M., den tarifstreuen Fleischermeistern von Karlsruhe damit, daß er dafür Sorge, den Fleischermeistern die städtischen Lieferungen zu entziehen, wenn sie nicht ihre Unterschrift von dem Tarifvertrag zurückziehen. Herr Marx wurde auf Anzeige der tarifstreuen Fleischermeister wegen Nötigung zu einem Tag Gefängnis verurteilt. Herr Marx erklärte demgegenüber, daß er einige kleine Meister ihre Existenz aus Spiel sehen müssen, als daß Tarifabschlüsse im Fleischergewerbe zustande kommen. So kämpften die Fleischermeister zwei Jahrzehnte lang gegen die tarifliche Regelung, und was sie nun so lange beklampften, hat endlich die Berliner Fleischerinnung aus Angst vor der aufwärtsstrebenden Gesellensbewegung anerkannt. Die Idee der tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse im Fleischergewerbe hat in der Theorie gelegen; ja sie hat sogar gleich einen Sprung gemacht: man ist zu dem Abschluß eines korporativen Tarifvertrages übergegangen. Der langjährige Kampf des Zentralverbandes der Fleischer hat in Berlin die erste Frucht gezeitigt.

Anderes steht es mit dem abgeschlossenen Tarifvertrag selbst. Es ist ein Vertrag, der den Gesellen keine Verbesserungen, sondern Verschlechterungen bringt. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 75 Stunden einschließlich der gesetzlichen Sonntagsarbeit. Sollten mehr Ueberstunden geleistet werden, so sind diese als Ueberstunden anzusehen. Die Arbeitszeit darf an keinem Tag 14 Stunden überschreiten. Ist während dieser Zeit die zu leistende Arbeit nicht zu bewältigen, so sind Ueberstunden, jedoch nur unter Zustimmung des Meisters, zu machen. Ueberstunden sind mit 50 Pf. zu entlohnen. Es werden jedoch nur voll geleistete Ueberstunden bezahlt.

Was in diesen Bestimmungen der eine Paragraph vorschreibt, löst der andere Paragraph wieder auf. Während der § 1 eine wöchentliche 75 stündige Arbeitszeit vorschreibt, werden die Gesellen im § 2 verpflichtet, täglich 14 Stunden ohne Ueberstundenbezahlung zu arbeiten, das sind, Sonntagsarbeit mit eingerechnet, 87 Stunden pro Woche. Ist die Arbeit in diesen 14 Stunden nicht zu bewältigen, so sind Ueberstunden, jedoch nur unter Zustimmung des Meisters zu machen. Und werden dann Ueberstunden gemacht, so werden nur vollgeleistete Ueberstunden gezahlt. Sehr viele Gesellen, und hauptsächlich die Gelben, haben gar nicht den Mut, an den Meister wegen Ueberstunden heranzutreten, und wenn der Meister schlau ist, so berzieht er sich, wenn er sieht, daß Ueberstunden gemacht werden müssen, aus dem Geschäftskreis der Gesellen, damit die zu machenden Ueberstunden nicht gemeldet

Stultur. Die beiden liebten die einzigen Bewohner der Insel, wie eines Tages ein Mulatte den Weg zu ihnen fand und getreu wie der „Freitag“ Robinson Crusoes ihnen ein hilfreicher Diener wurde. Nach einigen Jahren entschloß sich der wagnerrütige Crusoe, eine Reihe von Mulatten als Arbeiter auf die Insel zu nehmen und dort eine Kolonbaumpflanzung anzulegen. Die Kolonbaumpflanzung und die Handindustrie sichern dem Inselvolk ein auskömmliches Dasein. Und wenn dem Einsamen, der sich diese Insel als Wohnort erwählt hat, einmal doch nach Abwechslung gelüftet, dann braucht er nur sein Motorboot zu besteigen und zum 65 Kilometer entfernten gelegenen Rajau zu gondeln, wo er selbst die Freuden eines — Rientopps genießen kann.

Die geschiedenen Zwillinge. Vor einigen Wochen wurde der Pariser medizinischen Akademie das am 28. November v. J. geborene Schwesternpaar Susanne-Madeleine vorgestellt — als ein neues Beispiel von „Xiphophagie“, oder wie der populäre Name sagt: „flamesischer“ Zwillingenschaft. Die Untersuchung ergab, daß eine die beiden voneinander trennende Operation unvorhergesehen durchzuführen war. Die radiographische Aufnahme zeigte nämlich, daß Susanne und Madeleine ganz separate Eingeweide besaßen, und daß es sich nur darum handelte, eine sponale, von einer Membran umhüllte Verbindung zwischen den Lebern durchzuschneiden. Die Operation war gleichwohl eine delikate Arbeit. Sie wurde aber in 35 Minuten glatt durchgeführt, nachdem die Zwillinge anästhesiert worden waren. Man hatte alle Aussicht, die wohlgebildeten Kinder am Leben zu erhalten; inzwischen ist aber doch eines gestorben.

Notizen.

— Vorträge. Der belannte Gerichtskenner Dr. Paul Jeserich wird aus seiner interessanten Praxis einige Streiflichter geben und in der Mania in der Laubenstraße am Dienstagabend 8 Uhr einen Vortrag „Wissenschaft und Verbrechen“ halten.

— Die Lage des Künstlertheaters. Sonntag fand eine Versammlung der Sozialisten und Antileitner des Deutschen Künstlertheaters statt. Es wurde eingehend Bericht über die Geschäftslage des Theaters erstattet und festgestellt, daß die über das Theater verbreiteten unglücklichen Gerüchte unzutreffend sind.

— Die Schinkelausstellung im Schinkelmuseum ist bis zum 31. März unentgeltlich geöffnet und zwar: Montag, Mittwoch, Freitag von 10 bis 4 Uhr und Sonntag von 10 bis 1 Uhr.

— Die Sozialdemokratie als Kulturfaktor. Der Didenburger Landtag bewilligte die Uebernahme der kunstgewerblichen Sammlungen auf den Staat und die nötigen Mittel zu einem Neubau. Das Museum stand bisher unter Vereinsverwaltung. Erstlichweise fand sich auch die Mehrheit für Bewilligung von Ankaufsmitteln, da sonst jede Entwidlung ausgeschlossen wäre. Die sozialdemokratische Fraktion hatte wesentlich zur Erfüllung dieser Kulturaufgabe beigetragen.

— Noch einmal die Feuerbachsche Rympe. In der Sonntagsglosse: Erotische Hochspannung ist ein sinnstiftender Druckfaktor enthalten. Die Berliner Konfiskationskammer hat die Rympe Feuerbachs nicht einmal (statt mit einmal) für relativ unglücklich erklärt.

Ehre, wenn Ehre gefällt!

Kleines Feuilleton.

Sumpf und Sturmflut. Das ist wohl eines der stärksten Stücke, das seit Wochen ein bürgerliches Blatt geleistet hat. Das hat kaum seinesgleichen und kann schwerlich überboten werden. Hier ist aller Scham mit einer Wucht ins Gesicht geschlagen worden, daß das Blut des Hohns nur so spritzt.

In der letzten Sonntagsperle des „Schakes der Armen“, der „Morgenpost“, trennt eine Zeichnung vom Sechstageerennen einen knappen Bericht über die Not an der Ostsee in zwei Hälften. Der Auf des Provinzialkomitees um Hilfe für die Menschen, die nicht mehr als das nackte Leben gerettet haben, durchschneidet ein Bild aus dem Palast, darin sechs Tage lang die Lebewelt in Sonnen schwimmt. Die Bitte, derer nicht zu vergessen, die alles verloren haben, überschreit ein Dickwand mit der Verkündung eines Gewinnes für die Kultur: 54 Stunden. 1814, 136 Kilometer! Weltrekord! Die Prinzen, die Aristokraten, die Snobs, die Jubaliter und die Kolonnen horchen auf, ein Kamel der Freude erfährt sie, Champagner fließt, die Musik spielt die Nationalhymne, man liegt sich in den Armen, es werden Küsse gegeben, und grenzenloser als die Not der Armen ist das Glück der Lebewelt. Ein Kieselstein geht herum, er fällt sich rasch mit Silber- und Goldstücken, es ist ja alles da, und das Ausfahren einer Prämie gestaltet sich doch immer hochdramatisch. Was bedeutet da neben solch einem hinreichenden Schauspiel die Tragödie einer Sturmflut? Der Kampf um ein Paar Ranschettenhüpfse, die der Kronprinz gestiftet hat, geht den Herrschaften näher als der Kampf derer, die kaum mehr als ein Hemd am Leibe haben, eine Jagd nach den „blauen Lappen“ raubt ihnen den Atem, und der Hilferuf für jene, denen die Sturmflut alles geraubt hat, liegt in Felsen, zerissen in zwei Hälften, zwischen denen sich der wahre Charakter der bürgerlichen Presse offenbart.

Haben die Kinder Religion? Im Märzheft der Zeitschrift „Die Tat“, die der Reformbewegung der Erziehung gewidmet ist, untersucht Emil Felden die Frage, ob Kinder Religion haben. Er vernimmt sie durchaus für die ersten Lebensjahre und behauptet sie nur sehr bedingt für die Zeit vom 10. Lebensjahre an. Der „Gottesglaube“ der Kinder kommt nicht aus einem inneren Bedürfnis, sondern ist Reflexion, die den Kindern die Erwachsenen außerhalb aufgedrückt haben. Der Verfasser, selbst ein Piarer, hat 410 Schüler des Konfirmandenunterrichts, Knaben und Mädchen von 12 bis 14 Jahren, aus allen Schichten der Bevölkerung auf ihre religiöse Gewinnung geprüft. Die große Mehrzahl der Konfirmanden bekannte offen ihren Unglauben. Von 69 Konfirmanden einer Abteilung erklärten 40: „Es gibt keinen Gott.“ Von den übrigen 300 Schülern und Schülerinnen erklärten 26, daß sie an Gott glaubten, 13: „man könne es nicht wissen“, 321 bekannten ihren Unglauben. Die meisten Kinder gaben als Grund ihres Unglaubens an, daß noch niemand Gott gesehen habe. Andere meinten: Wo soll er denn sein? Im Himmel sei die Luft zu dünn, da müßte er herunterfallen. Wenn er nur Weist sei, wie könnte er leben oder etwas schaffen? Wenn er Weist sei, habe er keinen Schicksal, könne also auch nicht mit Moses gesprochen

werden können, und — schon braucht der Meister die geleisteten Ueberstunden nicht zu bezahlen. Das größte Unrecht ist, daß nur voll geleistete Ueberstunden bezahlt werden. Der Besondere kann laut Tarif beinahe 15 Stunden täglich zur Arbeit bezogen werden, das sind über 90 Stunden pro Woche, ohne daß er auch nur einen Pfennig für Ueberstunden bezahlt bekommt. Der § 4 besagt, daß der Innungsarbeitsnachweis im Gesellenhaus in Anspruch zu nehmen ist. Der organisierte Geselle ist von diesem Innungsarbeitsnachweis ausgeschlossen. Ja man droht den organisierten Gesellen sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch, wenn sie nur den Innungsarbeitsnachweis betreten. Der § 4 ist also, obwohl der Tarifvertrag mit dem Gesellen-ausschuß, der alle Gesellen — ob organisiert oder nicht — zu vertreten hat, abgeschlossen ist, der Paragraph des Terrorismus. Es ist der Paragraph, der dem Gesellen verbietet, sich zu organisieren. Das Originellste an dem Tarifvertrag ist der § 6, das Schiedsgericht. Dasselbe besteht aus je zwei Innungsvorstands- und zwei Gesellenausschußmitgliedern. Eine Berufung gegen diese Entscheidung dieses einseitig zusammengesetzten Schiedsgerichtes gibt es nicht.

Mit Recht protestieren die Berliner Fleischer-Gesellen gegen diesen Tarifvertragsabschluss, der der Ausbeutung Löhne und Löhne, und mit Recht sprachen die Versammelten dem Berliner Gesellenausschuß das Recht ab, sie fernerhin zu vertreten, zumal der Gesellenausschuß diesem Tarifvertrag über die Köpfe der Gesellen hinweg seine Zustimmung gab und noch nicht einmal den Rat hatte, obwohl er schriftlich zu dieser Versammlung eingeladen war, zu erscheinen und sich zu rechtfertigen. Eine demgemäß beschlossene Resolution fand einstimmige Annahme.

In dieser Resolution erkennen die Versammelten die Organisation als die Korporation an, die bis dato mit allem Ernst und Eifer die Interessen der Berliner Fleischer-Gesellen vertreten hat und ersuchen die Organisation auch fernerhin mit den Fleischer-Meistern in Verbindung zu treten, um Tarifabschlüsse zustande zu bringen, die den Gesellen auch wirklich Vorteile bringen.

Deutsches Reich.

Einen Kampf um die Koalitionsfreiheit

führen die Arbeiter und Steinbauer in Rißla i. Thür. Dem Unternehmer Schlotthauer, der neben einem Baugeschäft auch den Abbau mehrerer Steinbrüche betreibt und dabei zuzeiten bis zu 200 Arbeiter beschäftigt, ist es plötzlich eingefallen, von den Arbeitern den Austritt aus der Organisation zu verlangen. Dies Verlangen ist um so sonderbarer, als Schlotthauer zurzeit noch mit dem Zweigverein Essen des Bauarbeiterverbandes in einem Tarifverhältnis steht, das allerdings mit dem 1. Mai beendet sein wird. Der Versuch auf Erneuerung des Tarifvertrages, unter der Voraussetzung einer angemessenen Lohnerhöhung, dürfte denn auch die Ursache gewesen sein, daß Herr Schlotthauer durch einen seiner Boten bei den Arbeitern Unterschriften sammeln ließ, unter einer Erklärung, für den bisherigen Lohn auch später weiterarbeiten zu wollen. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß die dazu Erweiterten mit dem 1. Mai aus dem Bauarbeiterverband austreten und sich einem neu zu gründenden Werkverein anschließen haben. Wer die Unterschrift nicht leistete, wurde unter dem Vorwand des schlechten Geschäftsganges entlassen. Auf diese Weise hat der Unternehmer etwa 60 Arbeiter entlassen, die sich geweigert hatten, die Unterschrift zu geben. Wie wenig die angebliche Ursache der Entlassungen mit der Wahrheit übereinstimmt, hat sich ergeben, als alle Arbeiter, welche die Unterschrift leisteten, auch sofort eingestellt wurden. Dabei wurde aber der sofortige Austritt aus dem Bauarbeiterverband verlangt. Die Arbeiter haben das natürlich nicht getan, sondern unterhielten sich nach der Arbeitszeit darüber, wie diesem Koalitionsgegner zu begegnen sei. Als Schlotthauer davon hörte, forderte er alle diejenigen Arbeiter, die die Abmeldung beim Bauarbeiterverband nicht vollzogen hatten, auf, sofort seinen Betrieb zu verlassen. Dieser Aufforderung kamen dann alle Beschäftigten nach.

In der Zeit des Terrorismus der Arbeiterorganisationen ist das wirklich ein schöner Beweis dafür, wo die Terroristen zu suchen sind.

Der Unternehmer wird versuchen, namentlich für seine Steinbrüche, die sich bis nach Hayroba, an der Bahnstrecke Kressfurt-Wahlhausen, erstrecken, Arbeiter zu erhalten, vermutlich aus der Gegend von Kaiserlautern. Es wird gebeten, alle Steinbauer und Steinbrecher darauf aufmerksam zu machen, daß die Betriebe von Schlotthauer als gesperrt zu betrachten sind.

Die ausgesperrten Gelben.

Herr v. Reischwitz und seine wirtschaftsfreundlichen Arbeiter sind miteinander in Differenzen geraten. Der Oberscharmacher und Geschäftsführer der „Arbeiter-Zeitung“ ist in Altona an einem Vergemant- und Papierstoffwerk beteiligt, das von einem anderen Reischwitz geleitet wird. Keine Frage, daß der hochedle Baron und Herrscher seinen Betrieb sozialistischem Völkchen und die „wirtschaftsfreundlichen“ Arbeiter bevorzugte. Er zahlte ihnen den für die Verhältnisse in Hamburg-Altona horrenden Lohn von 42 bis 45 Pf. in der Stunde. Eine Gruppe der Maschinenführer mußte in den Pausen durcharbeiten, wofür ihnen eine nach der Menge des fertiggestellten Papiers berechnete Prämie versprochen ward. Anstatt der Prämie bezahlte Reischwitz den Arbeitern nur den Lohn für die zwei durchgearbeiteten Stunden. In jüngster Zeit sollen die Arbeiter aber auch den Stundenlohn nicht mehr erhalten. Ihre Proteste wurden mit einem Reviers beantwortet, daß sie bereit seien, in „Schichtlohn“ zu arbeiten. Die Eingekerkerten unterschrieben. Aber die wirtschaftsfreundliche Ruhe wollte nicht widerstehen. Weiteren Ansprüchen folgte ein zweiter Reviers, nach dem die Arbeiter keine Forderungen an die Firma haben. Diesmal unterschrieben nur wenige Arbeiter. Darauf bot man ihnen eine Abfindung von 5 M. und legte später noch 4,80 M. darauf. Als aber trotz alledem die Begehren auf ihrer Forderung von 70 M. bestanden, mußten sie den wackeren Betrieb verlassen.

So ist der Krieg zwischen den Wirtschaftsfreundlichen und ihrem großmächtigen Protektor entbrannt. Mit profuläster Tapferkeit haben die hohen Herren den wackeren Phrosenschein weggeschickt, so daß wieder einmal sichtbar auch für das Auge des rückständigsten Arbeiters, die unersöhnliche Gegenüberstellung der Interessen zum Vorschein kommt.

Schneiderstreik in Saarbrücken.

Am 1. März haben in Saarbrücken circa 120 frei organisierte Schneider die Arbeit eingestellt, da mit den Arbeitgebern bis dahin keine Einigung über Neuregelung des Lohnniveaus erzielt werden konnte. Inzwischen haben Verhandlungen stattgefunden, die an der Lohnfrage gescheitert sind. Die „Christlichen“ haben — was nicht anders zu erwarten war — den Arbeitgebern geschlossenen Streikbrecherdienste geleistet. Das hatte zur Folge, daß sie das minimale Angebot der Arbeitnehmer annehmen mußten, das den Feuerungsverhältnissen am Ort in keiner Weise entspricht. Die Mitglieder des freien Verbandes sind gewillt im Kampfe auszuhalten, bis ein annehmbares Tarifverhältnis zustande kommen wird. — Zugang ist strengstens ferngehalten.

Rastland.

Generalfreist in Rom.

Edmille römische Gewerkschaften haben beschlossen, am 9. März auf 24 Stunden den Generalfreist zu proklamieren, um gegen die schändlichen Hospitalverhältnisse zu protestieren. In der Tat sind die Dinge nachgerade auf dem Punkte der Unersöhnlichkeit angekommen. Während früher jeder Bedürftige das Recht auf Krankenhaus-

versorgung hatte, wird heute die Eintragung in die Armenliste verlangt und diese wird gelegentlich Individuen verweigert, die notorisch seit Jahr und Tag obdachlos sind. Von der Existenz Chronischkranker will man nichts mehr wissen und hat unlängst eine alte Frau, die von einem Hospital dem Institut für Chronischranke überwiesen wurde, per Droschke in ihre Wohnung geschickt. In der Tat war die Alte so bei Kräften, daß sie noch in der Droschke starb. Man bedenke, daß die Hospitaler in Rom von Mitteln unterhalten werden, die die Schläfer der Armen bestimmt haben. Die Armen Roms werden heute an ein ungewisses menschliches und juristisches Recht in gemeinster Weise geprellt. Trotz des ungeheuren Mangels an Hospitalbetten hat man jedoch das Hospital von S. Giacomo mit 800 Betten geschlossen. Diese Maßnahme hat dem Hof den Boden eingeschlagen und die Arbeiterkraft bestimmt, den Versuch zu machen, durch den Generalstreik die Behörden zur Bessermühe zu bringen. Der Streik wird sich auch auf die Trambahnen und auf die Droschken erstrecken. Davon, daß die Krankenwärter ihren Dienst einstellen, hat man aus humanitären Rücksichten Abstand genommen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Die Großbanken im Jahre 1913. — Kapitalerhöhungen von Großbanken.

Die Konzentration des Kapitals macht gerade in Zeiten des Konjunkturrückganges besonders große Fortschritte. Kleinere Unternehmungen geben in schlechten Zeiten ganz unter oder müssen sich größeren anschließen. Nur die kapitalkräftigen Unternehmen verdrängen schlechte Beschäftigung, sinkende Preise und geringen Absatz zu ertragen. Aus dem zu solchen Zeiten sich verschärfenden Konkurrenzkampf gehen daher allein die Größten mit relativem Machtzuwachs siegreich hervor. Auch für die Banken, die scheinbar von Konjunkturschwankungen wenig berührt werden, weil ihre Rentabilität (Dividende) in ungefähr gleicher Höhe bleibt, ist die Zeit der Konjunkturabschwächung die Zeit der Ausdehnung und Erweiterung. Da jeder Konjunkturrückgang mit der Verbilligung des Geldes infolge wuchernden Geldangebotes verbunden ist, liegt für die Banken in diesen Zeiten ein besonderer Anreiz, ihr arbeitendes Kapital zu vergrößern und das Kapital wird natürlich nur denen, und ihnen um so lieber, zuströmen, die in den ersten Anfruchtzeiten kein Zeichen der Prostratierung zeigen. Also auch hier dient die Konjunkturabschwächung in erster Linie den großen Instituten.

In dem vergangenen Jahre ist nun in Deutschland ein Konjunkturaufschlag erfolgt und die Zeiten werden eine weitere Verschlechterung der Produktions- und Preisverhältnisse am Warenmarkt bringen. Gleichzeitig ist das Geld, das bis zur Mitte des Jahres 1913 infolge der besseren Konjunktur und der politischen Bewusstseinsknapp und teuer war, seit dem Herbst 1913 billiger geworden; die Reichsbank hat mehrmals den Zinssatz für ihre Kreditgewährung herabgesetzt. Die Geldmarktlage ist wieder flüssiger und es nimmt daher kein Wunder, daß die deutschen Großbanken an Kapitalerweiterungen denken. Wohl hat die Geldknappheit des vergangenen Jahres zu einem Rückgang der Umsätze und teilweise der Gewinne bei den Banken geführt. Drei der größten unserer Banken haben sogar ihre Dividende ermäßigten müssen, der Schaaffhausensche Bankverein um 2 Proz. (auf 8 Proz.), die Berliner Handels-Gesellschaft und die Nationalbank je um 1 Proz. (auf 8 1/2 bzw. 6 Proz.). Aber auch bei diesen Banken ist mit Ausnahme des Schaaffhausenschen Bankvereins die Ersparsnis bei der Dividendenzahlung zu erhöhten Rücklagen verwendet worden, so daß eine innere Erstarbung der Institute stattgefunden hat, die eine Kapitalerhöhung vorbereiten kann. Es ist daher wahrscheinlich, daß neben den beiden Banken, die bereits die Vermehrung des Aktienkapitals beschlossen haben, noch andere innerhalb der jetzigen Konjunkturperiode eine Ausdehnung vornehmen werden.

Die Banken, die schon jetzt ihr Kapital erhöhen, sind die beiden größten Deutschlands. Die Deutsche Bank legt ihr Kapital von 200 auf 250 Millionen, die Disconto-Gesellschaft von 200 auf 225 Millionen hinzu. Die Deutsche Bank bezieht den Kapitalzuwachs, um sich die Bergisch-Märkische Bank in Elberfeld, eine der größten Provinzialbanken, anzugliedern, die schon jetzt unter dem Einfluß der Deutschen Bank steht. Die Disconto-Gesellschaft verwendet die Kapitalerhöhung, um das Kapital einer Tochterbank, der Norddeutschen Bank in Hamburg, zu erhöhen und eine Filiale in Antwerpen zu errichten. Die Deutsche Bank beschäftigt durch den Erwerb der Bergisch-Märkischen Bank, festeren Fuß im rheinisch-westfälischen Industriegebiete zu gewinnen, denn dort ist die Provinzialbank mit etwa 35 Niederlassungen und Depositionskassen fest verankert. Die Gelegenheit für die Deutsche Bank, ihre Beziehungen zur dortigen Industrie zu festigen, ist um so günstiger, als der Schaaffhausensche Bankverein (Köln und Berlin) durch die Ermäßigung seiner Dividende auf das für eine Großbank ungewöhnliche Niveau von 8 Proz. in seinem ersten Arbeitsgebiet (Rheinland) an Ruf einbüßen muß.

Die Kapitalerhöhung der Disconto-Gesellschaft ist dagegen nicht der Erweiterung inländischer Beziehungen, sondern der Ausdehnung des Geschäftes mit fremden Ländern gemindert. Darauf deutet sowohl die Errichtung einer Zweigniederlassung in Antwerpen als die Kapitalerhöhung ihrer Tochterbank in der Handels- und Hafenstadt Hamburg. Die Disconto-Gesellschaft arbeitet schon jetzt zum Teil mit Hilfe von befreundeten Banken besonders in Südamerika (Brasilien und Chile). Die Kapitalerhöhung der Norddeutschen Bank ist übrigens rein formal, denn die Discontogesellschaft ist alleinige Besitzerin der Bank in Hamburg, die in Beziehungen zur rheinisch-westfälischen Schwerindustrie (z. B. Gelsenkirchen), deutschen Bergwerksunternehmen und rumänischen Petroleumgesellschaften steht.

Der Gewinn- und Dividendenrückgang bei dem Schaaffhausenschen Bankverein ist so bedeutend (von 7 1/2 Proz. im Jahre 1911 auf 3 Proz. im Jahre 1913), daß die Gründe erklärlich werden, wonach die Auffassung des Bankvereins durch eine andere Großbank in Aussicht steht. In früheren Jahren stand der Bankverein in enger Interessengemeinschaft mit der Dresdner Bank. Heute denkt man weniger an die Verbindung dieser beiden Banken, als an die Verquickung des Bankvereins mit der Berliner Handels-Gesellschaft. Die Verbindung böte in der Tat vom Standpunkt beider Banken aus wesentliche Vorteile. Der Bankverein könnte seine Beziehungen zur Großindustrie festigen, denn die Handelsgesellschaft wirkt hauptsächlich als Kreditgeberin für die Großindustrie. Die Handelsgesellschaft gewöhne hingegen mit einem Schlage ein weitverzweigtes Netz von Depositionskassen. Denn zurzeit ist sie die einzige Großbank, die diese Kanäle zur Auffassung von Geldern nicht besitzt. Der Vereinigung sollen Hemmnisse entgegenstehen, die nur durch Personenverhältnisse begründet sind. Der Leiter der Handelsgesellschaft ist Direktor Harßberg, ein alterer Mann, der an gewissen äußerlichen Sonderheiten mit aller Kraft festhält. So veröffentlicht die Handelsgesellschaft als einzige größere Bank noch immer nicht zweimonatlich Zwischenbilanzen und auch das von der Reichsbank angeforderte Bilanzschema meidet sie allein grundsätzlich. Die rein persönlichen Meinungen werden natürlich nur vorübergehend wirksam sein können gegenüber den ökonomischen Vorteilen, die eine Ver-

schmelzung mit einer andern Großbank bietet. Die Handelsgesellschaft besitzt zudem ein für ihre Beziehungen zur Großindustrie verhältnismäßig geringes Aktienkapital (nur 110 Millionen Mark), wogegen die Reichsbank (mit 84,5 Millionen Mark) höher steht als bei dem Schaaffhausenschen Bankverein und der Darmstädter Bank mit höherem Aktienkapital. Die Folge des relativ niedrigen Kapitals ist die eigene starke Beanspruchung von Kredit.

Die Geschäftstätigkeit aller Banken stand im vergangenen Jahre im Zeichen der Geldknappheit. Die hohen Einlagen brachten den Banken große Einnahmen aus Zinsen, Provisionen und Wechselverlängerung. Der teure Geldsatz hinderte aber gleichzeitig die Industrie an der Inanspruchnahme hoher Kredite und das Spekulationspublikum an der Beteiligung bei Börsengeschäften. Dadurch sanken zugleich die Einnahmen der Banken aus dem Konto Beteiligung und Renausgabe von Wertpapieren. Durch die Kursverluste an der Börse erlitt auch das Konto „Besitz von Wertpapieren“ Mindereinnahmen. Bei zwei Banken (Schaaffhausen und Nationalbank) werden auf diesem Konto sogar Verluste nachgewiesen.

Nur Vorteile von den teureren Geldsätzen hat die Deutsche Reichsbank gehabt. Die Einnahme aus ihrer Haupttätigkeit, der Diskontierung von Wechseln, stieg gegen 1912 von 59 auf 68,2 Millionen, da die Diskontsätze neun Monate lang 6 Proz. betragen. Die Zinsen erfahren eine Steigerung von 1,5 auf 4,7 Millionen. Die Auskosten fielen dagegen kaum höher aus, so daß der Uberschuß von 87,4 auf 50,6 Millionen anwuchs. Der Reichsschatz fielen davon 31 Millionen zu, fast 10 Millionen mehr als im Vorjahre.

Aus der Partei.

Die rote Woche.

Im Agitationsbereich des Provinzialsekretariats für die Provinz Brandenburg sind am Sonntag nach den vom Sekretariat gesammelten Resultaten

1600 Mitglieder der Partei,

1100 Abonnenten der Parteipresse

neu gewonnen worden. Das Ergebnis vieler Orte steht noch nicht fest.

In Elberfeld-Barmen wurden am Sonntag, dem ersten Tage der roten Woche, 677 neue Parteimitglieder gewonnen, und zwar 598 männliche und 111 weibliche. Die Mitgliederagitation wird fortgesetzt. Der nächste Sonntag ist der Veranstaltung neuer Leser für die Parteipresse bestimmt.

Im Wahlkreis Hagen-Schwelm wurden am Sonntag 638 neue Mitglieder gewonnen, und zwar 600 männliche und 38 weibliche. Da noch die Resultate mehrerer wichtiger Orte fehlen und die Agitation noch an zwei Sonntagen fortgesetzt wird, ist für den Wahlkreis Hagen-Schwelm mit dem Gewinn von circa 1000 neuen Mitgliedern zu rechnen.

Die „Kölnische Zeitung“ über Vebels Lebenserinnerungen.

In einem längeren Artikel des Literatur- und Unterhaltungsbereiches der „Köln. Zeitung“ vom 8. März wird auch der dritte Band von Vebels Werk „Aus meinem Leben“ besprochen. Der Kritiker kommt schließlich zu folgendem Urteil:

„Überhaupt man den Inhalt der nunmehr fertig vorliegenden Erinnerungen, so muß man auch als Gegner zugestehen, daß sie in all ihrer agitativen Einseitigkeit und Subjektivität einen sehr wertvollen Bestandteil unserer deutschen Memoiren-Literatur bilden. Ihr reicher Materialinhalt macht sie ebenso sehr dazu, wie die ungeheure Fülle an einer Sache, die sie auf jeder Zeile predigen. Die deutschen Politiker werden auch diesen Band mit Aufmerksamkeit lesen müssen, er enthält ein wichtiges Stück deutscher inexistenz-Geschichte, gesehen durch das Temperament des größten Agitators, den Deutschland bis jetzt hervorgebracht hat.“

Von manch anderem Urteil der Gegner, die glauben, alles herunterzuziehen zu müssen, was mit der Sozialdemokratie zusammenhängt, steht dieses Urteil der „Kölnischen Zeitung“ sehr ab.

Gemeindeverordnetenwahlen.

In Karlsruhdorf, einem Orte im Wahlkreis Orlitz-Lauban, wo es außerordentlich schwer ist, sich öffentlich für die Sozialdemokratie zu entscheiden, gelang es unsern Genossen, mit elf gegen neun Stimmen den ersten Sozialdemokraten ins Gemeindeparslament zu entsenden.

Wagt das auch wieder an?

In einer Notiz des Harburger „Volkblattes“, die sich mit der Ordensverleihung an den Oberst a. R. Neuter befaßt, hat der Staatsanwalt eine Majestätsbeleidigung gefunden und gegen den Verantwortlichen, Genossen Schubert, Anklage erhoben. In der Notiz wird kurz die Haltung festgesetzt, die Wilhelm II. als Armeeführer gegenüber dem Konflikt zwischen Bürgertum und Militär in Jaderen einnehmen mußte.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Kapitalistische Geschäftsmoral.

Am Freitag wurde der verantwortliche Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ in Essen wegen Verleumdung des Fabrikbesizers Dr. Goldschmidt in Essen zu 40 M. Geldstrafe verurteilt. Durch Ablehnung der Weisung wurde die Ausführung der äußerst interessanten Vorgeschichte des Prozesses verhindert; voraussichtlich wird dies aber noch in der Berufungsverhandlung nachgeholt.

Die Firma Goldschmidt, Inhaberin des bekannten Termischmelzverfahrens, hatte die Berliner Detektivfirma Wannonitz beauftragt, ein Fabrikgeheimnis auszukundschaften, das dem Stahlwerk Wengern an der Ruhr potentiell war. Der Detektiv Hinderhofer quartierte sich als „Stein- und Erzhammer“ an der Ruhr ein und bewog einen Arbeiter des Stahlwerks zum Diebstahl von Rezept- und Metallproben des Verfahrens, die dann in den Besitz der Firma Goldschmidt übergingen. Auf die Strafanzeige des Stahlwerks wurde der Arbeiter, der für seinen Liebesdienst 40 M. Belohnung bekommen hatte, zu einem Tage Gefängnis verurteilt, der Detektiv wurde freigesprochen. — Die „Essener Arbeiter-Zeitung“ hatte diesen Fall gehärend kritisiert und soll sich dadurch der Verleumdung Goldschmidts schuldig gemacht haben.

Jugendbewegung.

Kritik der Jugendwehren.

Der Jugendwehrenaufstieg ist soweit gediehen, daß, wie seinerzeit berichtet wurde, Artillerie-Jugendwehren eingeführt wurden, die natürlich vom Militär in gleicher Weise begünstigt worden sind, wie die anderen Jugendwehren. In den Mitteilungen über diese Begünstigungen erregte vor allen Dingen Aufsehen, daß diese Artillerie-Jugendwehren die Schießplätze benützen und sich im Schießschießen mit den vom Militär zur Verfügung gestellten Geschützen betätigen haben. Das Kriegsministerium dementiert nun im „Berliner Lokalanzeiger“ jene Meldung in folgender Form: „Von einer Begünstigung des Kriegsministeriums im Sinne dieser Ausführungen ist an zuständiger Stelle nichts bekannt, ebensowenig von einer Betätigung der Jugendwehren im

Scharfschützen auf Artillerie-Schießplätzen. Es mag dahingestellt bleiben, ob vielleicht irgendwelche Jugendwehrgesellschaften mit Genehmigung eines Truppenkommandeurs gelegentlich einmal als unbeteiligte Zuschauer einem Scharfschützen beigegeben haben. Ueber die daran geknüpften Fragen, „wer die Kosten für die doch recht teure Munition zahlt“, erübrigt sich daher jede weitere Erörterung.

Das Dementi ist in der Hauptsache eine Bestätigung der angeführten Mitteilungen. Ob der Kriegsminister davon weiß oder nicht, spielt keine Rolle. Will der Kriegsminister unterrichtet sein, muß er eben die Truppenkommandeure anweisen, daß sie nur mit seiner Einwilligung dem Jugendwehren die militär-fiskalischen Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Ergebnisse des Frauentages.

Die Meldungen über Versammlungen, Neuaufnahmen von Mitgliedern und Gewinnung von Abonnenten laufen so zahlreich ein, daß es unmöglich ist, sie alle einzeln wiederzugeben. Aus den Einzelberichten geht aber das eine immer wieder hervor, daß die Demonstrationen in Berlin und Vororten, in der Provinz Brandenburg wie im ganzen Reich fast über Erwarten gut verlaufen sind. Weirittberichte und Abonnementsunterstützungen sind in erfreulicher Zahl abgegeben worden. Die in den angenommenen Resolutionen ausgesprochene Einsicht, die Eringung des Frauenwahlrechts durch Beitritt zur sozialdemokratischen Partei zu beschleunigen, ist also praktisch wirksam geworden. Von größeren Veranstaltungen nennen wir:

Drauschweig: Nach Schluß der Versammlung zogen die Frauen demonstrierend durch die Stadt. Wie hier üblich, zeigte sich Schumannschaft im Demonstrationsornat mit Gummistiefeln und Revolver. In wesentlichen Zusammenhängen kam es, dank der Ruhe der Demonstrierenden, nicht.

Frankfurt a. M.: Die Veranstaltungen zum Frauentag sind recht gut gelungen. Die Teilnahme war gegen das Vorjahr bedeutend gestiegen. 1200 bis 1500 Frauen waren versammelt. Für die Parteiorganisation brachte die Veranstaltung einen reichen Gewinn.

Düsseldorf: In zwei überfüllten Versammlungen wurde die Resolution einstimmig und mit großer Begeisterung angenommen. Nach Schluß der Versammlung formierte sich auf der Straße ein Demonstrationzug, der 1200 bis 1500 Frauen zählte. Ein hartes Polizeigebot verbot den Zug zu zerbrechen, was ihm aber erst gelang, als heftige Regengüsse zur Hilfe kamen. In den Versammlungen wurden über 100 Aufnahmen gemacht.

Stettin: In der Provinz Pommern wurde der Frauentag mit 31 Versammlungen begangen; in Groß-Stettin allein fanden 17 statt. Alle Versammlungen waren gut besucht. Es wurden über 600 neue Mitglieder und zahlreiche Abonnenten für die Parteipresse gewonnen.

Im Herzogtum Sachsen-Altenburg fanden insgesamt 11 Frauenversammlungen statt, die alle sehr besucht waren. Besonders die Versammlungen in der Stadt Altenburg waren überfüllt, fünf weitere in den Städten des Herzogtums bescheiden. Auch die fünf Versammlungen in den Landorten waren gut besucht. Überall wurden neue Mitglieder gewonnen.

Im Bezirk Halle wurden im ganzen 26 Versammlungen abgehalten. In der Stadt Halle hatten sich ca. 600 Genossinnen zusammengefunden. Der dort angenommenen Resolution wurde eine Sympathieumgebung für die Genossin Luxemburg und ein Protest gegen das Frankfurter Urteil beigelegt.

Im Wahlkreis Bochum fanden 14 öffentliche Versammlungen statt, die unter dem stürmischen Regenwetter litten, aber dennoch eine Gesamtbesucherganz von 3900, darunter 1176 Frauen, aufzuweisen hatten. In den Versammlungen und bei der Hausorganisation wurden mehrere hundert Abonnenten für die Parteipresse und Parteimitglieder gewonnen.

Der Frauentag in der Schweiz.

In allen von Proletariaten bewohnten Orten des Schweizerlandes fanden sich Sonntag, den 8. März, am nachmittäglichen Hunderte von Männern und Frauen zusammen, um für das Frauenwahlrecht und für geschlichen Mütter- und Kinderschutz zu demonstrieren. Gleichzeitig wurde überall ein scharfer Protest gegen die deutsche Justiz erhoben, die eine Vorkämpferin der Internationalen, weil sie den Ruf hatte, einer Kulturlosen Ausdruck zu geben, ins Gefängnis warf. Am besten besucht war die Versammlung in Basel, in der Aula der Universität. Einzig der Besuch in Zürich entsprach nicht den Erwartungen, während in Genf mit vier Referaten in drei Sprachen ein Massenmeeting erzielt wurde. Erfreulich ist es, daß der Besuch in kleinen Orten, wie Olten, Erstfeld und dergleichen, relativ noch viel besser war als in den größeren Städten. Auch die diesjährige Heereschau hat bewiesen, daß unsere proletarischen Frauenbewegung marschiert.

Aus Industrie und Handel.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin und Brandenburg im Jahre 1913.

Bei der Quartalsberichterstattung über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder in deutschen Fachverbänden wird auch zugleich der Stand der Arbeitslosigkeit am Ende des Quartals in den einzelnen Landesgebieten festgestellt. Die Ergebnisse der Erhebung vom 4. Quartal 1913 werden nun im neuesten „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht und somit wertvolle Anhaltspunkte für die Beurteilung der Arbeitslosigkeit geboten.

Von den in Betracht kommenden Staaten und Landesstellen hat Berlin und Brandenburg am Ende des Monats Dezember 1913 die höchste Arbeitslosenziffer, nämlich 7,9 Proz. der vorhandenen Mitglieder aufzuweisen und übertrifft damit den Reichsdurchschnitt (4,8 Proz.) um 3,1. Erst im weiteren Abstand folgen Ost- und Westpreußen, Pommern und das rechtsrheinische Sagen mit je 6,0 Proz., während die übrigen Landesstellen unter dem Reichsdurchschnitt stehen. Den geringsten Stand der Arbeitslosigkeit, der sich unter 3 Proz. bewegt, zeigen die beiden Gebietsgruppen Rheinprovinz (2,5 Proz.) und Elbisch-Posener mit der Rheinpfalz (2,2 Proz.). Wie in den einzelnen Quartalen die Steigerung der Arbeitslosigkeit vor sich gegangen ist, veranschaulicht folgende Zusammenfassung. Von 100 Mitgliedern waren arbeitslos am Ort und auf der Reise:

	in Berlin und Brandenburg		im Deutschen Reich		
	1913	1912	1913	1912	1911
Ende März	4,4	8,2	4,2	2,2	1,5
„ Juni	4,8	8,7	8,6	2,7	1,7
„ September	4,4	2,9	2,7	1,5	1,7
„ Dezember	7,9	8,4	4,2	4,8	8,0

Hieraus ergibt sich, daß in Berlin und Brandenburg bei allen Arbeitslosenziffern gegenüber dem Reichsdurchschnitt fast eine Verdoppelung eingetreten ist. Man sieht aber auch, wie sich gegenüber dem Monat September 1913 die Arbeitslosigkeit in Berlin und Brandenburg erhöht hat. Nicht weniger als 12 Fachverbände haben hier im Monat Dezember Höchstziffern zu verzeichnen. An erster Stelle stehen die Glaser, wo 48,3 Proz., also beinahe die Hälfte der Mitglieder arbeitslos waren. Dann folgen die Tapezierer mit 31,7, die feierorganisierten Holzarbeiter mit 19,7, die Sattler und Portefeulier mit 16,0, die christlichen Holzarbeiter mit 12,1, die Holzmacher mit 9,5; ferner die Quaderer mit 8,4, die Kupferbeschläger mit 7,9, die Porzellanarbeiter mit 7,8, die Metallarbeiter mit 7,8 und die Lithographen und Steinbinder mit 6,2 Proz. Arbeitslosen. Eben-

falls hohe Arbeitslosenziffern wurden auch in den Verbänden der Feinzeugschleifer, der Labalarbeiter, der Kürschner, der Schuhmacher und der Bäder ermittelt.

Abschluß des Lloyd.

Der vom Vorstände des Norddeutschen Lloyd vorgelegte Abschluß des Geschäftsjahres 1913 weist einen Bruttoüberschuss von rund 61 Millionen gegen 61,9 Millionen im Vorjahre auf, somit eine Steigerung von 8,1 Millionen. Auf allen Linien der Gesellschaft konnte infolge der guten Schiffsabreislunstruktur ein Mehrgewinn erzielt werden. Dazu kam ein beträchtlicher Mehrgewinn aus Zinsen und Beteiligungen.

Die Dividende wird von 7 auf 8 Proz. erhöht, trotz einer Vermehrung der Abschreibungen von 24,2 auf 30,1 Millionen Mark. Damit erreichen die ausgewiesenen Fonds, Reservefonds, Erneuerungsfonds usw. des Norddeutschen Lloyd eine Höhe von rund 36,2 Millionen (gegen rund 28 Millionen Mark im Vorjahre). Die Gesellschaft verfügte Ende 1913 über Mittel im Gesamtbeitrage von 62 Millionen.

Die Hamburg-Amerika-Linie hat sich 4 1/2 Millionen Mark Aktien der Deutschen Rebanellinie aus dem Besitz des Fürsten Hohenlohe von der Deutschen Bank angekauft. Die gefährliche Konkurrenz der Schiffsabreislunstruktur des Fürstentums ist damit für die Hapag für immer beseitigt. Das Monopol, das Hapag und Lloyd durch ihre Interessengemeinschaft besitzen, erfährt zugleich eine weitere Stärkung.

Soziales.

Wiederanbruch des Kertzeistritts.

Der Ausschuss des Leipziger Kertzeverbandes hielt am Sonntag eine Sitzung ab, aus der berichtet wird, der Verband habe dem Handelsministerium die Absicht angekündigt, einen neuen Kampf einzuleiten, weil einige Klassen es ablehnen sollen, rechtsgültig angenommene Kertze zu entlassen oder Entschädigungsgelder zu zahlen. Der Staatssekretär ist bei dem von ihm beantragten Abkommen vom 23. Dezember den Kertzen viel weiter entgegengekommen, als Berechtigt und das Interesse der Klassen oder der Allgemeinheit es gestatten. Dennoch sind die Klassen, um endlich einen Friedenszustand zu haben, dem Abkommen beigetreten. Die jetzige Drohung der Kertze zeigt, daß der Leipziger Ausschuss den Willen zum Frieden nicht hat und daß erst dann Ruhe erzielt werden wird, wenn der gesetzliche Behandlungszwang erforderlichen Schritte sollte die Regierung endlich ergreifen.

Zentrum und Arbeiterkassens.

In der Stadtverordnetenversammlung zu Ränster richtete am 27. Februar der Stadtv. Holle (Z.) Anträge wegen der Löhne der städtischen Arbeiter an den Magistrat. Diese Löhne stehen zum großen Teile noch unter 4 M. Herr Holle hat mit einigen tüchtigen Arbeitern und deren Frauen" Aufstellungen über das gemacht, was eine Familie mit fünf Kindern im Alter von 4—15 Jahren notwendig hat. Dabei ist diese Rechnung herausgekommen:

Brot, täglich für 90 Pl. im Jahre	328,50 M.
Kartoffeln, täglich 3 Pfd. je 8 1/2 Pl.	88,29
Gemüse und Hülsenfrüchte, täglich 15 Pl.	54,76
Milch, täglich 1 1/2 Liter je 18 Pl.	98,55
Eier, täglich 1 Ei (1)	35,56
Speck, Buchf. Rinderfett, täglich 30 Pl.	109,60
Fleisch, nur Feiertags 1 M. je 1 M.	66,—
Margarine, Schmalz, Apfelmus	104,—
Wehl, Salz, Gewürze, wöchentlich 25 Pl.	18,—
Kaffeeerley und Zucker, wöchentlich 1 M.	52,—
Für sonstige Lebensmittel	10,—
Miete mit Wasser und Reparaturen	260,—
Beleuchtung (Petroleum und Streichhölzer)	20,—
Heizung	48,—
Reinigung (Seife, Putzmaterial)	22,—
Lehrmittel für die Kinder	9,—
Bekleidung mit Leibwäsche u. Kopfbedeckung	180,—
Fußbekleidung (Reparaturen)	48,—
Fußbekleidung (Reparaturen)	58,—
Für Arzt und Apotheke	15,—
Steuern	6,80
Kranken- und Invalidenversicherung	36,40
Für eine Zeitung	6,—
Sterbefälle und Feuerversicherung	10,—
Beiträge zum Arbeiterverein u. Volksbildung	4,40
Fortbildungsschule und Lehrmittel	10,—
Ausgaben bei besonderen Familienanlässen	10,—
Erneuerung des Inventars und der Wäsche	15,—
Kaffeeerley und Quarschneiden	15,—
Zusammen	1662,97 M.

Holle erklärte, die Sätze seien so niedrig angegeben, daß sie auch für eine Familie mit 3 bis 4 Kindern gelten könnten. Und in der Tat, man muß sich wundern, wie eine solche Aufstellung als Norm für eine siebenköpfige Familie präsentiert werden kann!

Diese Arbeiterfamilie würde hiernach auf jede Annehmlichkeit des Lebens Verzicht leisten müssen, denn kein Pfennig steht zur Verfügung für eine Zigarre, für Getränke, für irgendein Vergnügen, das Geld kostet. An den Besuch belehrender Veranstaltungen ist nicht zu denken. Abgesehen davon und von einigen andern „Läden“ sind die angegebenen Sätze im einzelnen geradezu phantastisch, wenigstens wenn von der Befriedigung notwendiger Bedürfnisse ausgegangen wird.

Tatsächlich müssen sich die städtischen Arbeiter in Ränster nun aber mit 1050 bis 1200 M. jährlich behelfen!

Indem der Oberbürgermeister Jungeblod die verlangte grundsätzliche Lohnerhöhung bekämpfte, gab er den Arbeitern die Weisheit mit auf den Weg:

„Die Stadt kann nicht verpflichtet werden, unter allen Umständen die Arbeiter in den Stand zu setzen, einigermaßen anständig leben zu können. Welcher Stand ist jetzt noch da, der von seinem Gehalt handesgemäß leben kann? Ich glaube, daß da der Arbeiter, selbst wenn er vier oder fünf Kinder hat, nicht am schlechtesten gestellt ist. Wenn man höher steigt in die höheren Stände, geht das erst recht nicht. Glaubt denn Herr Holle, daß ein Offizier von seinem Gehalt handesgemäß leben kann?“

Nun wissen die Arbeiter wenigstens, woran sie bei dieser zentralistischen Stadtverwaltung sind!

Zum Kampf um die Sonntagstraße.

Die Stadtverordneten in Elberfeld wünschen die allgemeine Einführung der üblichen Sonntagstraße. In der Stadtverordnetenversammlung am 3. März brachte der Stadtverordnete Handelskammerpräsident Dr. Wiedemann folgenden Dringlichkeitsantrag ein: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle gegen den Beschluß der Reichstagskommission protestieren, wonach die übliche

Sonntagstraße in Städten mit mehr als 75 000 Einwohnern eingeführt, in kleineren Städten die Sonntagarbeit gestattet sein soll.“ Der Stadtverordnete Genosse Illenbaum erklärte, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten nur für den Antrag stimmen könnten, wenn ihm folgender Zusatz angehängt würde: „vielmehr wünscht die Stadtverordnetenversammlung die allgemeine Einführung der Sonntagstraße.“ Der Antrag wurde nunmehr mit dem Zusatz des Genossen Illenbaum mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Gegen den Antrag stimmte der Antragsteller Dr. Wiedemann. Ein Beweis, daß er nicht nur ein Gegner der Differenzierung, sondern der Einführung voller Sonntagstraße überhaupt ist.

Im Lehrereinkaufhaus tagte eine sehr besuchte Versammlung der angestellten Apotheker von Berlin und Vororten und beschäftigte sich mit der Frage der Sonntagstraße. Alle Redner (Apothekenbesitzer) sprachen sich mit Ausnahme des Vorsitzenden des Deutschen Apothekervereins Dr. Solzmann (Wilhelmsdorf) für die Sonntagstraße aus. Es gelangte dann einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der die Hoffnung zum Ausdruck gelangt, daß der Reichstag den Bestrebungen der angestellten Apotheker, durch das Sonntagstraßengesetz auch eine angemessene Sonntagstraße der Apotheken zu erhalten, seine tatkräftige Unterstützung nicht verweigern wird.

9. Tagung deutscher Berufsverbände.

Die diesjährige 9. Tagung deutscher Berufsverbände findet vom 21. bis 23. Juni in Zürich statt.

Es sollen folgende Themen behandelt werden: 1. Die Berufsverbände in der Schweiz. Referent: Amtsvorstand Dr. Groß-Rüch. 2. Die Ziele der öffentlichen Erziehung. Referent: Fürsorgeerziehungsinspektor Knaut-Berlin. Korreferent: Stadtrat Flügel-Zürich. 3. Das uneheliche Kind im Zivilrecht der Schweiz. 4. Die Vollstreckbarkeit deutscher und österreichischer Alimentenurteile und Vergleiche in der Schweiz und die Vollstreckbarkeit der gleichen schweizer Titel in Deutschland und Oesterreich. Referent: Dr. Grieder, Subst. der Amtsvormundschaft, Basel.

Im Anschluß an die Tagung findet ein Besuch der schweizer Landesausstellung in Bern statt, die eine Jugendfürsorgewoche arrangiert.

Ferner veranstaltet das Archiv deutscher Berufsverbände Ende September vor dem Internationalen Kongreß für Volksbildung (28. September) einen zehntägigen Kursus über Kinderfürsorge (Berufsverbände und Fürsorgeerziehung) in Dresden und Leipzig.

Ein Warnungssignal.

Grabe zur rechten Zeit, gewissermaßen als ein Warnungssignal gegen eine allseitige Fesselung, berührt die dem Bayerischen Statistischen Landesamt ziffern über den Geburtenüberschuss in den europäischen Staaten. Für den, der aus Statistiken zu lesen vermag, geht daraus unzweifelhaft hervor, daß eine sozialgenussweise Vermehrung der Geburten die Säuglingssterblichkeit steigern würde. Hier die Zahlen, die sich auf 1000 Einwohner der aufgeführten Staaten beziehen:

	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuss
Rußland	43,9	28,9	15,0
Bulgarien	42,0	26,5	15,5
Rumänien	39,2	28,8	14,4
Serbien	38,5	22,1	16,4
Oesterreich	32,6	23,1	11,3
Ungarn	35,7	23,6	12,1
Italien	33,8	17,8	16,4
Spanien	33,1	23,3	9,8
Portugal	32,3	19,8	12,7
Deutschland	29,8	16,2	13,6
Niederlande	28,6	13,6	15,0
Dänemark	27,5	12,9	14,6
Schweden	26,1	13,5	12,6
Norwegen	24,7	14,0	10,7
Großbritannien	25,0	14,0	11,0
Schweiz	25,0	15,1	9,9
Belgien	23,8	15,2	8,6
Frankreich	19,6	17,8	1,8

Die Zahlen sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert:

Unter den 18 Staaten steht Deutschland mit der Geburtenhäufigkeit an der zehnten Stelle. Da Frankreich trotz geringerer Geburtenzahl doch eine höhere Sterblichkeit aufweist als Deutschland, stehen wir mit der Zahl der Sterbefälle an der ersten Stelle und rücken mit dem Geburtenüberschuss an die siebente Stelle. Somit behauptet Deutschland einen sehr günstigen Platz. Eine tollpattige, von reaktionärem Uebertrieb dirigierte Fesselung, die in plumper Weise in intime Verhältnisse sowie in die persönliche Freiheit und Selbstbestimmung eingreift, würde Deutschland sicher von dem günstigen Platz verdrängen. Den vielleicht größten Mehrgewinn würden bald noch mehr Sterbefälle gegenüber. Ganz abgesehen von den sonstigen, schon mehrfach herausgestellten Verwüstungen als Folge der Antikonzeptionsgesetze. Weiter ist bemerkenswert, daß die Niederlande und Dänemark mit einer geringeren Geburtenhäufigkeit als Deutschland trotzdem einen höheren Geburtenüberschuss haben. Das zeigt, wo der Hebel angelegt werden muß. Durch Arbeiterschutz, öffentliche und gewerbliche Hygiene und vor allem durch energischen Säuglingschutz könnte der Geburtenüberschuss in Deutschland noch erheblich gesteigert werden. Sieben Länder haben eine niedrigere, teilweise erheblich niedrigere Sterblichkeit als Deutschland, dem man schließlich die beste Sozialpolitik nachrühmt.

Und da sich bei und nun die Ultramontanen sehr reklamehaft als Förderer der Geburtenhäufigkeit in empfehlende Erinnerung bringen, als Hauptstreiter der Reaktion auftreten, ist es wohl nicht ohne Interesse, darauf hinzuweisen, daß in allen Staaten, in denen der Merkantilismus das Geißt in Händen hat, der Geburtenüberschuss niedriger ist als in Deutschland. Oesterreich, Italien, Spanien, Belgien und Frankreich, alles Hochburgen merkantiler Herrschaft im Volke, stehen mit der Bevölkerungszunahme hinter Deutschland so gar erheblich zurück. Und nicht nur Frankreich, sondern auch das sehr stark katholische Belgien und die stark katholischen Niederlande weisen niedrige Geburtenziffern auf als Deutschland. Da sieht man, daß von den Merkantilen nichts Gutes zu erwarten ist.

Das Reichsversicherungsamt im Kampf gegen Lebbigkeit.

Wie die armen Unfallverletzten oft jahrelang um ihre Rente kämpfen müssen und wie durch das Verhalten von Ober-Verfahrensämtern das Verfahren verzögert wird, zeigt folgender Fall schlagend:

Ein Fuhrmann zu Frankfurt a. M. hatte im Januar 1910 einen schweren Unfall erlitten. Er fiel mit einer aufgestellten Leiter im Verriebe seines Unternehmens um, an einer Höhe auf 50 Fuß des Hofes und mußte von seinen Lebensgenossen bewußtlos fortgetragen werden. Der herbeigerufene Chirurgen stellte schwere innere Verletzungen und auch eine Verletzung des Hüftgelenkes fest. Nach wochenlangem Krankenlager konnte der Verletzte seinen Beruf nicht mehr nachgehen, da er zu stark hinkte. Die Berufsgenossenschaft machte aber geltend, daß der Verletzte schon vor dem Unfall gehinkt habe und daher auch nicht der Unfall die Ursache seines jetzigen Leidens sei. Obgleich der Chirurgenarzt und die Ärzte des städtischen Krankenhauses zu dem erlittenen Unfall als Ursache der Verschlimmerung des früheren Leidens des Verletzten ansahen, wurde der Kläger vom Schiedsgericht zu Wiesbaden im Januar 1911 mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Im November 1911 hatte sich dann das Reichsversicherungsamt mit dem Refurse des Verletzten zu beschäftigen. Das Urteil wies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Schiedsgericht zurück.

Das Schiedsgericht mußte sich vom Reichsversicherungsamt befehlen lassen, daß nach Lage der Sache der Entschädigungs-

Mittwoch, den 11. März: Zahlabend in Groß-Berlin.

Parteiangelegenheiten.

rote Woche!

Vorwärts, Genosse! Auf zur roten Woche! An jedes Herz, an jede Türe poche...

Dein ist die Kraft! — Du Riese mußt nur wollen! Der schwerste Stein, er kommt einmal ins Rollen...

Frisch auf, voran! Laß uns mit Geisteswaffen An unsrem großen Werke mutig schaffen...

Wir wissen: großes werden wir erringen Und großes wird der Zukunft noch gelingen.

Drum auf, Genossen! immer mutig wagen! Durch Druck und Not hin, immer ohne Zagen.

Auf der Suche nach Plakaten

befanden sich am Sonnabendabend und am Sonntag früh Postzeitungsbeamte in Uniform und Zivil. Sie begnügten sich nicht damit, die Plakate, in denen zum Abonnement auf den „Vorwärts“...

Die Sonntagsummer des „Vorwärts“ enthielt auf der ersten Seite des Hauptblattes den Inhalt dieser staatsgefährlichen Zettel.

Flugblattverbreitung

findet heute Dienstagabend von den bekannten Lokalen statt. An die vorher ausgezeichneten Adressaten werden außer den Flugblättern Aufnahmescheine und Abonnementskarten für den „Vorwärts“ abgegeben.

Mittwoch, den 11. März.

Zahlabend.

Zu demselben müssen die Genossen und Genossinnen persönlich eingeladen werden.

Achtung, Führungen im Aquarium!

Die von uns ausgegebenen Teilnehmerkarten zu den Führungen im Aquarium tragen den Vermerk, daß sich die Teilnehmer im Vorräum des Aquariums sammeln möchten.

Wir ersuchen die Organisationen, die Führungen belegen haben, einen Vertrauensmann, der den Führer unterstützt, zur festgesetzten Zeit in das Aquarium zu entsenden.

Der Bezirks-Wildungsausschuss Groß-Berlin.

Bezirk Lichtenberg. Mittwoch, den 11. März, kombinierter Zahlabend der 10. Abteilung im Café Bellevue. 1. Vortrag über Feuerbestattung. 2. Wahl des Abteilungsleiters.

Charlottenburg. Heute abend 7 1/2 Uhr von den bekannten Lokalen aus: wichtige Flugblattverbreitung. Kein Parteigenosse darf fehlen.

Steglitz. Heute Flugblattverbreitung von allen Bezirkslokalen aus.

Tempelhof. Heute, Dienstag, von den bekannten Stellen aus wichtige Flugblattverbreitung.

Oranien. Mittwoch, den 11. März, abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung „In der grünen Ecke“, Köpenicker Str. 88. Tagesordnung: Vortrag und Diskussion sowie letzte Vorbereitung zu unserer Gemeindevahl.

Schmargendorf. Mittwoch, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Goetsch, Warnemünder Straße 14/15. Die Genossen von Grünwald wollen hierzu erscheinen.

Biesdorf. Der diesmalige Zahlabend findet Dienstag, den 10. März, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Hampel, Margahner Straße 31, statt. Tagesordnung: „Die Gemeindevahlen“.

Freitag, den 13. März, im gleichen Lokal: Öffentliche Wählerversammlung.

Weißensee. Heute von allen Gruppenlokalen des 1., 3. und 4. Bezirkes Flugblattverbreitung. Im 2. Bezirk findet die Verbreitung eine Woche später statt.

Hohennowendorf. Am Freitag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Waldfäule“ (Inh. Gleiss) am Bahnhof Stolpe: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindevahl. Referent: Genosse Hoffmann. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten für die 3. Klasse.

Am Donnerstag, den 12. März: Handzettelverteilung.

Abtershof. Der Zahlabend am Mittwoch, den 11. März, findet in den Bezirkslokalen statt.

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 11. März, fällt der gemeinsame Zahlabend aus, es finden dafür in den Bezirkslokalen Einzelzahlabende statt. In Anbetracht der am Sonntag, den 15. März, stattfindenden Gemeindevahlen ist jeder Genosse verpflichtet, pünktlich zur Stelle zu sein.

Nieder-Schönhausen. Heute abend 7 Uhr Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Reinickendorf-Nö. Heute abend: Wichtige Flugblattverbreitung.

Friedrichsfelde. Heute, Dienstagabend, von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung.

Lichtenrade. Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr, vom Lokal Th. Jantke aus, Flugblattverbreitung.

Berliner Nachrichten.

In der Gefängnis-Kirche.

Es war im März des Jahres 1913. Die Sonne leuchtete vom blauen Himmel und aus tausend Quellen quoll neues Leben. Es ging dem Frühling entgegen. . . .

Schwerenützig, in dumpfen Affekten, hallten um die gleiche Zeit — es war am Sonntag Judika — die Klänge des Harmoniums durch die Räume der nüchternen Gefängnis-Kirche. Bitternd brachen sich die hellen Sonnenstrahlen an den Bleigefäßfenstern, bunten Fenstern und glitten an der Mauer entlang über den Altar und die Kanzelempore.

Nüchtern und kahl mutet alles an. Ernst und Feierlichkeit werden unbewußt dadurch zurückgedrängt. . . . Das Harmoniumspiel ertönt wieder und rauh fallen die Stimmen der Gefangenen mit dem Text des Chorals ein.

Der Pfarrer spricht die Vithurgie. Eintönig und salbungsvoll schallen die mit Pathos wiederholten Worte „Sünder“ und „Büßer“ von den Wänden zurück. Ein Choral schließt sich wiederum an.

Sodann betritt der Geistliche die Kanzel. Hoheitsvoll und stolz steht er da, faltet zunächst die Hände zum Gebet und löst darauf umständlich die Kette der Uhr von seiner Weste und legt diese neben sich. Mitunter scheinen die Augen ein wenig mit Verachtung über die Versammlung hinwegzugleiten. Aber es scheint nur so. Langsam und bedächtig erhebt er die Bibel, und wie bei der Vithurgie erklingt jetzt wieder die harte, unmelodische Stimme: „Zu uns spricht heute Johannes im Kapitel 8, Vers 34 und 35: Wahrlich ich sage euch: wer Sünde tut, der ist der Sünde Knecht. Der Knecht aber bleibt nicht ewiglich im Hause; der Sohn ewiglich. So euch nun der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei.“

Eine halbe Stunde lang ist der Inhalt dieses kurzen Satzes auch der Inhalt der Worte des Geistlichen. Kein Gleichnis wird eingeflochten, keine Erzählung zur Aufschmückung eingefügt. „Der Sünde tut, der ist der Sünde Knecht.“ Monoton wiederholt sich dieser Satz.

Rast und immer fester ist es in dem nüchternen Raum der Kirche geworden. Die Blicke des Geistlichen gehen von links nach rechts, hier und da suchen die Augen ein Opfer. Wie ein Beilhack auf einen harten Gegenstand klingt manches Wort und kaum ein trauriger, heimischer Ton liegt dazwischen. Wird der Appell an das Gewissen der Gefangenen Erfolg haben? Werden die salbungsvollen, mit kaltem Pathos heraufgebrachten Worte auf fruchtbaren Boden fallen? . . . Es scheint nicht. Denn die Blicke des Geistlichen werden unruhiger und die Worte fliehen heftiger von den Lippen. „Der Sünde tut, der ist der Sünde Knecht.“ — „Er geht ein zur ewigen Verdammnis.“ — „So euch jedoch der Sohn freimacht, so seid ihr recht frei.“ Durcheinander wirbeln die Sätze und durcheinander finden sie auch den Weg in die Stirne der Gefangenen.

Aber sie zünden nicht. Trohig gehen Blicke auf und nieder; unruhig bewegen sich manche Hörer in ihren Sitzplätzen. Jedoch starr und steif sitzen die meisten und nur manchmal klingt ein Seufzer durch, als wollte er sagen: wir sind noch Menschen!

Und dann ist es für eine Weile stiller. Leise und weicher entfliehen jetzt die Laute dem Gehege der Zähne und man vermerkt einen Vogel zu vernehmen, der sein Weibchen zu lieblichem Minnespiel lockt. „Denn wahrlich ich sage euch: So euch nun der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei. Amen.“

Ein Ruck geht durch die Gefangenen. Wie eine Erlösung scheint allen das Ende der Predigt des Geistlichen.

Aber noch einmal schallt die Stimme durch den hohen Raum. Alle haben sich erhoben und lauschen: „Und führe uns nicht in Versuchung. . . denn dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit! — Amen.“

Nach dem allgemeinen Gesang setzt das Harmoniumspiel wieder ein. Leise rauschen die Akkorde über den Raum hin. Reihe um Reihe öffnen sich die Sitzplätzen und wieder mit feinstem Schritt Abtand verlassen die Gefangenen die Kirche und gehen in ihre Zellen zurück. Der Gottesdienst ist zu Ende.

Draußen lacht die Sonne und die Menschen lachen mit. Denn alles freut sich des herrlichen Tages und des Werdens in der Natur! —

Irrenrechts-Konferenz.

Die Allgemeine Irrenrechtskonferenz, die der Bund für Irrenrecht und Irrenfürsorge zum Sonntag nach den Industrie-Festtagen in der Deutscher Hof in Berlin, bewies durch starken Besuch das wachsende Interesse für das aktuelle Irrenrechtsthema. Zahlreiche Ärzte, Juristen und Sozialpolitiker waren erschienen. Referent Paul Eimer von der Zeitschrift „Irrenrechts-Reform“ begann sachlich mit einem Lob auf die Psychiatrie, die während der letzten Jahrzehnte in der Irrenpflege und im Aufbau moderner Irrenanstalten Bedeutendes geleistet habe, bedauerte aber, daß diese Verdienste verbunkelt werden durch unglückliche Irrenhausmishandlungen. Bei den Privatirrenärzten seien pelagiäre Sonderinteressen, die dem Redner brieflich durch den Direktor einer deutschen öffentlichen Irrenanstalt bestätigt worden sind, ein offenes Geheimnis. Bei vielen leitenden Irrenärzten öffentlicher Anstalten grassiere Strebertum, ärztliche Rücksichtslosigkeit und Liebedienerei nach oben. Die Irrenrechtsfrage sei kaum mehr eine wissenschaftliche Frage zu nennen, sondern eine reine Machtfrage geworden. Mit Macht und Gewalt, mit der Paranoia politica, werde man politisch oder sonstwie unbequeme Personen ins Irrenhaus und schaffe dadurch Zustände, die das moderne Irrenrecht zum getreuen Pendant des Pandurenkesslers von Zubern gestalten. Viel schuldiger als die Psychiater seien gewisse Behörden, welche die Psychiatrie benutzen, um Rechtsverletzungen an der persönlichen Freiheit zu begehen. Wegen das System, die hochgestellten Schuldigen zu schützen und Rechtsfinden zu vertuschen, müsse mit aller Energie Front gemacht werden. Wahre Hilfe sei nur vom Reichstag zu erhoffen, für den auch im Irrenrecht die Lösung sein solle: Feste drauf!

Professor Dr. Lehmann-Höhenberg-Weimar sprach über die mangelhafte wissenschaftliche Vorbildung der Psychiater und ihr Verhältnis zu den Universitäten. Mit Seelenkunde sollten sich keine Stämpfer besaffen. Unfähige und gewissenlose Elemente, welche die Jugend nur verblöden, müßten von den akademischen Lehrstühlen entfernt werden. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld schilderte in längerer Rede an der Hand amtlich bekanntgegebener Einsperrungsfälle die Mißstände im Berliner Irrenwesen. Durch die unfernen städtischen Irrenanstalten von der Staatsgewalt in großer Zahl aufgezogenen geisteskranken Verbrecher sei die städtische Irrenpflege geradezu demokratisiert worden, was selbst Geheimrat Sander von der Irrenanstalt Döllsdorf bestätigte. Trennung der Verbrecher von den immunitären Irrenanstalten sei eine der wichtigsten Irrenrechtsforderungen. Ueberhaupt müsse der Polizeigeist, der heute das gesamte deutsche Irrenwesen beherrscht, verschwinden. Von 1808 bis 1830 haben in durchaus bewährter Form die Gerichte über Internierungen entschieden. Mit dem Eingriff der Polizeigewalt in die Rechte der Justiz sei es immer schlimmer und unheilbarer geworden. Demnach sind die Mißstände an den Berliner Irrenanstalten nur Ausläufer eines gefährlichen Systems.

Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried stellte erneut seine schon bekannten Thesen zur Verbesserung des Irrenrechts auf. In zündender Rede pries der bekannte Arzt Dr. Wilhelm Wünsch den wohlthätigen Einfluß der Natur auf die Behandlung von Geisteskranken im Gegensatz zu der umfangreichen Sanierung mit allerlei Giften, die oft geeignet sind, Geisteskrankheiten herbeizurufen und zu fördern. Auch er wüßte der mangelhaften, dogmatisch zugestützten Ausbildung der Ärzte auf den Universitäten einen Teil der Schuld bei. „Aendern Sie“, so schloß der Redner unter begeisterten Beifall, „das herrschende soziale System. Wir müssen ein soziales System bekommen, in dem nicht mehr der eine der Ausbeuter des anderen ist, sondern in dem wieder mehr Nächstenliebe herrscht. Wenn uns das erst mal gelingt, wird damit die Hauptursache aller Geisteskrankheiten verschwunden sein.“

Raubüberfall in Charlottenburg.

Ein schwerer Raubüberfall wurde gestern vormittag um 8 1/2 Uhr in Charlottenburg verübt. Ein unerkannt entkommener Mann schlug eine Bewohnerin des Hauses Schwarzstraße 54 mit einem Weile nieder, würgte eine zweite an der Kehle und ergriff dann die Flucht, ohne den geplanten Raub ausgeführt zu haben. Die erfahrene hierzu: Im zweiten Stockwerk des Hauses wohnt eine Frau Bolter, die Zimmer vermietet. Zu dieser kam zur angegebenen Zeit ein Mann von etwa 30 Jahren und sagte, daß er ein Zimmer zu mieten wünsche. Die Frau zeigte ihm auch ein gerade leerstehendes Zimmer, und der Mann erklärte sich auch bald mit dem Preise einverstanden. Er zog dann ein Buch aus der Tasche und bat die Wirtin, die Vermietung darin durch Unterschrift zu bestätigen. Während sie sich hierzu anschickte, zog der vermeintliche Mieter ein Weile aus der Tasche und schlug es der Frau mit der scharfen Seite über den Kopf, so daß diese zusammenbrach. Im gleichen Augenblick kam ein Fräulein, das ein Nebenzimmer bewohnt, zufällig mit einer Wasserkanne aus ihrer Stube in den Raum, in dem sich die Wirtin und der Mann befanden. Dieser fürzte sich jetzt sofort auf das Fräulein und würgte es am Hals. Diese war aber so geistesgegenwärtig, nicht nur laut um Hilfe zu rufen, sondern sich auch energisch zur Wehre zu setzen. Unter diesen Umständen zog es der Mann vor, die Flucht zu ergreifen. Es gelang ihm auch, zu entkommen, doch mußte er mehrere Sachen zurücklassen. So auch eine rosseidene Krawatte mit weißen Streifen, die ihm das Fräulein im Kampfe entrisen hat, seinen schwarzen steifen Hut, Größe Nr. 54, einige Papiere und das Weile. Es ist dies ein neues Küchenbeil, auf dem mit Klebstift die Buchstaben P. O. und mit Blaustift die Beschriftung 600. 11. C. O. sowie das Fabrikzeichen mit den Buchstaben P. D. vermerkt ist. Der entkommene Täter, der es ohne Zweifel auf eine Vererbung seines Opfers abgesehen hatte, ist 1,70 Meter groß und ziemlich korpulent, hat kurzes, dunkelbraunes Haar und ebensolchen Spitzbart. Beide Gesichtseiten sind ebenfalls stark behaart.

Die schwer verletzte Frau Bolter wurde nach dem Krankenhause gebracht, wo sie bedenklich darniederliegt.

Der sofort hinzugeeilten Charlottenburger Kriminalpolizei ist es in gemischten gelungen, den Namen des Täters zu ermitteln. Am Tatort fiel dem Räuber während des Kampfes mit Fräulein Simson eine Postpaketadresse aus der Tasche, auf welcher die Aufschrift stand: „Herrn Monsieur Otto Heyer, Leipzig“. Die Charlottenburger Kriminalpolizei wandte sich sofort telephonisch an die Leipziger Behörde, und so konnte in wenigen Minuten festgestellt werden, daß Heyer, der vielfach vorbestraft ist, von seiner in Leipzig wohnenden Frau getrennt lebt. Er ist am 16. Januar 1876 zu Eisleben geboren, etwa 1,85 Meter groß, hat blondes Haar, trägt ebensolchen Spitzbart, braunen Heberjücker und schwarzen steifen Hut von 64 Zentimeter Weite. Diese Kopfbedeckung hat Heyer in der Woltericher Wohnung zurückgelassen. Die Waffe, mit der er die Tat verübte, ist ein neues Küchenbeil und zeigt die Fabrikmarke P. D. mit dazwischenliegendem Hubertus-Hirschkopf. Auch dieses Beil hat Heyer gleichfalls am Tatort liegen lassen.

Vom Berliner Wohnungsmarkt.

Alljährlich wird in Berlin eine Zählung der Leerstehenden Wohnungen ausgeführt, um Klarheit über die Verhältnisse des Wohnungsmarktes zu gewinnen. Ueber das Ergebnis der Zählung, die am 1. Dezember 1913 stattfand, berichtet jetzt das Berliner Statistische Amt. Gezählt wurden diesmal 27 824 leerstehende Wohnungen, davon 20 085 ohne Gewerberäume und 7 739 mit Gewerberäumen. Gegenüber dem 1. Dezember 1912, wo 28 306 leerstehende Wohnungen, 24 305 ohne Gewerberäume und 1911 mit Gewerberäumen, gezählt wurden, ist eine sehr erhebliche Verringerung eingetreten. Bei den Wohnungen mit Gewerberäumen ist eine Verringerung der Leerstehenden zu verzeichnen, bei den Wohnungen ohne Gewerberäume haben die Leerstehenden sich weiter gemehrt. Im Hinblick auf den bedeutenden Rückgang der Bevölkerungsjahres Berlins, den das Jahr 1913 gebracht hat, wäre eine noch viel härtere Rechnung der leerstehenden Wohnungen zu erwarten gewesen. Daß an der Rechnung alle Größenklassen beteiligt waren, ergibt die Sonderung in kleine, mittlere und große Wohnungen. Von 1912 zu 1913 mehrten sich die leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume mit 2 oder weniger Zimmern von 19 485 auf 20 740, mit 3 oder 4 Zimmern von 3338 auf 3560, mit 5 oder mehr Zimmern von 1572 auf 1785. Die Gruppierung nach Stadtteilen zeigt, daß die Rechnung sich auf die meisten Stadtteile erstreckt. Einige Ausnahmen fallen auf, so der nördliche Teil des Königsbierfelds, der nordöstliche und der nordwestliche Teil der Rosenthaler Vorstadt, der östliche und der westliche Teil von Roabit, ganz besonders aber der Stadtteil Wedding, der eine Verringerung der leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume von 1873 auf 1589 hatte. Im ganzen ist aber das Ergebnis dieser Zählung leerstehender Wohnungen so, daß es die Hausbesitzer Berlins, die seit langem einen Umschwung herbeisehen, wieder recht bitter enttäuscht wird. Die Hoffnungen auf Wiederkehr einer Wohnungsnot, die den Hausbesitzern eine erneute kräftige Hinausschraubung der Mieten ermöglichen soll, scheinen sich einstweilen nicht erfüllen zu wollen. Zwar hat in Berlin, wo schon seit Jahren das Angebot von Wohnungen erheblich über die Nachfrage hinausging, die Wohnungsproduktion merklich nachgelassen. Aber unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise und des Arbeitsmangels haben im letzten Jahr auch die Bezüge von Berlin die Zugänge nach hier so stark überwogen, daß ein beträchtlicher Bevölkerungsrückgang (um rund 16 000 Personen) sich ergab und die Wohnungskonjunktion sich weiter verringerte. Auch die reichliche Verringerung der Geschäftszugänge, die Berlin im letzten Jahre hatte — es wurden 1800 Ehen weniger als im vorletzten Jahre geschlossen —, muß die Nachfrage nach Wohnungen sehr fühlbar beeinflussen und weiter herabgedrückt haben.

Ein Radfahrer gegen einen Autobus gefahren und getötet.

Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittag in der Frankfurter Allee ereignet. Der 19 Jahre alte Radfahrer Faber Oß, Hochmeisterstr. 28 wohnhaft, hatte für die Firma H. Kasanien-Allee 62, Rechnungen im Osten der Stadt einfließen wollen. Er benutzte sein Zweirad. Als er die Frankfurter Allee entlang fuhr und in die Warshawer Straße einbiegen wollte, geriet er gegen einen entgegenkommenden Automobilomnibus, wurde mit der Maschine zu Boden geworfen und unter die Räder des Kraftwagens geschleudert. Die letzteren gingen dem jungen Menschen über Brust und Beine hinweg. In leblosem Zustande wurde O. nach der Hilfsstation 1 gebracht, wo er nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus am Friedrichshain starb der Verunglückte. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Aus der Armenverwaltung.

Die Armenverwaltung beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Montag mit einem Antrage unserer Genossen, die Armenspeisung in diesem Jahre bis zum 31. März auszudehnen und zu diesem Zweck der Armenspeisungsanstalt weitere 10 000 M. zu überweisen. Der Antrag wurde durch den großen Inanspruchnahme der Speisung. In den Monaten Dezember bis Februar wurden im Durchschnitt 7000 bis 8000 Portionen pro Tag verlangt und verabreicht. Im Januar wurde die Zahl von 9000 an manchen Tagen überschritten. Die riesige Arbeitslosigkeit zwingt leider viele Familien, dieses letzte Mittel zu ergreifen, um vor direkter Armenunterstützung bewahrt zu bleiben. Dadurch bedeutet die Speisung aber auch eine wesentliche Entlastung des Armenrats. Stadtrat Dörflein stellte die Bewilligung der geforderten 10 000 M. durch den Magistrat in sichere Aussicht, und fand dann auch der Antrag einstimmige Annahme. Zu einer längeren Debatte kam es noch wegen der Unterscheidung eines Armenvorsichters; dieser hat nicht nur den eisernen Bestand von über 300 M. mitgehen heißen, sondern auch die Lieferanten der Kommission nicht bezahlt, trotzdem sie quittierte Rechnungen überreicht haben.

Diese verlangen jetzt von der Direktion Zahlung. Es soll von Fall zu Fall geprüft und entschieden werden.

Bei Beginn der Sitzung wurden 11 neue Vorsteher durch Herrn Stadtrat Dörflein für ihr schweres Amt, so führte der Stadtrat aus, verpflichtet. Hilfreich und schnell einzugreifen, wo es nottue, gab er den Herren mit auf den Weg. Auch wir können diese Mahnung angefaßt des Verhaltens vieler Vorsteher nur wiederholen. Human ihres Amtes zu walten und auch in den Armen, die benötigt sind, die Hilfe der Stadt in Anspruch zu nehmen, ihren Mitbürger zu sehen. Wird so verfahren, werden viele Beschwerden fortfallen.

Die Not seiner Mitmenschen

nahm ein Schwindler aus, der jetzt von der Kriminalpolizei unschuldig gemacht wurde. Ein 31 Jahre alter Bücherreisender Max Ray erlief von hier aus in der Provinz Zeitungsanzeigen mit dem Wortlaut: „Lohnenden Nebenwerb weiß nach Chiffre...“ Daß er darauf unzählige Meldungen erhielt, bedarf in einer Zeit der Arbeitslosigkeit erst gar keiner Erwähnung. Allen Leuten antwortete nun Ray, daß sie an eine bestimmte Adresse, gewöhnlich unter seinem Namen, an dieses oder jenes Hotel 2 R. einzufinden hätten. Nach Eingang dieses Betrages werde er ihnen den Nach-

weis zugehen lassen. Die arglosen Leute glaubten natürlich eine Stelle nachgewiesen zu erhalten, bekamen aber statt dessen nur ein Heft mit allen möglichen Postfilzen, auf welche Weise Geld verdient werden könne. Die Bewerber waren also ihre 2 R. los und beruhigten sich zum größten Teil bei ihrer Enttäuschung. Auf mehrere Anzeigen hin gelang es jetzt, Ray in einem Hotel am Stettiner Bahnhof, in dem er zuletzt mit seiner Frau wohnte, zu ermitteln und festzunehmen.

Tolle Värmgenen ereigneten sich in der Nacht vom Sonntag zu Montag im Sportpalast, in dem das sogenannte Sechstageremmen stattfand. Zwei Paare waren mehrfach abgerundet worden und sollten nach dem Reglement ausscheiden, nämlich Pawle—Marz und die Belgier Dugose—Bebaco. In großer Erregung schleuderte ein Manager der Deutschen heftige Anklagen gegen die Kennleitung, worauf ein ohrenbetäubender Lärm entstand; man johlte, piff und schrie, daß kein Wort zu verstehen war. Am den Tumult zu hindern, gab die Kennleitung nach und ließ das deutsche Paar fahren. Das gab aber neuen Krach, weil auch die Belgier weiter fuhren. Schließlich kam eine Einigung zu stande und die Schreier beruhigten sich.

Ein Liebesdrama auf dem Tegeler See.

Eine Liebestragödie, die auf Mord und Selbstmord schließen läßt, hat sich auf dem Tegeler See abgespielt. Dort fand man gestern an der südlichen Seite des Sees, am Scharfenberg, einen Kahn, in dem sich ein Herren- und ein Damenhut, zwei Schirme und eine Handtasche befanden. Die Ermittlungen ergaben, daß der Kahn von einem Bootverkäufer aus Tegelerort stammt. Dieser hatte ihn schon am Sonntagnachmittag einem Pärchen vermietet. Dieses ist, wie sich an Hand der gefundenen Sachen bald weiter feststellen ließ, ein 32 Jahre alter Fleischer Paul Kowal und ein 22 Jahre altes Dienstmädchen Therese Bögerl. Beide unterhielten schon seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis. Das Mädchen wohnte seit einigen Tagen in der Nehmarnstraße in Schloßhagen, da es ohne Beschäftigung war, während ihr Geliebter in einer großen Fleischerlei auf dem Wedding arbeitete. Nun hatte das Mädchen in demselben Betriebe einen anderen Schlichter gefunden kennen gelernt. Am nun Kowal loszuwerden, erzählte sie ihrem neuen Verehrer, daß ihr früherer Geliebter in dem Geschäft fortwährend fehle. Dies stimmte, und das Mädchen wußte auch schon längere Zeit davon. Ihr neuer Geliebter machte jetzt davon dem Geschäftsinhaber Mitteilung, der daraufhin die Polizei benachrichtigte. Die Folge davon war, daß Kowal wegen der fortgeführten Fleischerdiebstähle in Haft genommen wurde. Nach sechsmonatiger Strafverbüßung wurde er am vergangenen Donnerstag wieder entlassen. Er hatte inzwischen in Erfahrung gebracht, daß seine frühere Braut ihn veraten hatte, während diese davon nichts ahnte. Er suchte sie auf und verabredete mit ihr zum Sonntag eine Partie nach Tegel. Hier suchten sie u. a. ein Restaurant auf, wo, wie die Wirtsleute bekundeten, das Mädchen äußerst vergnügt war. Gegen 4 Uhr nahmen beide dann einen Kahn und fuhren auf den See hinaus. Man glaubt nicht, daß beide gemeinsam und freiwillig in das Wasser gegangen sind, weil das Mädchen stets zu lebenslustig war und nie Selbstmordgedanken geäußert hat. Es wird vielmehr angenommen, daß Kowal eigens die Kahnpartie gemacht hat, um seine frühere Geliebte aus Rache in den See zu stürzen und sich dann auch selbst das Leben zu nehmen. Die Leiche des Paares, das wohl ohne Zweifel seinen Tod im Wasser gefunden hat, konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Zu der Nebenversammlung am Dienstag in den Andreas-Festsälen, über die wir am Sonntag berichteten, teilte uns Herr Gustav Landauer mit, daß der Sozialistische Bund mit dem Einberufer der Versammlung, einem gewissen Peter Pantow, noch nie etwas zu tun gehabt habe. Pantow sei nicht Mitglied einer Gruppe des Sozialistischen Bundes gewesen.

Zu der Frauenversammlung in den Arminshäusern ist eine Boa gefunden worden. Dieselbe ist bei Aug. Pöhl, Rammnstraße 30, abzuholen.

Zu dem Automobilunfall am Sonnabendabend in der Alten Schönhauser Straße 2 teilte uns der Bruder des Verunglückten mit, daß es sich um den 44jährigen Arbeiter Gustav Regel handelt. Er wurde beim Ueberfahren der Straße vom Autoomnibus umgerissen und überfahren. An den schweren Verletzungen ist Regel eine halbe Stunde darauf im Hedwig-Krankenhaus gestorben. Beim Unfall ist dem Verstorbenen das Portemonnaie abhanden gekommen; es war ein kleines dunkles Portemonnaie mit Metallbuchstaben G. R. und hatte etwa 15 M. Inhalt. Der erbliche Finder wird gebeten, es an die Frau des Verstorbenen, Frau Regel, Braunstraße 4, abzugeben.

Die Leiche eines Polizeiergeanten wurde in der Jungfernheide aufgefunden. Vor einigen Tagen fand man dort einen Mann erschossen auf, dessen Persönlichkeit sich zunächst nicht feststellen ließ. Die Nachforschungen haben nunmehr ergeben, daß es sich um den aus Oberhausen gebürtigen Polizeiergeanten Alwin Schreiner handelt, der seit dem 24. Januar d. J. aus Harburg, wo er in Dienst stand, verschwunden war. Ein unheilbares Leiden scheint den Mann in den Tod getrieben zu haben.

Am Grabe des Vaters erschossen. Reflektiert wurde die Leiche jenes jungen Mädchens, das erschossen auf dem Georgenfriedhof zwischen Gräbern aufgefunden wurde. Es handelt sich um die 21jährige Verkäuferin Elli Anders aus der Georgenkirchstraße 12. Das junge Mädchen hatte vor kurzem den Vater, an dem es mit großer Liebe hing, durch den Tod verloren. Sie vermochte den herben Verlust nicht zu ertragen und wühlte sich am Grabe des Toten durch einen Revolverbeschuss in die Brust.

Wer sind die Toten? Aus der Spree gelandet wurde am Gröbenufer die Leiche einer Frau von etwa 25 Jahren, die nach dem Befunde wohl vier bis sechs Wochen im Wasser gelegen haben mag. Die unbekannte Tote ist 1,70 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und trug einen grünlichgelben Wäster, eine hellblaue Bluse mit Einjah und mollene Handschuhe. — Im Krankenhaus zu Lichterfelde verstorben ist eine Frau von etwa 45 Jahren, die Sonnabendvormittag in Steglitz auf der Straße von Krämpfen befallen wurde. Die Verstorbene hat dunkelbraunes Haar und trug einen Pelz mit Federn, eine blaue gestreifte Bluse, einen schwarzen Rock und Schnürstiefel. Bei sich hatte sie eine braune Ledertasche mit acht Schlüsseln, einem Portemonnaie u. a. m. An den Füßen hat die Tote Operationsnarben.

Vorortnachrichten.

Gemeindevahlergebnisse.

In Pantow wurden bei der am Sonntag und Montag stattgefundenen Gemeindevorwahlen im ersten Bezirk für die Sozialdemokratie 449, für die Bürgerlichen 684 Stimmen abgegeben. Im zweiten Bezirk erhielt unser Kandidat Genosse Koch 962 Stimmen, die Bürgerlichen dagegen nur 155 Stimmen, und im vierten Bezirk brachte es unser Kandidat Genosse Paul Schindler sogar auf 1112 Stimmen, während die Gegner nur 197 Stimmen erhielten. Im 1. Bezirk war es uns leider nicht vergönnt, den Bezirk zu erobern. Die vereinigten Bürgerlichen hatten alles aufgegeben und die in einem Abhängigkeitsverhältnis stehenden Beamten kolonnenweise zur Wahl geschleppt.

Die gestern in Nieder-Schönhausen zu Ende geführte Wahl brachte unserem Kandidaten Paul Dumfry mit überwältigender Stimmenmehrheit den Sieg. Auf ihn entfielen 954 Stimmen, während es sein Gegenkandidat, der Postsekretär Kraft, nur auf 451 Stimmen brachte. Damit ist auch das fünfte und letzte Mandat in der dritten Klasse im sozialdemokratischen Besitz. Heute finden die Wahlen in der zweiten Klasse statt. Kandidaten der Sozialdemokratie sind hier die Genossen Friedrich Dreitmann und Albert Wäcker.

Einen besonders harten Wahlkampf hatte die Sozialdemokratie in Hohen-Schönhausen gegen den gesamten bürgerlichen Nachwuchs zu bestehen. Durch unerhörten Terrorismus wurden hier alle abhängigen Wähler gezwungen, für die Kandidaten des Grundbesitzervereins zu stimmen. Reichswahrheitsverband und Deutschnationale Handlungsgehilfen wetteiferten in dieser Agitation. Alle Beamte, freiwillige Feuerwehr, Sanitätskolonne und Kriegerverein wurden gegen den Umsturz aufgeboten. Autos durchzogen stundenlang für die Ordnungspartei den Ort, doch alle Mühe war vergebens. Die Genossen Siebenwirth und Dreitz wurden mit 381 und 379 Stimmen gewählt. Die Kandidaten der Bürgerlichen erhielten 359 und 333 Stimmen, darunter befanden sich 50 Papierstimmen. Der bisherige bürgerliche Vertreter erhielt nur 31 Stimmen, drei waren ungültig. Die Wahlbeteiligung betrug 55 Prozent.

In Caputh bei Potsdam wurde in der Ergänzungswahl der dritten Abteilung Genosse Fritz Benz mit 118 gegen 63 bürgerliche Stimmen gewählt. Bei der Verstärkungswahl ging Genosse Herr. Krüger mit 124 gegen 64 bürgerliche Stimmen als Sieger aus der Wahl hervor. In der zweiten Abteilung brachten es unsere beiden Kandidaten auf je 10 Stimmen. Hier fiel den Bürgerlichen der Sieg mit 89 bezw. 37 Stimmen zu.

In Bruchmühle brachte uns die Wahl leider nicht den erhofften Sieg. Daß hier unsere Genossen unterlagen, ist darauf zurückzuführen, daß die Gegner sämtliche Papierstimmen in ihren Händen hatten. Auch sonst übten sie auf die abhängigen Wähler den unglaublichsten Terrorismus aus.

Weihensee.

Einen kärmischen Verkauf nahm eine am vergangenen Freitag bei Feeng, Berliner Allee 236, vom Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bezirk Weihensee, einberufene öffentliche Versammlung, in der zur bevorstehenden Kaufmannsgerichtswahl Stellung genommen wurde. Schon lange vor Beginn der Versammlung hatten die Gegner, die ihre Berliner Mitglieder durch ein besonderes Zirkular zusammengetrommelt hatten, alle Plätze besetzt, so daß die Mitglieder des Zentralverbandes nur mit Mühe in den Saal gelangen konnten. Genosse D. H. H. behandelte das Thema: „Der Zentralverband und seine Gegner“ in überaus treffender und streng sachlicher Weise.

In der Diskussion sprach zunächst Herr Gostinsky. Da der Herr dem Zentralverband der Handlungsgehilfen in prinzipieller Hinsicht nichts vorwerfen konnte, rumpelte er unsern Kandidaten Fahrmann mit allerlei Persönlichem in seiner Eigenschaft als „Vorwärts“-Angestellter an. Als ihm Kollege Schmidt die gebührende Antwort gab, kam es wiederholt zu stürmischen Ausfällen. Hierbei trat die Absicht der Gegner, durch fortgesetzte Provokation die Versammlung zu sprengen, deutlich hervor.

Ihren Höhepunkt erreichte die Versammlung, als sich Kollege D. H. H. ansetzte, die unglaublichen Verdrehungen und Entstellungen über unsere Verbandsstätigkeit, die der zweite Diskussionsredner der Gegner sich leistete, richtig zu stellen. Nunmehr verlangten dieselben für ihren dritten Redner das Wort, und sie verhinderten durch fortgesetztes Kärm Publiz am Weiterreden. Unter wüstem Geschimpfe und Gejohle zogen die Radaumacher schließlich ab. Mit einem Appell an die Wähler, am 18. März die Liste 2 des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen zu wählen, wurde die Versammlung geschlossen.

Steglitz.

Ein tief bedauerliches Ereignis nennt das Leitorgan der Terrainspekulanten die Wahl von zwei Sozialdemokraten und die Wiederwahl eines Demokraten bei den Gemeindevorwahlen der dritten Klasse. Wir verstehen den tiefen Schmerz der Hausbesitzerpartei zu würdigen und können ihre Enttäuschung darüber nachfühlen, daß die Wähler auf dem Sumpfweg nicht hineingefallen sind, trotz Kellernwagen, Schleppautos und dummrediger Wahlsprüche, wie z. B. der folgenden: „Wir wählen keine Sozi-Genossen, sondern die Panner praktischer Erfahrung Hoyer und Wegeler“, oder eines anderen: „Arbeiter und Bürger, die über die Ziele der Sozialdemokratie aufgeklärt sind, wählen Hoyer und Wegeler.“ Wie geistig arm müssen doch diese „vereinigten“ Bürgerlichen sein, wenn sie selbst in Gemeinschaft nicht mehr Witz aufbringen können. Der Eindruck dieser Plakate auf die Wähler war denn auch dem aufgewandten Geist entsprechend: alles lachte über den Wöhhim und wählte Hoyer und Wegeler — nicht, sondern die Sozialdemokraten, so daß nunmehr die sozialdemokratische „Fraktion“ vier Mann zählt. Diese unseren Gegnern recht unangenehme Tatsache hat schon eine unerwartete Wirkung auf die Mehrheitsparteien ausgeübt — sie ist bereit, den Wahlrechtsraub des andertalbsachen Durchschnitts zu opfern, um der Sozialdemokratie diesen Agitationsstoff zu entziehen. Schreibt doch das Hausbesitzerorgan in einem „Nach den Wahlen“ betitelten Artikel u. a.: „Wenn jedoch die steuerliche Entwicklung von Steglitz das Wahlstatut überholt hat, dann könnte die Majoritätspartei sich vielleicht überlegen, ob es nicht angebracht sei, das ganze Wahlstatut aufzuheben.“ — Ja, ja, nur von wegen der steuerlichen Entwicklung! Sehr schön umschrieben! Unsere Wähler können sich zu diesem ersten Erfolg ihrer Stimmenabgabe gratulieren.

Wannsee.

Die Gemeindevorwahlen beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung abermals mit der Verlegung der Kreischauffee Wannsee-Reuhabelsberg. Die Gemeinde soll hierzu einen Kostenzuschuß von 10 000 M. tragen. Das wurde mit der Motivierung abgelehnt, daß Kahlhafenbrück durch die Verlegung von Verkehr abgeschlossen würde; man erklärte sich zur Leistung des Zuschusses nur dann bereit, wenn ein Projekt ausgearbeitet wird, in welchem Kahlhafenbrück besser abschneidet. Die Regierung verlangt die Ausarbeitung eines Kanalisationsprojektes für Wannsee. Das läßt sich vorläufig schlecht bewerkstelligen, weil der Bedarfsplan vorläufig noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Wenn letzterer vorliegt, soll mit der Ausarbeitung eines Projektes begonnen werden. Die Sache selbst scheint man sehr hinauschieben zu wollen; daraus ergibt sich ein für einen Ort wie Wannsee durchaus unwürdiger Zustand. Alsdann würde die Errichtung einer ländlichen Fortbildungsschule, d. h. für ungelernete Arbeiter, im Prinzip beschlossene. Es soll zunächst noch eine Kostenübersicht ausgearbeitet und darüber verhandelt werden, ob genügend Lehrkräfte vorhanden sind.

Friedrichsfelde.

In der geheimen Sitzung der Gemeindevorwahlen vom vorigen Freitag wurde auch über eine Gehaltszulage von je 1000 M. für den Bürgermeister und für den Beigeordneten verhandelt. Dem Beigeordneten Cafemann wurde sie bewilligt, dem Bürgermeister aber abgelehnt! Hoffentlich zieht letzterer nun daraus die Lehre, daß man als Leiter eines Gemeinwesens auf die Dauer die Mehrheit der Gemeindevorwahlen nicht in der Weise kräftigen darf, wie er es bisher getan.

Neuenhagen (Südbahn).

Nur gegen Einsparungen ist der Zutritt zu der heute, Dienstag abend, stattfindenden Versammlung der drei Grundbesitzervereine, in der über die Gemeindefinanz beraten werden soll, gestattet. Sie scheuen die Öffentlichkeit. Die sonst feindseligen Brüder haben sich jetzt vor der Wahl geeinigt und verteilen schon, des Sieges gewiß, die Mandate. Das Mandat der zweiten Abteilung beantragt der Vorsitzende des Niederhäger Grundbesitzervereins, während die beiden anderen Vereine je ein Mandat der dritten Abteilung unserer Partei abringen wollen. Damit dieser sein ausgeklügeltes Plan erfüllt, soll die äußerst ungünstige Ansehung der Wahlscheit durch den Gemeindevorsteher helfen. Mittags 12 Uhr beginnt die Wahlhandlung. Fast alle Wähler sind in Berlin beschäftigt und müssen teilweise einen ganzen, bestimmt aber einen halben Tag versäumen. Der in dieser schlechten wirtschaftlichen Konjunktur doppelt schwer empfindliche Verlust des Arbeitsverdienstes soll das Wahlergebnis ungünstig beeinflussen. Das zu verhindern, ist unsere Pflicht. Parteigenossen! Agitiert für guten Besuch des morgigen (Mittwoch) Abends. Bringt jeder mindestens einen unorganisierten Freund mit, dann muß der Erfolg am Tage der Wahl unser sein. Die Wahl der zweiten Abteilung findet am Freitag, den 13. März d. J., im Fagersternschen Saal, Dorfstraße, statt. Es wird in zwei Wahlgängen gewählt, und zwar von 12 bis 3 Uhr Ergänzungswahl, Kandidat Genosse Otto Göller, und von 3 bis 6 Uhr Erstwahl, Kandidat Genosse Gustav Lubatich. Zur Bildung des Wahlbureaus muß jeder Parteigenosse pünktlich 12 Uhr zur Stelle sein.

Tempelhof-Mariendorf-Mariensfelde.

Die Vertrauensleute aller Betriebe und Werkstätten sowie sämtliche Gewerkschaftskommissionsmitglieder obiger Orte werden ersucht, heute Dienstag, den 10. März, abends 6 1/2 Uhr, im Wilhelmshagen in Tempelhof, Berliner Straße, zu einer sehr wichtigen Besprechung zu erscheinen. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder wollen die in Frage kommenden Funktionen auf die Sitzung aufmerksam machen.

Lübars-Waldmannslust.

Einen besonderen Reiz bot in der letzten Sitzung die Besprechung einer Vorlage, die auf Wunsch eines Grundeigentümers, der auch Gemeindevertreter ist, der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen wurde. Es sollte eine Verbindungsstraße zwischen der Kurhaus- und Hubertusstraße in einer Breite von 11 Metern über das französische Grundstück hergestellt werden, um eine bessere Ausnutzungsmöglichkeit des betreffenden Grundstücks herbeizuführen. Das Straßengelände hierzu sollte eventuell unentgeltlich hergegeben werden, jedoch müßte das an der Hubertusstraße belegene schillerische Grundstück, das zur Durchführung der Straße gebraucht wird, von der Gemeinde zum Preise von 8000 M. angekauft werden. Die Herstellungskosten der Straße, die auf rund 23000 M. berechnet sind, wollen die Interessenten nicht übernehmen. Unsere Genossen erklärten, daß ein öffentliches Interesse zur Durchführung dieser Straße weder jetzt noch in Zukunft für vorliegend erachtet werden könne, es komme lediglich das Privatinteresse der Grundeigentümer hierbei in Frage; so lange sich dieselben weigern, hierfür die Kosten zu übernehmen, läge für die Gemeindevertretung keine Veranlassung vor, in die Beratung dieser Vorlage einzutreten. Auf diesen Standpunkt stellten sich auch die übrigen Redner und nachdem noch Genosse Lischer gegen die Ausgaben protestiert hatte, die für Vorarbeiten (Vermessungen) dieser Vorlage gemacht worden sind, ohne die Gemeindevertretung vorher zu informieren, wurde dieselbe abgelehnt.

Ueber die Bildung eines Zweckverbandes der Gemeinden Lübars, Dersdorf und Frohnau für den Bau eines Realschulhauses in Dersdorf fand eine lebhafteste Aussprache statt, die aber zu keinem Beschluß führte. Es war im allgemeinen hierfür keine Stimmung vorhanden, jedoch soll zur Information mit Dersdorf weiter verhandelt werden. Genosse Lischer trat hierbei in längeren Ausführungen für die Einheitschule ein.

Dann wurde der Verlängerung des Vertrages mit dem Konstitutionsbauleiter bis zum 30. September zugestimmt. Unsere Genossen stimmten dagegen, da sie der Meinung waren, daß die Arbeiten bis zum 1. April fertig gestellt sein könnten, wenn die Arbeitslohn mehr berücksichtigt worden wären.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Nichtenberg. Donnerstag, den 12. d. Mis., abends 7 Uhr, im Rathaus, Wäldenborfstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizumohnen.

Versammlungen.

Die Gruppe der Kinosoperatoren im Deutschen Metallarbeiter-Verband hielt in der Nacht von Sonnabend und Sonntag ihre Jahresversammlung ab; Wehner erstattete den Jahresbericht. Die Lage der Kinos und somit auch die der Operatoren hat sich verschlechtert, teils durch die wirtschaftliche Not, teils auch durch die strengen Polizeimahregeln. Der Kampf um den freien Weisnachtsheiligabend war von Erfolg gekrönt. Der Arbeitsnachweis soll ausgebaut und die Vermittlung von Arbeitskräften durch vorzunehmende Neuerungen gehoben werden. In der Diskussion warf Kanaak die Frage auf, ob es nicht ratsam sei, die Theaterbeleuchtung der Gruppe der Operatoren zuzuführen, wobei er die Bedenken nicht verschwiegen, die einem solchen Verhältnis entgegenständen. Die Frage sei jedenfalls zu prüfen.

Ein Redner vertrat die Ansicht, daß die gesamte organisierte

Metallarbeiterchaft mehr als bisher zur Unterstützung in erzieherischer Hinsicht herangezogen werden müsse. Am wirksamsten allerdings sei immer die Agitation, die von der Gruppe selbst ausgeht.

Gewählt wurde Wehner als Obmann, Schattan als Schriftführer, Schreiber als Kassierer und Elschner und Rahowski als Kommissionsmitglieder. Als Revisoren fungieren Brödnner und Lehmler.

Aus aller Welt.

Du bist ein Teil von jener Kraft...

Dank Dir, Traugott v. Jagow, den ein gütiges Geschick und landesväterliche Gnade zum Polizeipräsidenten von Berlin gesetzt hat. Wenn irgend einer unserer Aktionen größere Stohkraft gegeben werden soll, auf die unfreiwillige Mitarbeit des obersten Gewalthabers vom Alexanderplatz ist so sicher zu rechnen, daß manche von uns ihn als einen Faktor des glücklichen Gelingens der Aktion im voraus einsehen. Wie bei den ersten Demonstrationen, wo die Warnung an die Reugierigen das Gegenteil erzielte — erzielen mußte, Herr Polizeipräsident — bis zur roten Woche eine ununterbrochene Kette von Erfolgen, die nicht zum letzten zu danken sind der unfreiwilligen Hilfe des Herrn Traugott v. Jagow. Noch wissen wir nicht zahlenmäßig die Erfolge der roten Woche, eines aber wissen wir: wenn die Parteiarbeiten in der roten Woche hier und da unter Mangel an Arbeitskräften gelitten hätten, die Befürchtung ist jetzt grundlos. Herr v. Jagow hat mit seinen famosen Plakatverboten dafür gesorgt, daß unsere Genossen sich das Wort „Immer feste druff!“ zu eigen machen. Es ist eine alte Erfahrung: Je kräftiger und rücksichtsloser der Hammer auf das taugelohende Eisen niederfällt, um so inniger und fester werden die einzelnen Teile zusammengeschmiedet. Und wie dort, so auch hier: Je schneidiger Herr v. Jagow seine Attacken gegen uns reitet, um so enger schließen sich die Reihen. Wenn nach Jahren den kommenden Geschlechtern in Buchform die Kämpfe der Berliner Genossen der Jetztzeit vor Augen geführt werden, in der Liste der Förderer der Parteibewegung wird nicht an letzter Stelle stehen der unfreiwillige Propagandist Herr v. Jagow.

Und darum Dank Dir, Traugott v. Jagow, den ein gütiges Geschick und landesväterliche Gnade zum Polizeipräsidenten von Berlin setzte.

Klerikaler Fanatismus.

Ein seit unglücklicher Fall klerikalen Hasses wird aus Belgien gemeldet. In der Mädchenschule zu Schaerbeek bei Brüssel fiel während des Unterrichtes ein sonst ganz gut gekleidetes Kind in eine tiefe Ohnmacht. Den sorgfältigen Bemühungen der Lehrerinnen gelang es, das Kind wieder zum Bewußtsein zu bringen. Das Mädchen gestand nun den Lehrerinnen, daß es und seine kleine Schwester zu Hause schon zwei Tage nichts mehr zu essen erhalten hätten. Wie die daraufhin angestellten Ermittlungen ergaben, ist der Vater des Mädchens ein Angehelliger, der jedoch sein einigen Monaten ohne Arbeit ist. Der Großvater der Kinder ist ein reicher flämischer Industrieller. Der Sohn hat gegen den Willen seines Vaters die Tochter eines freigebigen Mannes geheiratet. Der Vater verließ ihn daher. In seiner Not wandte sich der Sohn nun an den Vater um eine Unterstützung für seine Kinder. Auf den Rat zweier Geistlicher und einer zur Familie gehörenden Kloster Schwester erklärte sich der Großvater, der ein eifriger Kleriker ist, bereit, die Kinder zu unterstützen; jedoch nur unter der Bedingung, daß die beiden Mädchen in eine Klosterschule gebracht würden, und daß sich die Eltern verpflichteten, ihre Kinder vor dem einundzwanzigsten Lebensjahre nicht mehr zu sehen. Auf diese gemeine Bedingung ging der Sohn nicht ein. Sein klerikaler Vater brachte ihn hierauf außer Arbeit und als der Sohn wieder andere Beschäftigung als Handlungsgehilfe erhielt, gelang es dem Einfluß des Vaters, ihn diese Beschäftigung wieder, und zwar in drei Fällen, zu entziehen. Der Sohn geriet nunmehr mit seiner Familie in größte Not. Seine Kinder brechen vor Hunger in der Schule zusammen — das ist katholische Nächstenliebe, klerikale Liebe gegen das eigene Fleisch und Blut.

Familien drama in Breslau.

Eine furchtbare Ueberraschung wurde am Montag nachmittags in Breslau der Frau des Hausverwalters Fleming zuteil, als sie von einem Ausgange nach Hause zurückkehrte. In der Wohnung fand sie ihren Mann, ihren 17jährigen Sohn und ihre beiden Töchter von 15 und 18 Jahren tot vor. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Wie die Untersuchung ergab, liegt Vergiftung vor, die vermutlich auf ein Pflanzengift, das sich der in einer Drogerie beschäftigte Sohn zu verschaffen gewußt hat, zurückzuführen ist. Die Ursache der un-

seligen Tat, bei der es sich um Mord und Selbstmord handelt, soll in Familiengewissigkeiten liegen.

Großfeuer in einem amerikanischen Klubhause.

Eine furchtbare Brandkatastrophe hat sich Montag früh in St. Louis, der Hauptstadt des Staates Missouri, zugetragen. In dem achtstöckigen Klubhause des Missouri Athletic Club kam in den frühen Morgenstunden, als ein großer Teil der etwa 200 Bewohner des Hauses noch schlief, Feuer aus. Bei Anbruch der Feuerwehre hatte der Brand bereits soweit um sich gefressen, daß Männer und Frauen, denen der Rettungsweg versperrt war, aus allen Stockwerken auf die Straße sprangen, wo sie zumeist schwer verletzt liegen blieben. Etwa 20 Personen konnten sich durch Plücht über ein niedriges Dach in Sicherheit bringen. Zahlreiche Personen wurden durch die Wehleute gerettet. Wahrscheinlich ist die Zahl der Toten sehr groß, da man bisher nur sieben Personen tot aufgefunden hat und 60 bis 70 vermißt werden. Etwa 50 Personen erlitten durch Brandwunden oder durch Sprung aus dem Fenster schwere Verletzungen. Das Gebäude des Clubs bildet nur noch einen Trümmerhaufen. Der Sachschaden wird auf 1 Million Dollar geschätzt.

Kleine Notizen.

Arbeiterrißts. In einer Dampfzigelei in Rudelshatz in Schlesien wurde der Arbeiter Heinrich Ronge von abstürzenden Erdmassen verschüttet. Er konnte nur als Leiche geborgen werden. — Auf dem Mariensfelde in Königshütte fiel dem Grubenarbeiter Polotzer ein Kohlenblock, der sich aus dem hängenden Gestein löste, auf den Kopf und tötete ihn.

Tödtlicher Absturz. Am Montag nachmittag ist auf dem Flugfelde Aspern bei Wien Oberleutnant Eisner mit einem Unteroffizierflugschüler abgestürzt. Beide sind tot.

Apachenüberfall auf ein Kloster. In Doulogne sur Seine drang eine Bande von fünfzehn Zuhältern in ein Kloster ein, in dem sich eine Besserungsanstalt befindet. Die Zuhälter zertrümmerten die Fenster und die Glastüren durch Revolvergeschüsse, bedrohten die Nonnen und entführten schließlich mehrere der in der Obhut des Klosters befindlichen Mädchen. Der Polizei gelang es, sieben Mitglieder der Bande festzunehmen. Die Verhaftung der anderen steht unmittelbar bevor.

Eingegangene Druckschriften.

- Jugendkreise. Humoristische Anekdoten. Von G. Dredow. 217 S. Kienig-Berlag, Leipzig.
- Taschenbuch für Wertmeister. Von G. J. Dantschewer. 272 S. D. Lemmer, Leipzig.
- Die Volkswirtschaft und ihre Hilfswissenschaften. Studie von R. Zellig. 11 S. Für Interessenten kostenlos. Brandy, Stuttgart.

Marktbrief von Berlin am 7. März 1914, nach Ermittlungen des tgl. Polizeipräsidenten. Weis (mitge), gute Sorte 00,00—00,00, Donau 00,00—00,00. Rals (runder), gute Sorte 14,70—15,00. Rals (stark) 0,00, Neu 7,00—8,00.

Marktsachenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Erbsenbohnen, weiße 35,00—40,00. Linsen 40,00—50,00. Rartoffeln (Kleinbdl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Ralsfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,80—6,00. 1 Kilogramm Ruculen 1,20—2,40. Kalle 1,60—3,40. Jander 1,40—3,20. Geste 1,40—2,80. Barische 1,00—2,30. Schote 1,60—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Kresse 3,50—21,00.

Bebel-Porträt

Nach einem Gemälde von Tronnier-Hannover
Kunstvoll in fünf Farben ausgeführt
Preis 1.— Mark

Diese Bilder sind auch gerahmt zum Preise von
2.—, 2.75, 3.— und 3.25 Mark
vorrätig

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69

In der Einheit liegt die Macht!

Wehrlos wäre die Arbeiterklasse, gäbe ihr nicht die Zusammenfassung ihrer Kräfte Stärke und Macht. Darum ist es Pflicht jedes Arbeiters, sich seiner

politischen und gewerkschaftlichen Organisation

anzuschließen, um aktiv und mit aller Energie teilzunehmen an dem großen Befreiungskampfe seiner Klasse.

Tretet ein in die sozialdemokratischen Wahlvereine, werdet Abonnenten des „Vorwärts“.

Beitrittserklärungen zu den Wahlvereinen werden entgegengenommen im Berliner Verbandsbureau, Berlin SW 68, Lindenstraße 2 I.

Bestellungen auf den „Vorwärts“ nehmen die Hauptexpedition, Berlin SW 68, Lindenstraße 69, sowie alle Filialexpeditionen entgegen.

Otto Plehl
Berlin N.

Kompl. Küche von 48-180 M.
Wohnzimmer von 190 M. an
Eig. Schlafzimm. von 295 M. an

Wohnungs-Einrichtung abends von **230 M. an**

Speisezimmer von 320 M. an
Garituren 100-350 Mark
Umbausola von 52 Mark an

Otto Plehl Möbel-Magazin
Brunnenstrasse 120

Teilzahl. jedem kein Kredithaus
Teilzahl. ohne Preisausschlag
Brautkanten Vorzugsloften

5%
Eckzettel auf kompl. Zimmer bis zum 30. April

Die Steuer-Einschätzungen

gehen allen Steuerpflichtigen im März zu. Da ist es dringende Pflicht, sich mit den gesetzlichen Bestimmungen, wie Kinderprivileg usw., vertraut zu machen. Als guten und billigen Ratgeber empfehlen wir:

Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz
vom Arbeitersekretär **Rudolf Wissell**
Preis 30 Pfennig

Mit 19 Formularen für Eingaben, Reklamationen usw., sowie einem umfangreichen Sachregister.
Zu beziehen durch die **Buchhandlung Vorwärts**
Lindenstr. 69.

Möbel auf Kredit

Sie erhalten bei uns:

Stube und Küche und zwar: von **15 M.** Anzahlung an
2 Stuben und Küche und zwar: von **35 M.** Anzahlung an

Wochenrate **1.50 M.** an
Wochenrate **2-5 M.** an

Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer in jeder gewünschten Art von 40 Mark Anzahlung an.
Lieferung auch nach außerhalb

Gebr. Lieber
Alexanderstraße 16 I, vis-à-vis der Holzmarktstraße
direkt am Bahnhof Jannowitzbrücke.
Bitten genau auf blaue Riesenschilder zu achten.
Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.
Ausgeschlossen! Mithringen! Wert 5 Mark!

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anwendung frei ohne Rezept die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. ort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Coniferextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (SW 61): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg

Theater.

Dienstag, den 10. März 1914.
Anfang 8 Uhr.

Das Valerius am Zoo. Variété-Spiel.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Ein Rollendorf-Theater. Variété-Spiel.
Anfang 7 Uhr.

Rgl. Schauspielhaus. Peer Gynt.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Ein Nestenbau. Deutsch. Romeo und Julia. Befäng. Peer Gynt. Zirkus Busch. Galavorstellung. Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Dr. P. Joserich: Hoffen und Verbrechen. Deutsch. Opernhaus. Randrogala. Kammermusik. Der Enob. Deutsches Künstler-Theater. Casar.

Trianon. Er und der Andere. Komödienhaus. Kammermusik. Theater an der Weidenbammer Brücke. Bilanz. Reformdanz. Theater am Rollendorfplatz. Pringsh Gretl.

Königsgräber Straße. Die Trennwälder.

Schiller-Theater. Die spanische Flegel. Schiller O. Beh' dem, der lügt. Schiller Charlottenburg. Das Glück im Winkel.

Theater des Westens. Polenblut. Dionis Operette. Jung-England. Verituz. Wie ein in Rot. Kleines. Reichen Gebert. Thalia. Die Langoprinzessin. Residenz. Der Regimentspapa. Friedrich. Wilhelmstädtisches. Fräulein Trullala.

Metropol-Theater. Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Polenblut.**
Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr: Gräfin Fifi.
Theater a. d. Weidendammerbrücke
Sollspiel Adora Villany.

Friedr.-Wilhelmst. Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Trullala.
Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.

Residenz-Theater.
8 Uhr: **Der Regimentspapa.**

Deutsches Künstlertheater
Sozialtät.
Nüraberg Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Dienstag, 8 Uhr: **Casar.**
Mittwoch, 8 Uhr:
Das Phantom.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Die Maschinbauer
von Berlin.
Gefte mit Gesang u. Tanz in 3 Akten
v. W. Beltracch. Musik v. W. Lang.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Im weichen Stuhl.

Metropol-Theater.
Abends präzis 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

WINTERGARTEN
Idette Mado Minty
Brénonval. in ihrer Saene
„Die Spinne“

Piccolo Comp.
Amann | Paul Jolich
Mimiker u. seine Rekruten
sowie eine Auswahl
hervorragender Kunstkräfte!
— Rauchen gestattet! —

Freie Volksbühne

Abend-Vorstellungen im Neuen Volks-Theater:

Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr: Frau Warrens Gewerbe
Mittwoch, „ „ „ Frau Warrens Gewerbe
Donnerstag, „ „ „ Frau Warrens Gewerbe
Freitag, „ „ „ Frau Warrens Gewerbe
Sonnabend, „ „ „ Frau Warrens Gewerbe

Gastkarten a 1,10 Mark
sind für Mitglieder im Theater beim Obmann zu haben.
Nichtmitglieder zahlen 25 Pf. Zuschlag.

Extra-Vorstellungen:

Lessing-Theater: 12. April, nachmittags 3 Uhr: Professor Bernhardt.
Herrfeld-Theater: 13. April, nachmittags 3 Uhr: Hinterr Zaun.

III. Chor-Konzert

Kartreitag, den 10. April, 7. Uhr, in der Neuen Welt.
Matthäus - Passion von Johann Sebastian Bach
Berliner Volkschor, Blüthner-Orchester
Soli, Orgel, Kinderchor. Dir. Dr. Ernst Zander.
Einkaufskarten a 75 Pf. sind in allen Zahlstellen (an der Abendkasse 1 M.) erhältlich.

Einführungs-Vortrag

Sonntag, den 29. März, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal).
Vortrag: Herr Dr. Heuß (Leipzig).
Eintrittspreis pro Person 10 Pf. 244/4

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 22 — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester Dirigent: **Franz v. Blon.**
Musikkorps des Kaiser-Franz-Garde-Regts. Dirig. Oberm. Becker.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Dr. P. Joserich:
Wissenschaft und Verbrechen.
Theater am Nollendorfplatz 5.
8 Uhr: Prinzeß Gretl.
Sonnt. um 3 Uhr: Die schöne Helena.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Dienstag, den 10. März, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
Neu! The Arrigonia Neu!
Ein Potpourri in den Lüften
Zum Schluss: Mit Lolow Sprung
von der Zirkuskuppel in die Hände
ihres Partners.
Original Little Freds
Akrobat u. kunstreich. Hunde.
Neue Sportspiele
erfunden v. Dir. Alb. Schumann,
geritten von 8 Herren,
und 2. übrigen März-Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
d. große Ausstattungsdick I. 7000.
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.

Auflösung

des
Zirkus Busch.
am 31. März.
Gente Dienstag, den 10. März, abends 7 1/2 Uhr:
Große Galavorstellung.
Il. a. Mad. Garniers Sprung mit dem Fahrrad aus der Zirkuskuppel sowie Künsten der gefam. groß. Attraktionen. Zum Schluß:
„Pompeji“.
Orig. Ausstattungs-Pantomime.

Folies Caprice.
8 1/4 { Café Pingsheim
Der Heiratsrat
Meyersteins

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Unsere süßen
Dienstmädcl.
Süßeste n. Mayel
Anfang 8 Uhr.
Nächst Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Der Nachtwächter v. Zerpenschleuse

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Andreas Hofer.

Schiller-Theater
Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Haschnebauer.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.

Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Die Trennwälder.

Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermusik“.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 80. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
Lachen ohne Pause!
Rauchen gestattet!

Passage-Panoptikum.
Der englische
Riese
Teddy Bobs
Der größte Mensch,
der je gelebt!
160 mm größer als
Machnow
19 Jahre alt.
Ohne Extra-Entree!

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.

Letzte Woche!

Heute Dienstag, den 10. März 1914:
Elite-Tag! Bockbier-Fest!
und:
Nochmals Prämierung des elegantesten
Tango-Tänzer-Paares.

3 bare Geldpreise 50,-, 30,-, 20,- Mark.
Anmeldungen bis 1/10 Uhr abends an der zweiten Kasse.
Die Konkurrenz wird ausgetragen unter Leitung d. Ballott-
meisters H. Biegel.
Die schon einmal Prämiierten scheiden aus.
30 bayerische Madl. 6 Kapellen.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Voranzeige: Morgen Mittwoch, 11. März 1914:
Große Herren-Schönheits-Konkurrenz.
3 bare Geldpreise: 50, 30, 30 M.

Volgt-Theater
Gadstraße 38.
Morgen Mittwoch, den 11. März 1914:
Das Leben und Lieben einer Sourette.
Kom. m. Ges. 1. 3 Akte. v. Sati Daffner.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Freitag, 13. März: Benefiz f. F. Rühle:
Philippine Welsch.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr
Ein neues Berliner Volksstück:
Die alle Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
Im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sonnt. 4 Uhr: **Mädchenehre.**

Berlin-Pankow
Berliner Str., Ecke Bismarckstr.
Haltestelle der elektrischen Straßenbahn.
— Nur kurze Zeit —

Zirkus BARUM-Schau.

Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Das grandiose Programm!
mit 22 Attraktionen
Morgen Mittwoch, 11. März:
brillante
Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr,
abends 8 1/2 Uhr.
In der Nachmittags-Vorstellung ein ungekürztes
Abend-Programm zu
klein. Preis f. Erwachsene
u. Kinder unter 12 Jahr.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.
Sonntag 3 Uhr: Die Liebe wacht.

Berliner
Humor-Quartett
W. Wutzky Odeberger Str. 36

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. Wallhalla-Theater.
8 1/2 Uhr: Unser Junge. Täglich 8 1/2 Uhr: Tangoheber.
Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Bildern. Or. Gefte m. Ges. u. Tanz in 3 Akten
von E. Urban. Musik v. Hugo Dirck.

MOBEL MESSE

28. FEBR. - 17. MÄRZ 1914. AM ZOO. (ENTRETT FREI 10-5 UHR)
THCHLER-INNING ZU BERLIN

Brauerei Friedrichshain
Mittwoch, den 11. März 1914, abends 8 Uhr:
Extra-Konzert des
Blüthner-Orchesters
60 Künstler. Dirigent: Eugen Sauerborn.
Solisten: Klaviervirtuosin Käthe Heinemann
und namhafte Gesangs-Solisten.

Die Kuanda-Bahn.

IV. Die Kulturbedeutung der Kuanda-Bahn.

Für das Handelskapital bedeutet also, wie wir sehen, die Erschließung des Nordwestgebietes Deutsch-Ostafrikas durch die geplante Bahn eine günstige Kapitalanlage, für die Eingeborenen aber eine relativ hohe Steuerbelastung, Zwang zur Plantagenarbeit, syphilitische Verseuchung und, falls die Bevölkerung sich gegen solche Kulturwohltaten auflehnen sollte, blauer Völkerei.

Aber dafür, so liest man, wird ja doch die unterdrückte untere Schicht der Herrschaft der hamitischen Oberherren, oder, wie es in einigen Blättern heißt, die bisherige „Barbarei“ und „Sklaverei“ los. Betrachten wir deshalb die Abhängigkeitsverhältnisse in jenen Gegenden etwas näher. Die Regierungsdenkschrift über den Bahnbau scheint, obgleich ihre Angaben nicht direkt unrichtig, sondern nur unvollständig sind, ganz irrtümliche Vorstellungen über die Hörigkeit der Bahutu erweckt zu haben.

Wahrscheinlich sind die Batwa, ein Zwergvolk, von dem heute nur noch verstreute Reste existieren, die Urbewohner jener Bergländer. Schon sehr früh (wann, läßt sich natürlich nicht sagen) muß jedoch die Vantuvölkerschaft der Bahutu in das Zwischenengebiet eingedrungen sein und nach und nach das ganze Land erobert haben. Wie die meisten Vantuvölker trieben auch die Bahutu neben ihrem Landbau in möglichem Umfange Viehzucht. Später (vor mehreren Jahrhunderten) sind dann vom Norden aus wieder andere Eroberer, das eine ganze Reihe verschiedener Stämme umfassende hamitische Hirtenvolk der Watuffi in Kuanda und den nördlichen Karagwe-distrikt eingedrungen und haben nach längeren Kämpfen sich weiter und weiter nach Süden vorgeschoben. Die einzelnen Stämme nahmen bestimmte eroberte Gebiete in Besitz oder richtiger die Stammeshäuptlinge (die späteren Sultane) legten darauf als Vertreter ihrer siegreichen Stämme Vorschlag und teilten dann an die größeren Unterherrschaften bestimmte Landgebiete aus, aber nicht als freies Eigentum, sondern als erbliches Lehen; denn bei den Watuffi besitzt das Stammeshaupt als Vertreter der Gesamtheit seines Stammes das Obereigentumsrecht über alles Land und Vieh. Die unterworfenen Bevölkerung der Bahutu blieb zwar durchweg in Besitz ihrer Dörfer und ihrer angebauten Felder; aber sie mußte die Watuffi als Oberherren anerkennen, ihnen in manchen Gegenden zu bestimmten Zeiten Abgaben in Gestalt landwirtschaftlicher Produkte leisten, sowie außerdem auf Requisition gewisse Fronarbeiten verrichten, z. B. mußten die Bahutu bei Kriegszügen als Träger und Trostknaben fungieren, bei den zeitweiligen großen Viehzusammenreibungen Treiberdienste leisten usw. Auch wurden ihnen die großen Vergeweißen abgenommen und vom Stammeshaupt größtenteils den unteren Watuffihäuptlingen als Weideplätze für ihre Viehherden zugewiesen.

Von diesem erhaltenen Lebensbesitz teilten dann wieder die Unterherrschaften den kleineren Geschlechthäuptlingen und Familienhäuptern Äster- oder Unterlehen zu; doch befam nicht jeder dieser kleineren Familienhäuptlinge zugleich die Herrschaft über einige Bahutugebiete — dadurch wäre das Land zu sehr zerstückelt worden —, sondern manche erhielten als Ästerlehen nur eine bestimmte Anzahl Kinder und die zu deren Unterhaltung nötigen Weiden, also nur Vieh- und Weidelehen.

Demnach unterscheidet man heute in Kuanda (die Watuffi haben im Laufe der Zeit die Sprache der von ihnen besiegten Bahutu angenommen) auch genau zwischen „Batuale na butafala“, das heißt „Oberherren des Grundes“, Inhaber von Bodenlehen, und „Batuale na inka“, Oberherren der Kinder, Inhaber von Viehlehen, oft auch „Batuale na ulenga“, Weideherren, genannt.

Daneben gibt es noch eine dritte Art von Lehen, nämlich Kriegs- oder Gefolgschaftslehen. Wie die alten deutschen Stammeskönige, so hatten auch die Watuffi-Oberherrschaften schon zur Zeit der Eroberung keine Gefolgschaften von Waffenfähigen um sich gesammelt, die ihnen zu persönlicher Treue und zur kampfsiegerischen Verpflichtung waren. Diesen „Gefolgschaftsherren“ wurden als Belohnung für ihre Kriegsbienste ebenfalls Lehen zugewiesen sowie ferner auch allerlei Anrechte auf Abgaben und Fronleistungen der unterworfenen Bahutu eingeräumt, und zwar, soweit sich ersehen läßt, meist auf Lebenszeit. Dafür haben diese Leheninhaber nicht nur persönlich dem Kriegsaufgebot des Oberherrschaftlings zu folgen, sondern ihm auch eine bestimmte Anzahl von ihnen unterhaltener Kriegsknechte sowie ferner eine mehr oder minder große Schar ausgehobener Bahutu-Trostknechte und Bahutu-Träger zur Verfügung zu stellen. Diese dritte Art der Leheninhaber werden „Batuale na ingabbo“, d. h. „Gefolgschaftsherren“, genannt.

Zunächst gab es eine ganze Anzahl solcher voneinander unabhängiger Stammesreiche. In Kuanda haben aber nach und nach die Oberherrschaften (Sultane) des Rigali-Distrikts die übrigen Oberherrschaften unterworfen, so daß jetzt ein „König“ das ganze Kuandagebiet regiert, während in Urundi und im Batuba-Distrikt noch eine ganze Reihe von einander unabhängiger Sultamate vorhanden ist.

Die Bahutu stehen also in einem ausgeprägten Hörigkeitsverhältnis zu den an Zahl weit geringeren Watuffi (im ganzen dürften die Watuffi nur etwa 4 Proz. der Gesamtbevölkerung ausmachen), und dieses Hörigkeitsverhältnis hat sich in den einzelnen Landesteilen im Laufe der Zeit recht verschiedenartig entwickelt. In der einen Gegend sind die Abgaben und Frondienste recht mäßig, in der anderen ziemlich beträchtlich; hier sind bestimmte regelmäßige Leistungen Brauch geworden, dort wieder hat sich ein willkürliches Requisitionssystem herausgebildet.

Bisher hat sich die Kolonialregierung gehütet, in diese Lebensverhältnisse einzugreifen, um nicht sehr gefährliche Konflikte heraufzubekommen. Die deutschen Residenten haben sich wohlweislich darauf beschränkt, allzu groben Uebergriffen der Watuffi-Häuptlinge entgegenzuwirken. Und weiter soll auch künftig nichts geschehen. Nach den Ausführungen des Kolonialstaatssekretärs und des deutschen Residenten von Kuanda in der Budgetkommission des Reichstages gedenkt man auch ferner strenge Zurückhaltung zu beobachten und in die komplizierten Lebensverhältnisse der Ein-

geborenen nicht einzugreifen. Ist das aber richtig — dann kann auch nicht von einer Abschaffung der Hörigkeitsverhältnisse und der Barbarei die Rede sein, dann bleibt vorläufig alles, wie es ist (was in ferner Zukunft geschieht, kann natürlich niemand wissen) und der große verheißene Kulturfortschritt besteht allein darin, daß den Bahutu zu den bisherigen Fronleistungen nun auch noch die neue Last von 20 bis 30 Arbeitstagen zur Aufbringung der Kopfsteuer aufgebaut wird. Es ist sogar anzunehmen, daß die Watuffi nach Eröffnung der Kuanda-Bahn danach trachten werden, ihr Requisitions- und Fronrecht weiter auszudehnen, denn wenn bisher vielfach die Watuffi ziemlich milde verfahren, so erklärt sich das nicht daraus, daß sie außergewöhnlich gutmütige Kerle sind, sondern daraus, daß sie in dem bisherigen Zustand der naturwirtschaftlichen Eigenproduktion oft wenig Interesse an einer Steigerung der Lasten der Bahutu hatten; lassen sich diese Leistungen aber später in Geld umsetzen, dann erlangen sie für die Watuffi eine ganz andere Bedeutung.

Aber, höre ich sagen, wenn die Eingeborenen ihr überflüssiges Vieh verkaufen können, haben doch auch sie einen Vorteil! Ein schönes Beispiel dafür, wie immer wieder primitive Verhältnisse durch die Kulturbrille angesehen und nach kapitalistischen Analogien beurteilt werden. Wer hat denn in Kuanda und Urundi überflüssiges Vieh? Nur die Sultane und die großen Watuffi; nicht der einfache ackerbauende Bahutu. Der hat meist nur ein paar Ziegen und Schafe. Sollte er durch das Verlangen nach Geld oder durch den Zwang, die ihm auferlegte Kopfsteuer anzuschaffen, dazu getrieben werden, sein Kleinvieh zu verkaufen, wäre das für ihn das größte Unglück, schlimmer noch, als wenn einem deutschen Kleinbauern die letzte Kuh abgepfändert wird, denn der Bahutu ist auf seine Ziegen für seinen kleinen Haushalt durchaus angewiesen.

Vorteil von der weiteren Ausdehnung des Vieh- und Zellenhandels würden nur die reicheren Watuffi-Häuptlinge haben, aber auch sie nur persönlich, nicht das Land. Früher, als sich noch wenig Aussicht bot, Häute und Hörner durch den Handel abzusetzen, wurden meist nur ganz alte Küder und junge Bullenkälber geschlachtet, Kühe und Stuchälber äußerst selten. Seit sich aber der Handel über Buloba nach Britisch-Ostafrika entwickelt hat und die gestiegenen Hautpreise zum Verkauf locken, werden auch vielfach Kühe geschlachtet, und bereits melden auch die im Kuandagebiet als Missionare tätigen „Weißen Väter“, daß in einigen an der Karawanenstraße Rigali Buloba gelegenen Landesteilen der Viehstand bedenklich zurückgeht, während freilich andere Landesteile sogar vorläufig noch mit Vieh überstockt zu sein scheinen. Dieser Rückgang der Viehherden ist begreiflich, denn in der letzten Zeit sind allein über Buloba jährlich an 20 000 bis 22 000 Zentner Häute und Helle ausgeführt worden. (Wie die Staatsdenkschrift angibt, wurden 1911 allein in Rigali, dem Sitz des deutschen Residenten, an 44 000 Rinderhäute und 100 000 Ziegenfelle zum Versand nach Buloba gezählt.) Streigt dieser Ausfuhrhandel in ähnlicher Weise weiter und kommt dann nach der Vollendung der Kuanda-Bahn die deutsche Konkurrenz hinzu, so ist gar nicht ausgeschlossen, daß sich in einiger Zeit die deutsche Regierung gezwungen sieht, Gesetze zum Schutz der Erhaltung des einheimischen Viehbestandes zu erlassen, vorausgesetzt, daß nicht schon vorher durch Einschleppung der Rinderseuche die Viehherden (wie im Massaiengebiet) gründlich verwüstet worden sind.

Doch die Freunde der jetzigen Kolonialisenbahnpolitik wollen durchaus eine „Förderung der Kultur“ durch den Bahnbau herausfinden, und da sie wirkliche Kulturfortschritte nicht zu entdecken vermögen, konstruieren sie sich solche und erklären, schon darin läge eine Kulturförderung, daß künftig die Warentransporte nicht mehr durch Trägerkolonnen, sondern auf dem Schienenweg erfolgen würden. Dadurch blieben wenigstens die Eingeborenen vom Lastenschleppen verschont.

So heißt es z. B. in einem P. L. gezeichneten Artikel der „Frankfurter Volksstimme“ (Nr. 55):

„Wir stimmen ihnen (den Bahnbauten) unter gewissen Voraussetzungen zu, nicht wegen der kapitalistischen Absichten, die ihnen zugrunde liegen, sondern wegen der objektiven Konsequenzen, die sich aus ihnen unentrinnbar ergeben. Die jetzt beendete Tanganjika-Bahn in Ostafrika beispielsweise ist gebaut worden um kapitalistischer Interessen willen, nicht aus Rücksicht auf die Schwarzen. Die Konsequenz der Bahn aber ist, daß die endlosen Karawanenzüge aufgehört haben, die bisher in einer Länge von 1200 Kilometern das Land durchzogen und in denen die Lasten auf Regiertraten — pro Kopf eine Last von 30 Kilogramm — transportiert wurden. Gegen 90 000 Regiertraten trafen jährlich den March von der Ozeanküste zum See und umgekehrt an. Daß dieser Barbarei Tausende und Abertausende von Regiern zum Opfer fielen, kümmerte das Kapital nicht. Aber es ging zu langsam, die Speisen waren zu hoch, deshalb baute man die Bahn und befreite so, ohne es groß zu wollen, Ostafrika wenigstens für das Gebiet der Bahn von einer der entsetzlichen Landplagen.“

Zweifellos auf dem alten Karawanenweg Udjidji-Labora-Daresalam haben die Trägerzüge aufgehört, aber dafür nehmen, wie P. L. übersehen, die Trägerzüge auf den Zubringerstraßen nach den Handelsstationen der Bahn zu. Schon jetzt tritt auf den östlichen Bahnstrecken diese Erscheinung deutlich hervor, besonders beginnen sich die Stationen Labora und Kilimatinde immer mehr zu großen Stapelplätzen zu entwickeln, denen durch Trägerkolonnen von Nord und Süd Waren zugeführt werden. Wird erst auf der ganzen Eisenbahnlinie der volle Betrieb eröffnet, dann wird sich diese Erscheinung auf der westlichen Bahnstrecke noch in weit verstärktem Maße zeigen; ja die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft rechnet sogar ganz bestimmt darauf, daß der Bahn von Labora nach Rigoma nicht nur Bahnfrachten aus den südlichen und nördlich gelegenen Landschaften, sondern auch vom Nordende des Massaiengebietes und dem Kongostaat zugeführt werden.

Nach einigen Jahren wird sich herausstellen, daß zwar auf der Linie Udjidji-Labora-Daresalam keine Lasten mehr geschleppt werden, wohl aber dafür in um so stärkerem Maße auf den Zubringerstraßen, ganz abgesehen davon, daß die Bahn die Anwerbung von Plantagenarbeitern dadurch ganz wesentlich erleichtert hat, daß sie für die Transporte von angeworbenen Arbeitern billige Ausnahmefahrtspreise eingeführt hat. Und noch viel mehr gilt das von der geplanten Kuanda-

Bahn, die, wie schon erwähnt wurde, weder den Viktoriassee berührt, noch durch das Innere von Urundi und Kuanda führt. Soll sie aus den viehreichen Gegenden dieser Landschaften und vom westlichen Seeufer Frachten aufnehmen, müssen ihr diese auf größtenteils 20 bis 30 Meilen langen Karawanenwegen zugeführt werden. Sobald die Kuanda-Bahn fertiggestellt ist, wird sich deshalb bald eine Zunahme, nicht eine Abnahme der Trägerdienste ergeben, oder aber es müssen sofort verschiedene Anschlußbahnen erbaut werden.

Von anderer Seite hört man: Aber die Kuanda-Bahn fördert doch unzweifelhaft den Verkehr und jede Verkehrsförderung ist ein Kulturfortschritt. Davon ist nur der Vorderfuß richtig; keineswegs aber ist jede Verkehrsförderung an sich ohne weiteres auch schon ein Kulturfortschritt, ohne Rücksicht darauf, ob der Waren- oder Personenverkehr gefördert wird, ob die Bahn wesentlich der Ein- oder Ausfuhr, der Zu- oder Abwanderung dient, ob sie zur Hebung oder Verelendung und Verflämung der anwohnenden Bevölkerung dient. Die Bahn ist zunächst nur ein Verkehrsmittel, und inwiefern sie als „Kulturförderer“ zu betrachten ist, hängt von ihren Wirkungen ab. Welcher Art diese Wirkungen aber bei der ostafrikanischen Mittelbahn sind, und welcher Art sie bei der Kuanda-Anschlußbahn sein werden, haben wir gesehen. Und daselbe gilt, je nach den besonderen Umständen in größerem oder geringerem Maße, von allen tropischen Ausbeutungskolonien; der Bahnbau führt nicht zur kulturellen Hebung der eingeborenen Völkerschaften, sondern zur ihrer Verelendung und Herabdrückung.

Dafür ein weiteres Beispiel. In Kamerun wird seit einigen Jahren eine Eisenbahn von Duala über Edea nach Widimenge am Njongsfluß gebaut, von der jedoch erst ungefähr die Hälfte im Betrieb ist. Die bisherige Wirkung dieses kulturfördernden Bahnbaues, der durch die fruchtbarsten Gegenden Kameruns führt, auf die anliegenden Stämme schildert folgende Stelle einer Ansprache, die Kolonialstaatssekretär Dr. Solf im vorigen Jahre bei seinem Besuch Kameruns an die Vertreter der Handelskammer von Süd-Kamerun gehalten hat:

„Das, was ich auf meiner kurzen Reise hier gesehen habe, zwingt mich zu der feilen Ueberzeugung, daß für die Eingeborenen in dieser Weise erheblich mehr gefordert werden muß als bisher. Es ist ein trauriger Zustand, zu sehen, wie die Dörfer von Männern entvölkert werden, wie auch Weiber und Kinder Lasten tragen, wie das ganze Leben eines Volkes sich auf der Straße abspielt! Das, was ich in Yaunde und Eholowa auf der Landstraße gesehen habe, hat mich auf das tiefste bekümmert. Das Familienleben geht zugrunde, Eltern, Gatten und Kinder sind getrennt. Es werden keine Kinder mehr geboren, da die Frauen die größte Zeit des Jahres von ihren Männern getrennt sind. Das sind Mißstände und Schwierigkeiten, die aufhören müssen.“

„Brächtige Kulturerfolge“! Oder soll der Kulturfortschritt vielleicht schon darin gefunden werden, daß durch den Bahnbau dem Kapital (oft allein dem Handelskapital) in den neuererschlossenen Gebieten die Möglichkeit zur Erzielung höherer Profite geboten wird?

Nur scheint, daß manche Genossen, ohne es selbst zu wissen, allzusehr unter dem Einfluß der kapitalistischen Kulturanschauung stehen. Wie den heutigen Kapitalisten ganz naturgemäß im heutigen kapitalistischen System jede Arbeit als nützlich und produktiv gilt, die Mehrwert erzeugt und demnach Profit abwirft, ganz gleich, wie sonst ihre Wirkung auf das Gesellschaftsleben sein mag, so gilt ihnen auch jede Produktions- und Rentabilitätssteigerung als Kulturfortschritt, mag dieser Fortschritt auch durch die Verelendung großer Bevölkerungsschichten, durch die Zerstörung alter tausendjähriger Kunstfertigkeiten und Kunstformen oder herrlicher Naturwunder erkauft sein — und mag ferner dieser Fortschritt auch die Degradierung großer Volksteile zur Maschine oder zum bloßen Maschinenanhangsel zur Folge haben. Der Profit über alles! Aber kann dieses kapitalistische Kulturideal, das den Menschen zur Zeit des Kristoteles und des Beginn der Renaissance als höchste Unkultur erschienen wäre, zugleich als sozialistischer Kulturmaßstab gelten, den wir bei der Beurteilung gesellschaftlicher Zustände anzuwenden haben? Umfißt unser Kulturbegriff denn nicht auch die Erhaltung und Stärkung der Volkskraft, die Förderung des Volkswohls, die Ausbildung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Menschen?

Nebenbei bemerkt, dient die Kuanda-Bahn nicht einmal solcher Produktionssteigerung, denn sie soll dem Eingeborenen keine neue Anbaumethode, keine Verbesserung der Viehzucht, keine höheren Wirtschaftformen usw. vermitteln, sondern nach dem eigenen Bekenntnis der Regierungsdenkschrift im wesentlichen nur den Handelsprofit mehren helfen.

Lassen wir also die Hände von den kolonialen Eisenbahnbauten — nicht nur von der Kuanda-Bahn, sondern auch von den anderen in unseren tropischen Kolonien geplanten Eisenbahnlinien, denn die Verhältnisse sind dort überall ähnlich geartet. Eine Zustimmung zur Kuanda-Bahn wäre die schärfste Desavouierung unserer ganzen bisherigen Stellung zur offiziellen kapitalistischen Kolonialpolitik, denn wenn wir die wirtschaftlich viel bedeutungsvollere Mittelbahn von Daresalam nach dem Tanganjikasee abgelehnt haben, können wir unmöglich, ohne uns selbst zu desavouieren, für die Kuanda-Zweigbahn stimmen. Die Mehrung des Kapitalprofits gehört nicht zu den Aufgaben der Sozialdemokratie. Das können wir den Kapitalisten selbst überlassen — und damit auch die Verantwortung für die traurigen Folgen solcher sogenannten „Erschließungsbahnen“.

H. O.

Reichstag.

231. Sitzung, Montag, den 9. März 1914, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Solf.

Auf der Tagesordnung stehen nach Verlesung einer nachgeschickten Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Kurzawski (Pole)

7 Siehe Nr. 65 des „Vorwärts“, dritte Beilage.

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Frommer (L.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Neumann-Hofer (W.):

Es liegt hier ein Komum vor insofern, als die Kommission die Gültigkeit der Wahl beantragt, trotzdem der Abg. Frommer bei Auszählung der Stimmen in der Minderheit blieb. Sie hat das deshalb getan, weil nach ihrer Meinung die Beweiserhebungen doch zu keinem anderen Ergebnis geführt hätten. — Weiter ist der Kommission insofern ein Versehen passiert, als sie 20 Stimmen dem Gegenkandidaten abgezogen hat. Wir beantragen daher Beweiserhebungen.

Abg. Schmidt-Reihen (Soz.):

Wir werden diesem Antrage zustimmen. Die Wahl bietet das typische Bild aller Wahlen in Ostafrika, die eigentlich alle genau nachgeprüft werden müßten, um dort bessere Wahlverfahren einzuführen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist durchaus möglich, daß nach den Beweiserhebungen der Abg. Frommer seine jetzige Mehrheit verliert.

Der Antrag der Volkspartei wird gegen die Stimmen der Volkspartei und Sozialdemokraten abgelehnt, die Wahl wird für gültig erklärt.

Ohne Debatte für gültig erklärt werden die Wahlen der Abgeordneten Dr. v. Seydewitz und der Vase (konf.) Mertin (W.), Kothler (L.), Beweiserhebungen werden beschlossen über die Wahlen der Abgg. v. Winterfeldt (L.) und Glowacki (Pole).

Etat für das Reichs-Kolonialamt.

Abg. v. Böhlenhoff-Röplin (L.):

Die Entwicklung unserer Kolonien erfüllt uns mit Freude. Wir haben uns stets für eine starke Kolonialpolitik eingesetzt, um bei unserer fast entwickelten Industrie die Kolonialprodukte, die wir einführen müssen, in eigenen Kolonien herstellen zu können. — Der Arbeitermangel ist nicht etwa durch schlechte Behandlung der Eingeborenen verursacht, sondern einmal durch die Begehrtheit, die ja durch den Ausbau der Landstrassen beseitigt wird, und zweitens liegen die Ursachen des Arbeitermangels in der Unfähigkeit des Regers, der einen Gang zur Arbeitslosigkeit hat. Hier muß die Verziehung zur Arbeit das meiste tun. Der Verwaltung ist Anerkennung zu zollen für die neue Arbeiterordnung, die unter anderem auch ganz sicherstellt, daß ein Arbeitszwang nicht ausgeübt werden dürfe. Sie gewährt den Arbeitern Rechtschutz und sorgt für sanitäre Einrichtungen. Der Ansicht, daß die Haus- und Sklaverei bis zum Jahre 1920 unter allen Umständen abgeschafft sein muß, können wir uns nicht anschließen, wir freuen uns über die Offenheit, mit der der Gouverneur in der Denkschrift sich über diese Verhältnisse ausgesprochen hat. Die segensreiche Tätigkeit der Missionare erkennen wir gern an. Die Kolonien haben den berechtigten Wunsch nach einem Ausbau der Selbstverwaltung und einer Verwaltungsgerichtsbarkeit. — Unsere Ziele gehen dahin, die wirtschaftliche Lage des Mutterlandes zu heben, so viel wie möglich Produkte aus eigenen Kolonien zu kaufen. Dazu müssen wir mit dem Ausbau des Seegewebes, der Eisenbahnen, der Landstrassen und der Wasserstrassen fortfahren. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Morawski (Pole)

tritt für sofortige Abschaffung der Haus- und Sklaverei ein.

Staatssekretär Dr. Solz:

Ich möchte Ihnen zunächst die Eindrücke schildern, die ich auf meinen Inspektionsreisen gewonnen habe. Wir müssen unterscheiden die Tropen- und die Siedelungskolonien. Dazu gehört Südwestafrika und eventuell noch Samoa. Aber auch den tropischen möchte ich nicht jede Entwicklungsfähigkeit absprechen. Die Hochplateaus sind besiedelungsfähig. Aber in all diesen Hochländern in Kamerun und Ostafrika müßte erst Wasser erschlossen werden. Und dann müßten die Interessen der dort wohnenden Eingeborenen abgewogen werden gegenüber den Interessen der Ansiedler. Vor allem müssen die Plateaus angegeschlossen sein an die Verkehrswege des Weltverkehrs. Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen könnte ich den Ansiedlern sagen: Kommt herein, der Tisch ist gedeckt. Herr Dr. Arendt möchte ich sagen, daß doch Deutschland noch keinen solchen Heberaufschwung an Einwohnern hat, daß wir angewiesen wären auf die Auswanderung nach den Kolonien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was Deutsch-Südwestafrika anbelangt, so hat es sich auf der Basis der Farmwirtschaft allmählich glücklich entwickelt. Seine Zukunft aber hängt ab an der Wassererschließung. Das können die Farmer nicht leisten. Die Landwirtschaftsbank hat bereits begonnen, die Farmer mit den bewilligten Reichsmitteln zu unterstützen. In dem Ausbau der Selbstverwaltung sind bereits Fortschritte gemacht; auch den Aufgaben des Sanitätswesens der Weißen und Schwarzen haben wir erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt. In den gesamten Kolonien sind dafür circa 6 Millionen 1914 ausgegeben worden, seit 1909 28 Millionen. Deutsch-Ostafrika habe ich jetzt nach 10 Jahren wiedergesehen und war sehr freudig überrascht über die Entwicklung, die ich konstatieren konnte. Die Hauptaufgabe wird dort die Entwicklung des Bahngewebes sein, die auch zur Förderung der Eingeborenenkulturen beitragen werden. Kamerun habe ich zum ersten Male gesehen und bin überzeugt, daß Kamerun eine der besten Kolonien werden wird. Ich habe seine Zukunft bereits gesehen in der benachbarten englischen Kolonie Nigeria. Für die Kultur der Delpalme, von der Nigeria für 80 Millionen ausgeführt hat, ist Kamerun noch geeigneter. Es wird sich schnell entwickeln, wenn wir uns entschließen, die Nord-Südbahn zu bauen. In Kamerun sagt man, unser Land ist so fruchtbar: wenn man einen Spazierstock in die Erde steckt, wächst eine Palme heraus (Heiterkeit). Das ist bezeichnend für den Optimismus der Einwohner. Pestmisten sollten auch nicht in die Kolonien gehen. Ich komme dann zu dem Mutterlande Zogo (Heiterkeit). Es wird schnell zum Mutterland werden, wenn wir die Bahn bauen. (Zuruf v. d. Soz.) Sie werden auch noch mal für Bahnbauten zu haben sein. Das wichtigste ist die Ansehobahn. — Heberaufschwung müßte wir die Schutzhülle weiter mit Venedig erschließen, natürlich vorsichtig, nach ihren Finanzkräften. Danach müssen auch Pariser eintreten — wie z. B. wenn die Ansehobahn in Ostafrika bewilligt ist. Die beste Politik ist, an einer großen Verkehrsader alle anderen Bahnen anzuschließen, z. B. in Ostafrika an die Tanganjabahn. Aber unter Umständen kann von diesem System auch abgesehen werden. Die Begleiter des prachtvollen Kulturwerks der Tanganjabahn sind die Herren v. Lindemann und v. Rechenberg. Für mich kann ich in Anspruch nehmen, dafür gesorgt zu haben, daß diese Welt so schnell wie möglich vollendet wurde. (Bravo!) — In Kamerun muß sich die Fortentwicklung darauf beschränken, die Fortiken zu erhalten. In die Ausbeutung dieser reichen Vorkommen zu gehen, wird Zeit sein, wenn das Holz hier so teuer wird, daß die Kolonien damit konkurrieren können. (Sehr gut!) — Die Handelsbeziehungen unserer Gesamtkolonien zu Deutschland haben sich in einem Maße gesteigert wie sonst in keinem Lande der Welt. (Hört! hört!) Deutschland ist mit etwa 90 Proz. an dem Handel der Kolonien beteiligt. An einem Verlust unserer Kolonien denken wir unter diesen Umständen nicht: von mir sind sie nicht zu haben. (Heiterkeit.) Den Eingeborenenkulturen siehe ich durchaus sympathisch gegenüber und lade sie zu heben. Aber darum brauchen wir im Plantagenbau Europäer, die deutsche Landwirtschaft muß der Lehrmeister der tropischen sein; deshalb kann ich die Resolution der Sozialdemokratie, Plantagenbau überhaupt zu verbieten, nicht annehmen; aber kann ich mich mit der Resolution der bürgerlichen Parteien abfinden, Plantagenbau nur soweit zuzulassen, als die Eingeborenenkulturen dadurch nicht geschädigt werden. Das soll geprüft werden.

In bezug auf die Arbeiterfrage schreiben nicht die

„Sozialistischen Monatshefte“, sondern der ganz unbedachtliche „Vorwärts“, in unseren ostafrikanischen Kolonien sind die Bestimmungen über die Anwerbung der Arbeiter keineswegs inhuman, die neue Arbeiterordnung wird formell eine gute Verordnung genannt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten; Sehr richtig! aber die Anwerbung!) Die Regierung ist bemüht, die Sache durchzuführen; daß es damit in einem Lande, das 2 1/2 mal so groß ist wie Deutschland, zuweilen hapert, weil es an Beamten mangelt, werden Sie zugeben. Jedenfalls ist die Regierung bemüht, den wirtschaftlich Schwachen zu helfen. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden festgesetzt, für Unterarbeitsräume wird gesorgt, Heilgehäusen müssen vorhanden sein. Die Regierung ist also bemüht, für das Wohl der eingeborenen Arbeiter zu sorgen. Die Denkschrift ist zitiert worden dafür, daß bei den Lohnzahlungen Anstände zu finden sind, und daraus wurde geschlossen, daß schreckliche Zustände herrschen. Die Herren hätten die Denkschrift nur weiter zitiieren sollen; es heißt dort: „die Arbeiterfürsorge hat in denjenigen Bezirken, in denen Distriktskommissare angestellt sind, insbesondere in den Norddistrikten eine erhebliche Verbesserung erfahren.“ (Hört! hört! rechts.) Wenn die gute Absicht der Regierung noch nicht immer durchgeführt ist, so liegt das nicht an den angeführten Kleinlichen Gründen, sondern an der, wie der Abg. Neumann in der Kommission es nannte, an eudämonistischen Lebensauffassung der Regier. Aus der Verschiedenheit dieser Lebensauffassung zu der der Weißen entstehen Inkongruenzen, die je nach dem Temperament der Pflanzler erfreulich oder un erfreulich ist.

Der Arbeitszwang besteht, Leugne ich. Die Gouverneure sind angewiesen, jeden solchen Zwang, wo er in einer Arbeiterordnung bestehen sollte, aufzuheben. Ich will nichts vertuschen und so will ich zugeben, daß mir zu Ohren gekommen ist, daß in Dar-es-Salaam eine Art Arbeitszwang doch besteht.

Das wird untersucht werden und eventuell wird Abhilfe geschaffen werden. Ganz ohne moralischen Zwang geht es natürlich bei den Regern nicht ab. Auch hier haben wir ja tausenderlei Verpflichtungen, für die Öffentlichkeit zu arbeiten, an denen niemand Anstoß nimmt. Aber es soll auch in den Kolonien niemand etwas gezwungen werden, am Eisenbahnbau mitzuarbeiten. In Ostafrika ist das Verhältnis der Arbeiter besser als in Kamerun. Aber daran ist nicht die Plantagenarbeit schuld. Das Los der Träger ist oft trauriger als das Los der Plantagenarbeiter. Ich muß Sie bitten, die Beschwerden aus Afrika, die mit 40 Grad Reaumur geschrieben sind, nicht zu ernst zu nehmen. (Abg. Ledebour: Die Verwaltungsberichte werden auch bei 40 Grad Reaumur geschrieben!) Nein, nein (Heiterkeit). Man muß auch berücksichtigen, daß in Kamerun Kaufleute und Pflanzler im scharfen Gegensatz stehen. Besonders erfreut war ich über die Eingeborenenfürsorge, Ordnung und Sauberkeit auf den Tabakplantagen in Nordkamerun. Das Trägerwesen habe ich an Ort und Stelle auf das schärfste verurteilt. Hier sind die Zustände tatsächlich so, wie sie der Abg. Dittmann geschildert hat. Aber das Entvölkerungsproblem hat ganz andere Ursachen. Nachgewiesen ist eine Bevölkerungsbahnung noch nirgends. (Hört! hört!) Die Gouverneure werden aber angewiesen, diese Frage genau zu untersuchen. Es muß geprüft werden, ob nicht Anstalten und Laster unter den Eingeborenen selbst Schuld an der sogenannten Entvölkerung sind.

Was die Haus- und Sklaverei anlangt, so sieht die Denkschrift des Gouverneurs ganz auf dem Standpunkt der Resolution des Reichstags. Nur die Ansichten über das Tempo sind verschieden. Der Gouverneur schreibt ausdrücklich, die Verwaltung wird die völlige Abschaffung der Haus- und Sklaverei vor ihrem natürlichen Ende im Auge behalten. Die Differenz, die wir auseinander sind, beträgt höchstens zehn Jahre. Tatsache ist, daß die Haus- und Sklaverei sehr schlecht behandelt werden. Damit will ich durchaus nicht für die Haus- und Sklaverei sprechen. Aber wie harmlos die Haus- und Sklaverei dort ausgeübt wird, dafür spricht ein Fall, wo ein Sklave, als er seine Freilassung erfuhr, sagte: Für so schlecht hätte ich meinen Herrn nicht gehalten. (Heiterkeit.) — In Kamerun liegt die Kriminalität nach dem Urteil des Senatsbefreiungsgesetzes. Vielfach verstanden die Schwarzen von ihrer Freilassung keinen rechten Gebrauch zu machen. Sie vagabondierten umher, viele freigelassene Mädchen wurden zu Prostituierten. Als dann die Freilassung nur unter der Bedingung erfolgte, daß der Betreffende ein neues Arbeitsverhältnis nachweis, fand die Kriminalität. — Daß der Jesuitenstaat Paragwai ein sozialdemokratischer Staat sei, wie Herr Dittmann meint, muß ich bestreiten. Die oberste Gewalt liegt in den Händen der Patere. Das ist von dem Ideal des sozialdemokratischen Zukunftstaates wohl weit entfernt. (Heiterkeit.) — Die Missionstätigkeit erkennen wir gern und dankbar an. (Bravo im Zentrum.)

Kolonistieren ist missionieren

im Sinne der Erziehung der Eingeborenen zur höheren Kultur. Ich bin auch für das Wort ora et labora, bitte aber doch die Herren Missionare, etwas mehr Wert auf das labora (Arbeits) zu legen, das ora (Bete) kommt dann schon. — Vollerleichterungen können die Missionare leicht in Gegenwart zu den Konfessanten bringen, es ist daher besser, sie in weniger ansehbarer Weise zu unterstützen. Der Anreiz, den Elementarunterricht ganz in die Hände der Missionen zu legen, sehe ich sympathisch gegenüber; aber in Ostafrika bestehen doch auch schwere Bedenken dagegen. Wir müssen dort mit dem Islam rechnen, und mohammedanische Eltern senden ihre Kinder nicht in konfessionelle Schulen, und man kann den Missionen nicht gut zumuten, konfessionelle Schulen zu gründen. — Den Alkoholgenuss der Eingeborenen bekämpfen wir noch wie vor; wir würden mehr erreichen, wenn nicht die kanakischen Kolonien hinter uns lägen. Uebrigens betrinken sich die Eingeborenen, wo ihnen Alkohol nicht zugänglich ist, auch an ihren eigenen Getränken; sie sind nicht etwa Gewohnheitsrinker, aber wenn sie trinken, trinken sie mehr, als selbstlich zulässig ist. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, die Debatte über die Eingeborenenfrage für unsere Landsleute in den Kolonien etwas verständlicher auszuliegen zu lassen. (Bravo! rechts.) Die Kritik war gewiß teilweise berechtigt. Aber die Kolonialverwaltung hat doch nicht nur für die Eingeborenen zu sorgen, sondern auch für unsere Landsleute. Ich hoffe, es wird im nächsten Jahre soweit kommen, daß der Reichstag mir ruhig zuhört, wenn ich eine Liste all des Guten anführe, was Deutschland und die Deutschen für und in unseren Kolonien geleistet haben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Henke (Soz.):

Bei den eben abhörten Ausführungen fiel mir das Wort ein: „Wenn man's so hört, müßte's leidlich scheinen.“ Der Staatssekretär versteht es, Del auf die erregten Nerven zu geben. Der Staatssekretär sprach davon, daß die Interessen der Eingeborenen und die der Weißen gegen einander abgewogen werden müßten. In der Praxis heißt das, die Interessen der Weißen werden voran gestellt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär forderte dann Vertrauen. Wir können dieses Vertrauen nicht erwidern, so lange uns die Wünsche in bezug auf die Kolonien nicht erfüllt sind. Wenn wir die kapitalistische Kolonialpolitik auch prinzipiell ablehnen, so erstreben wir doch, unbeschadet dieses Standpunktes, das Beste sowohl für die Kolonien wie für die Eingeborenen. Bei der Siedelungspolitik hat der Staatssekretär nicht erwähnt, worauf es ankommt, daß nämlich für kleine Leute in unseren Kolonien keine Ansiedlungsmöglichkeit besteht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ansiedeln kann sich höchstens, wer 20—25 000 R. Kapital besitzt und auch diese Leute müssen noch sehr vorsichtig sein und sich genau erkundigen, wenn sie ihr Kapital nicht verlieren wollen. — Mit der ihnen gewährten Selbstverwaltung sind die Farmer durchaus nicht zufrieden. — Die Gefahr einer Wurmfrankheit hat der Staatssekretär in der Kommission geltend gemacht. In der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ wird sie zugegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie im übrigen der Gesundheitszustand in unseren Kolonien ist, darüber liegen zahlreiche Zeugnisse vor. Die

Eingeborenenkulturen in Ostafrika

ist sehr groß. Die eigentliche Ursache ist das Herausreißen der Eingeborenen aus ihrer Wirtschaftsweise, mit der sie zufrieden waren, herausgerissen worden sind durch das Kapitalismus. Nach wie vor müssen wir auf der Förderung gründlicher sanitärer Einrichtungen in den Kolonien bestehen — kommt doch erst auf 100 000 Eingeborene ein Arzt. In drei Jahren ist ein Stamm aus weniger als die Hälfte reduziert worden; ich meine die armen Leute, die aus Südwestafrika nach Kamerun transportiert worden sind und dort von 98 000 auf 42 000 zusammenschmolzen. Auf der einen Seite treibt man geradezu Nord, auf der anderen will man christliche Nächstenliebe und Gesundheitspflege üben.

Im Bahnbau ist der Staatssekretär der Testamentsvollstrecker des Herrn Debnburg geworden, der als kluger Geschäftsmann voraussetzt, daß wenn man das Großkapital für die Kolonien inwiefern effizienter wolle, man Bahnen bauen müsse. In der Kommission hat er uns versprochen, das Tempo nicht nur ein vorstichtiges, sondern ein langsames werden zu lassen. Das wäre auch notwendig, denn in Ostafrika sind Seuchen und Dürren an der Tagesordnung. Wir können den rosigten Optimismus des Staatssekretärs insbesondere in bezug auf die Bahnbauten nicht teilen. Die interessierten Parteien werden zu immer neuen Bahnbauten drängen, jedoch wir zu einem rasenden Tempo im Bahnbau kommen werden. Ich müßte mich, wie ein so erfahrener und sonst so klügel denkender Mann wie der Staatssekretär so leicht mit dem rasenden Tempo unseres Bahnbaus in den Kolonien abfindet. Es ist doch mit ihm verbunden die Vernichtung der Kultur und das Unglücksmachen der Eingeborenen. Man sagt, durch die Eisenbahnen werden die Trägerkarawanen überflüssig, die für die Eingeborenen so mörderisch sind. Gewiß sind die Trägerkarawanen mörderisch für die Eingeborenen. Aber auch zur Trägerarbeit sind die Eingeborenen durch den Kapitalismus herangezogen worden; so hat auch hierbei die sogenannte höhere Kultur den Eingeborenen nicht Glück, Freude und Gesundheit gebracht, sondern Unglück und Krankheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen also den Eisenbahnen sehr skeptisch gegenüber. Die bürgerlichen Parteien freilich werden sie bewilligen, wie sie ja überhaupt einig sind in Bewilligung aller Forderungen für das Militär und für die Kolonien. Hinter den großen Worten des Abgeordneten Erzberger, es müsse in den Kolonien anders werden, aber das Zentrum würde Mittel für sie nicht bewilligen, steht absolut nichts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An den Bahnläufen ist im wesentlichen das Gouvernament interessiert, die Ostafrikanische Gesellschaft und die den Bau ausführende Firma. Für die Zubringerlinien will der Staatssekretär die Rentabilität von Fall zu Fall prüfen. In der Denkschrift aber heißt es, bei Eisenbahnbauten in den Kolonien könne man die Rentabilität überhaupt nicht prüfen. Aber der Staatssekretär kennt seine Leute. Er weiß, man will hier Gutes über die Kolonien hören, und deshalb sagt er, wenn das Holz bei uns noch knapper wird, dann werden wir anfangen zu holzen (Heiterkeit), und dann werden die Kolonien sich bezahlt machen. Das bleibt doch abzuwarten; immer werden wir die hohen Transportkosten haben. Dann meinte der Staatssekretär, der Anteil des Mutterlandes am Handel der Kolonien sei bei uns weit größer als bei England und Frankreich. Aber zwingend sind keine Zahlen durchaus nicht. Bei seinem Hiat aus dem „Vorwärts“, daß die Bestimmungen über die Anwerbung und Behandlung der einheimischen Arbeiter keineswegs inhuman sind, hätte der Staatssekretär nur weiter lesen sollen, er brauchte nur noch den Nachsatz hinzufügen: „aber wie so viele andere schöne Kolonialphrasen stehen auch diese Bestimmungen zum großen Teil nur auf dem Papier.“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zum Lesen des Nachsatzes taugte die Brille des Staatssekretärs nicht mehr. (Heiterkeit.) In den Arbeitsarten, daß die Eingeborenen gezwungen werden, in die Bureaus zur Anwerbung zu kommen, liegt der Arbeitszwang. Ich wundere mich, daß der Staatssekretär das nicht sieht. Ich weiß nicht an dem guten Willen des Staatssekretärs, aber was sollen wir, was sollen vor allem die Eingeborenen damit anfangen. Der Reichstag ist weit und der Staatssekretär ist weit. Er wird selbst zugeben müssen, daß hier mancherlei Mächte auf ihn einwirken, denen er sich nicht entziehen kann. — Daß keine Vertuschungspolitik getrieben wird, hoffen wir, aber der Staatssekretär hat sich doch in der Kommission manchmal recht schlecht informiert gezeigt. Unser Vertrauen zu ihm wird von seinen Handlungen abhängen.

Die Haus- und Sklaverei will der Staatssekretär erst bis 1930 abschaffen. Daß die Denkschrift des Gouverneurs Dr. Schaefer eigentlich ein Loblied auf die Haus- und Sklaverei ist, ist nicht zu bestreiten. In der Tat aber ist heute, wo die kapitalistische Entwicklung in Ostafrika auf die Haus- und Sklaverei abzielt, diese Haus- und Sklaverei viel schlimmer für die Schwarzen als es früher der Fall gewesen sein mag. Das Wort ora et labora hat sich der Staatssekretär zu eigen gemacht, legte aber mehr Wert auf das labora. Er denkt wohl mit dem Dichter: „Bet und arbeit ruft die Welt, bete kurz, denn Zeit ist Geld.“ (Heiterkeit.) Daß mein Freund Dittmann irgend etwas Abgetriebenes hätte, muß ich bestreiten. Die Zustände sind in der Tat geradezu himmelstreichend. Während die Herr Erzberger äußerte, sind innerhalb der kapitalistischen Kolonialpolitik ganz unerlässlich. Was er unter einer christlichen und sozialen Kolonialpolitik versteht, hat er nicht gesagt. Jedenfalls kommt es den Farmern in den Kolonien auf die „zeitlichen und ewigen Segnungen des Christentums“ nur dann an, wenn sie sich mit dem Profit vertagen.

Das ora ist ihnen fürchtbar schmepp,

es kommt ihnen nur auf das labora an. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger meinte, wir hätten kein Programm für unsere Kolonialpolitik. In der Tat haben wir ein solches Programm seit 30 Jahren. Wir wollen eine proletarische Sozialreform in den Kolonien, wir wollen Muster-schulen, viel schneller als Eisenbahnen, wir wollen mehr Ärzte, mehr Arbeiterkommissare, die so wirken wie bei uns die Gewerbeinspektoren. Aber der ausbeutende Kapitalismus will hier wie in den Kolonien von Gewerbeinspektoren, die ihre Aufgaben ernst nehmen, nichts wissen. — Wir wollen weiter alle mögliche Förderung der Eingeborenenkulturen. Ein Verbot der Plantagen haben wir nicht gefordert, sondern eine Pause soll eintreten, neue Plantagen sollen nicht gebildet werden. Diese Forderung ist berechtigt, klagen doch die Plantagen jetzt schon über Arbeitermangel. Wer übrigens die Plantagen zulassen will, muß auch die unlösbar damit verbundenen Greuel an den Eingeborenen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist durch zahlreiche Zeugnisse über die Art der Anwerbung, die Beschäftigung und Behandlung der Arbeiter bewiesen, insbesondere über die portugiesischen Plantagen, nach deren Muster, wie der frühere Gouverneur Jesslo v. Puttkamer schreibt, unsere Kakaoplantagen in Kamerun eingerichtet sind. Dort herrschen genau dieselben Verhältnisse wie bei uns in Ostafrika. Wer diese Greuel nicht will, muß mit uns beantragen, daß wenigstens keine neue Plantagen zugelassen werden. Herr Erzberger aber erwartet von unserer Paragrafistik in unseren Kolonien, daß sie diese Greuel beseitigt! Dabei hat er selbst in einem Buche die Tätigkeit der „Oureoutratie“ aufs schärfste verurteilt. — Ueber die Strafexpeditionen, die Herr Erzberger empfiehlt, denken wir auch etwas anders. Schilderungen Zeitgenossen beweisen, daß es dabei zu

ganz unstillen Grausamkeiten

kommt. Herrn Reinath möchte ich entgegenhalten, daß wenn wir eine Bilanz über unsere Kolonialpolitik aufstellen, für uns nicht nur die Ein- und Ausfuhrziffern in Betracht kommen, sondern auch die große Menge der vernichteten Menschenleben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir das mit in Betracht ziehen, so bleibt auch im letzten Jahre ein großes Defizit übrig. Erstaunlich ist, daß sich gerade Herr Gothein über unsere ablehnende Haltung der Kolonialpolitik gegenüber wundert. Früher

Haben die freisinnigen Herren Bamberger, Richter, v. Pacher genau so scharfe Kritik an unserer Kolonialpolitik geübt. Der einzige Unterschied zwischen uns und Ihnen ist, daß wir bei der Stange geblieben, Sie aber umgefallen sind. Auch den Verlauf der Kolonien haben die Freisinnigen früher gefordert. Wenn sie jetzt davon abgelenkt sind, so können sie uns doch nicht einen Vorwurf daraus machen, daß wir unsern Prinzipien treu geblieben sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Entwicklung unserer Kolonien ist in mehr als einer Beziehung sehr bedenklich. Vor allem wird das Schulwesen nicht so schnell ausgebaut, wie es sein sollte, dagegen nimmt die Besteuerung und Ausbeutung der Eingeborenen in einer Weise zu, daß eine Auswanderung außerordentlich stark ist. Wir sitzen in den Kolonien geradezu

auf einem Pulverfaß.

Gegen alle diese Uebelstände werden wir uns noch wie vor wenden. Wir sind nicht dazu berufen, die schönen Seiten der Kolonialpolitik zu zeigen, sondern um Kritik zu üben. Aus dem bürgerlichen Parteien aber wird der Wunsch nach immer mehr Kolonien laut. Damit würde die Konfliktgefahr mit anderen Völkern zunehmen, und so sind wir auch als Friedensfreunde Gegner der Kolonialpolitik und werden sie nach wie vor aufs schärfste bekämpfen, getreu unserm Grundsatz, daß wir gegen jede Unterdrückung des Menschen sind, gleichgültig welcher Farbe, welcher Rasse, welcher Nationalität! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr.

Abg. Pittmann (Soz. persönl.) berichtet, Paragraf als einen Kaiserstaat sozialdemokratischer Wirtschaft hingestellt zu haben.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. (Kurze Anfragen, Weiterberatung.)

Schluß: 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

45. Sitzung, Montag, den 9. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Von Ministerial: Dr. Sydow.

Der Handelsstat.

Zunächst steht auf der Tagesordnung das Verzeichnis der von den Kommissionen für nicht geeignet zur Erörterung im Plenum erachteten Petitionen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

macht darauf aufmerksam, daß sich unter diesen Petitionen eine befindet, die die gesetzliche Gewährleistung des uneingeschränkten Koalitionsrechts an die Arbeiter fordert und im Plenum besprochen werden sollte. Als der Redner dazu übergeht, von dem Recht der Koalitionsfreiheit zu sprechen, wird er vom Präsidenten Graf Schönerer in - 2 5 0 1 7 2 unterbrochen und darauf hingewiesen, daß er nach der Geschäftsordnung jetzt nicht das Recht habe, darüber zu sprechen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Selbstverständlich gehört das Koalitionsrecht zur Reichsgesetzgebung. Aber bei der Einwirkung des preussischen Abgeordnetenhaus auf die Reichsgesetzgebung... (Der Redner wird abermals vom Präsidenten mit dem Hinweis auf die Geschäftsordnung unterbrochen.) Dann beantrage ich, die Petition an die Kommission zurückzuverweisen.

Abg. Schröder-Rassel (natl.):

Ich beantrage, diese Petition nicht an die Kommission zurückzuverweisen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Diese Petition betreffend das Koalitionsrecht kommt aus einer Volksversammlung. Um so mehr sollte sie der Gegenstand einer Beratung durch die Volksvertretung sein. Oder gesteht bei Ihnen (nach rechts) das Wort Volk schon, um... (Lebhafte Widerspruch und Lärm rechts.)

Nach einer weiteren Geschäftsordnungsdebatte zwischen dem Präsidenten und den Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) und Schröder-Rassel (natl.) wird über den Antrag des Abg. Dr. Liebknecht auf Zurückverweisung an die Kommission abgestimmt. Er findet nicht die hinreichende Unterstützung.

Das Verzeichnis der Petitionen wird darauf durch Kenntnisnahme erledigt.

Darauf wird die Beratung über den Handelsstat beim Titel „Staatskommissar bei der Berliner Börse“ fortgesetzt. Dazu liegt ein Antrag der Abg. Dr. Kosside und Dr. Diederich Gahn (L.) vor, der eine Denkschrift fordert über die Tätigkeit des bürgerlichen Börsenkommissars, über die Entwicklung des auswärtigen Handels und der Emissionen an den preussischen Börsen und drittens über die Emissionen ausländischer Werte an den preussischen Börsen und die Anlage deutscher Kapitalien im Auslande.

Abg. Dr. Kosside (L.)

Begründet diesen Antrag. Der hohe Bankdiskont, den wir bis vor kurzer Zeit hatten, hat während auf die Entwicklung unseres Handels eingewirkt. Besonders niederdrückend war zeitweise die Gefahr vor einem ausbrechenden Kriege, die wie eine düstere Wolke über uns schwebte. Deutschland hat sich zu stark an ausländischen Anleihen beteiligt. Obwohl der Minister in dankenswerter Weise die Börse zur Vorsicht bei der Aufnahme ausländischer Emissionen ermahnte, so haben gleichwohl ausländische Anleihen mehr Käufer gefunden, als die deutschen Staatspapiere. Es wird eine ernste Aufgabe für den Minister sein, das weitere Sinken unserer Staatspapiere aufzuhalten. Unsere Großbanken können gar nicht anders, als rücksichtslos ihr besonderes Interesse zu verfolgen. Wenn die Konzentration, die sich in unserem gesamten Wirtschaftsleben und auch im Bankwesen vollzieht, nicht zu einer schweren Gefahr für die Allgemeinheit werden soll, so muß der Staat durch bedeutende Maßnahmen eingreifen. (Widerspruch bei der Volkspartei.) Ich habe hier nicht bestimmte Vorschläge zu machen. (Abg. Kosside (L.): Das glaube ich. — Lachen bei der Volkspartei.) Der Staat muß die Staatsbank so ausbauen, daß sie den größeren Teil der Staatspapiere in der Hand behalten kann. (Beifall rechts.)

Minister Dr. Sydow:

Eigentlich haben wir ein Interesse daran, daß auf dem Inlandsmarkt ein ausreichendes Kapitalangebot stattfindet. Andererseits aber muß sich unser Kapital an ausländischen Unternehmungen beteiligen mit Rücksicht auf unsere Industrie, unsere Handelsfahrer und unsere Weltpolitik. Es ist zur Zahlung der großen Mengen Rohstoffe, die unsere Industrie aus dem Ausland importiert. Und um vom Ausland Aufträge für unsere Industrie zu erhalten, brauchen wir einen Besitz an ausländischen Werten. Wir dürfen also auch die ausländischen Anleihen nicht vernachlässigen, namentlich bei solchen Staaten nicht, mit denen wir Handelsverträge abgeschlossen haben. Was ich tun konnte, um dem deutschen Publikum minderwertige ausländische Anleihen vom Halle zu halten, habe ich getan. Dabei sind die Großbanken im Einvernehmen mit der Re-

gierung vorgegangen. Aber noch einen Schritt weiter zu gehen und etwa nach dem Muster Frankreichs jedwede Zulassung ausländischer Anleihen zu verbieten, dazu kann ich mich nicht entschließen. Dadurch würden wir hinsichtlich derjenigen ausländischen Werte, die wir zulassen, eine Garantie übernehmen, die wir nicht übernehmen können. Ich werde mich in denselben Bahnen bewegen wie zuvor und daraufhin wirken, daß eine Beteiligung an ausländischen Emissionen nur soweit erfolgt, als es im politischen und wirtschaftlichen Interesse Deutschlands liegt.

Abg. Kosside (L.):

Die Bank- und Börsenreformgebung gehört nicht in dies Haus, sondern vor das Forum des Reichstages. Aber seitdem die Abg. Kosside und Gahn aus dem Reichstag herausgewählt worden sind, scheinen sie die gesetzlich fällige Bank- und Börsenreform hierher zu verlegen zu wollen. Das alte Börsengesetz war die Ursache dafür, daß unsere Kapitalien stark in ausländischen Werten angelegt wurden. Seit der Reform des Börsengesetzes hat die Spekulation in Auslandspapieren abgenommen. Eine Denkschrift wie sie der konservative Antrag fordert, ist unangeführbar und vollkommen unnütz. Es ist nicht wahr, daß es nur im Inlande infolge der ausländischen Emissionen an Geld gefehlt hat. Der Staat hat immer das Geld, das er forderte, erhalten. Ebenso wie sich unsere Industrie nach dem Auslande hinwendet, ebenso auch unsere Kapitalien. Die Regierung kann nicht die Verantwortung übernehmen für die Gänge der ausländischen Werts, die auf unseren Börsen gehandelt werden. Die ganze Aktion der Herren Kosside und Gahn will lediglich den Großbanken etwas am Zeug flicken.

Abg. Dr. Lucas (natl.):

Den Ausführungen des Abg. Kosside, der nachmann ist, kann ich im wesentlichen beistimmen. Wir haben die Überwindung der letzten Krise nur der Vorsicht unserer Großbanken zu verdanken. Das deutsche Wirtschaftsleben braucht eine lebendige Börse. Ich bin gegen den vorliegenden Antrag. Doch haben wir nichts dagegen, daß er der Budgetkommission überwiesen werde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Dr. Diederich Gahn (L.):

Als Mitantrogsteller habe ich doch das Schlußwort.

Vizepräsident Dr. von Krause:

Das haben Sie nicht.

Der Antrag Dr. Kosside-Gahn wird an die Budgetkommission verwiesen. Der Titel „Staatskommissar an der Berliner Börse“ wird bewilligt.

Bei der Warenausfuhr fragt

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Inwieweit hat die Regierung Maßnahmen getroffen, um die von mir neulich dargestellten Hindernisse zugunsten der großkapitalistischen Schiffsahrtunternehmungen bei dem Vorkaufrecht zu verhindern. Die Großunternehmer mögen sich einen Vortrag an und scheinen die Beamten zu schmierern, daß sie ihnen das durchgehen lassen. Hierdurch werden die Schiffe zu allen anderen Schwierigkeiten auch noch geschädigt.

Ein Regierungskommissar

verlangt Angabe bestimmter Fälle.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Das habe ich beim Vauetat getan und außerdem auf das Schiffsahrtsorgan „Deutscher Schiffsahrtsführer“ hingewiesen, wo solche Fälle dargestellt sind. Der Redner erzählt nun die beiden von ihm bereits beim Vauetat geschilderten Fälle aus der Provinz Schlesien, denen so viele Fälle aus anderen Landes- teilen gleichsehen, daß ein Einschreiten der Regierung dringend nötig erscheint.

Der Titel wird genehmigt. Es folgt das Kapitel „Gewerbliches Unterrichtsweesen, wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke“.

Abg. Bierck (H.):

Die Festsetzung der Unterrichtsstunden muß mit den Bedürfnissen der Gewerbetreibenden im Einklang stehen. Verdenklich ist es, daß jetzt Unterricht in der Bürgerkunde erteilt wird. Die privaten Handelsschulen haben Gutes geleistet. In die höheren Schulen von Mittelschulen die Möglichkeit... In die höheren Handelsschulen, denen man jetzt... Charakter von Hochschulen zu... eintritt... muß in größtem Umfang gepflegt werden. Der... äußert ferner einige Wünsche betreffend die Handelshochschule in Berlin.

Ein Regierungskommissar

verspricht eingehende Prüfung dieser Wünsche.

Abg. Münsterberg (Sp.):

Wir begrüßen die Vermehrung der Mittel für Hochschulen. Da heute mehrere Millionen Frauen im Erwerbsleben tätig sind, so ist diese Vermehrung namentlich für die Fortbildungsschulen für die weibliche Jugend von hoher Bedeutung. Die Ansichten über den Wert der Handelshochschulen gehen weit auseinander. Ein endgültiges Urteil wird sich erst in Zukunft fällen lassen.

Abg. Vacmeister (natl.):

Die Stellung der Handelslehrer muß von der Regierung festgelegt werden. Hier herrschen noch ganz ungelöste Zustände.

Minister v. Sydow

erteilt Auskunft über einzelne Anstellungsverhältnisse bei der Handelslehrerschaft.

Abg. Viereck (L.):

Lehrlinge, die über 18 Jahre alt sind, sollen nicht mehr zum Besuch der Fortbildungsschulen verpflichtet sein. Wir müssen mittels des Fortbildungsschulwesens die Liebe zur Heimat, zu Kaiser und Reich pflegen. Das sind die Strafen, die Handwerker dafür, daß sie es einmal unterlassen, die Lehrlinge in die Schule zu schicken, ungerne zu zahlen, da die Hilfe der Lehrlinge bei unvorhergesehenen und plötzlich notwendig werdenden Arbeiten unentbehrlich ist. Gegen die abendlichen Lehrstunden an den Fortbildungsschulen hat man eingewendet, daß da die jungen Leute nicht mehr aufnahmefähig seien. Das ist vollkommen unzutreffend. Ich war auch Handwerkslehrling und habe nichts von Unfähigkeit gemerkt, obwohl zu meiner Zeit die Arbeitszeit viel länger gewesen ist. Auch bei unserer Jugend ist von Unfähigkeit nichts zu merken, wohl aber von Faulheit, Sälentigkeit und Unbarmhelligkeit, da sie aufgegeben wird.

Abg. Kossow (Sp.):

Man sollte doch eine solche Rede, wie sie der Abg. Viereck gehalten hat, für unmöglich halten. Die Fortbildungsschulen, unser Handwerk kann sich zu diesen Schulen nur beglückwünschen. Der Bildungshunger der jungen Leute findet in ihnen reichliche Nahrung. Es sollte noch in ihnen Unterricht in der Bürgerkunde an junge Mädchen erteilt werden. (Beifall links.)

Abg. Leiner (Soz.):

Ich muß mich mit Unzufriedenheit gegen die Ausführungen des Abg. Viereck über die Fortbildungsschulen wenden. Was er heute über diese Schulen und über die Schule gesagt hat, das stellt die Verhältnisse vollkommen auf den Kopf. Er hat sich für die abendlichen Unterrichtsstunden eingesetzt. Wenn der Abg. Viereck abends noch ganz gut ohne Müdigkeit hat arbeiten können, so hat er sich am Tage wohl von der Arbeit drücken können. Man frage die jungen Leute, ob sie abends den Unterricht noch folgen können. Das ist eine Unmöglichkeit. Herr Viereck wird aber gekennzeichnet durch seine Ausführungen über Freiheit und Unbarmhelligkeit der Schüler. Ich bedauere jeden Lehrling, der in die Nähe eines Mannes kommt, der so wenig von Lehrlingsbildung versteht.

Herr Viereck trägt hier vor, daß hundert von Lehrlingen im Kreis Bielefeld den Fortbildungsschulen entzogen und in die ländlichen Schulen geschickt werden. Statt aber dagegen zu protestieren, fordert er vom warmen Herzen des Ministers Zuschüsse für diese ländlichen Fortbildungsschulen! Ich fordere den Minister auf, dafür ein so warmes Herz zu haben — wie Herr Viereck für die Lehrlinge, deren rücksichtslose Ausbeutung, selbst unter Hintanhaltung der Schulpflicht er fordert. Es ist höchst bedauerlich, daß die Gewerbeordnung keine Bestimmung über die Arbeitszeit der Lehrlinge enthält. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß noch aus meiner Lehrzeit, wie die lange Arbeit den

Abendunterricht für und wertlos

macht, weil wir ihn trotz allem Bildungsbedarf nicht folgen konnten. So geht an vielen Lehrlingen geradezu die Lehrzeit nutzlos vorüber dank der langen Arbeitszeit der Lehrlinge, die die Innungen aufrechterhalten. Und dann klagt man über ungenügendes Können der Lehrlinge beim Gesellenstück.

In Säckwitz bei Halle wurde eine von dem von der Regierung angestellten Bezirksjugendpfleger in Verlebung herausgegebene Zeitschrift „Wir sind Deutschlands Jugend!“ an Stelle des Lehrbuchs eingeführt. Dafür sollten die Lehrlinge 60 Pfennig jährlich zahlen. Die Eltern derjenigen, die sich weigerten, boten zu zahlen, wurden von der Regierung mit Strafe wegen Nichtbeschaffung von Lernmitteln bedroht. Wir verlangen, daß die Regierung gegen einen solchen Zwang einschreitet, eine deutsch-nationale Zeitschrift zu halten, woran weder die Lehrlinge, noch die Eltern, noch das Gewerbe ein Interesse haben. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar:

Der Minister hat angeordnet, daß ein solcher Zwang nicht ausgeübt werden darf (Bravo! bei den Sozialdemokraten), aber nicht, weil das Wort deutsch-national ist, sondern weil das nur bei Lernmitteln statthaft wäre, für die die Schule die Verantwortung übernehmen kann. Das ist aber nur bei abgeschlossenen Werken möglich, nicht aber bei Zeitschriften, die jedesmal etwas Neues bringen können.

Abg. Viereck (L.)

erklärt, sich von der Schule nicht gedrückt zu haben. Es ist falsch, daß die Handwerker an den Lehrlingen 4-5000 M. verdienen.

Abg. Leiner (Soz.):

Ich habe Herrn Viereck nicht vorgeworfen, sich von der Schule gedrückt zu haben. Tatsache ist, daß bei einer Arbeit von 12 Stunden abends die nötige Aufmerksamkeit für den Unterricht über 1000 M. kann. Dem Ausbeutungsinteresse des Lehrherrn — von Interesse der Augen habe ich nicht gesprochen — muß das Bild der Lehrlinge vorangehen.

Minister Sydow

erklärt: Wenn am Orte eine gemerkliche... wicklungsschule besteht, müssen die Lehrlinge dahin gehen, wo... aber nur eine ländliche da ist, müssen die Lehrlinge diese be-

Damit schließt die Be-

Abg. Heins (Wirtsch. Bg.)

tritt für ein... Verfestigung der Lehrer an den Tagewerkschulen ein.

Abg. Turm (Sp.)

tritt für die Förderung des Hochbaus ein.

In einer univertentlichen Debatte bringen mehrere Redner verschiedener bürgerlicher Parteien lokale Wünsche zur Sprache. Ein Zentrumsgabgeordneter fordert Submissionsämter zur Förderung des Handwerks und Mittelhandes.

Damit ist auch dieses Kapitel erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr: Handels- und Bergetat.

Schluß 6 Uhr.

Witterungsübericht vom 9. März 1914.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.
Emmende	747.8	W	bedekt	7	Caparanda	747.8	W	wollig	-13
Hamburg	748.8	W	Regen	7	Dresden	748.8	W	bedekt	-5
Berlin	750.8	W	Regen	8	Halle	748.8	W	bedekt	5
Köln	755.8	W	bedekt	10	Alberden	749.8	W	bedekt	0
München	760.8	W	bedekt	10	Paris	755.8	W	bedekt	9
Wien	758.8	W	bedekt	10					

Wetterprognose für Dienstag, den 10. März 1914.

Hiemlich mild, teilweise aufklaren, jedoch vorwiegend milde mit wiederholten Regenschauern und heftigen schneefälligen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserhand-Nachrichten

der Wasserhand für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserhand	am 8. 3.	seit 7. 3.	Wasserhand	am 8. 3.	seit 7. 3.
Remel, Tilsit	—	—	Saale, Broditz	554	+58
Bregel, Jüterburg	154	+30	Havel, Spandau	98	-6
Wegsel, Thorn	279	-13	Havel, Rathenow	95	-3
Oder, Ratibor	235	+14	Spree, Spremberg	222	+67
Kroffen	227	-2	Deckow	120	-3
Frankfurt	229	0	Decker, Minden	351	+13
Wartze, Schirrm	—	—	Winden	442	-41
Landberg	158	+6	Rhein, Rastatt	556	+58
Weg, Bornum	48	+8	Rhein, Rastatt	410	+119
Elbe, Zeitz	297	+114	Rhein, Rastatt	491	+107
Dresden	140	+93	Neckar, Gailbrunn	370	+30
Borb	351	+23	Rhein, Gailbrunn	360	+42
Magdeburg	278	+14	Wolfe, Trier	379	+44

*) + bedeutet Hoch, — Fall. — *) Unterpegel. *) Höchststand: 800 cm am 9. März 7 Uhr abends.

Eine hochinteressante Weltreise für nur 15 Pf. die Woche.

Was regt den Geist von neuem an, bringt Frohsinn und Schaffensfreude wieder —? Reisen! Reisen! Wir wollen erfahren, wie die Welt in Wirklichkeit mit all dem Reichum ihrer Kulturschichten ausseh, und wie die Menschen darauf leben. Wer Zeit und Geld hat, der reist. Aber wie viele können dieses überhaupt und sollen sie es sich verlangen? Nein! — Jetzt haben jeder mit und getrocknete Weltreise an und lerne die Macht der Natur, die Sitten und Gebräuche der verschiedenen Völker kennen, ohne Reisebeschwerden, teure Ausstellungen und Reise-

gelder kennen. Er kann alles in gemächlichen Heim für nur 15 Pf. pro Woche durch unsere wundervolle Reiseleiter „Durch alle Welt“ genießen. Um der Reise besser folgen zu können, erhalten alle Abnehmer außerdem in Briefungen einen großen

Univerfal-Handatlas gratis.

Derselbe enthält über 320 Welt- und Rechenarten.

Sobald Sie den Bestellschein ausgefüllt und eingeklebt haben, wird die Reise angetreten.

Bestellschein. Vw.

An die Expedition von „Durch alle Welt“, Berlin-Schöneberg, Am Park 11.

Ich abonniere hiermit „Durch alle Welt“ a 15 Pf. pro Post wöchentlich durch Polen frei ins Haus.

Name:
Ort, Straße:

